



BESCHLÜSSE

DER EUROPADELEGIERTEN- KONFERENZ DER SPD

Berlin, 28. Januar 2024

Mitglieder der Antragskommission für die Europa-Delegiertenkonferenz am 28.01.24

Vorsitzender:

Achim Post

Beratende Mitglieder:

Kevin Kühnert
Bettina Martin
Michelle Müntefering
Dietmar Nietan
Katja Pähle
Alexander Schweitzer
Florian von Brunn

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder:

LV Schleswig-Holstein	Enrico Kreft
LV Mecklenburg-Vorpommern	Julian Barlen
LO Hamburg	Laura Frick
LO Bremen	Reinhold Wetjen
BZ Nord-Niedersachsen	Lasse Rebbin
BZ Weser-Ems	Anja Troff-Schaffarzyk
BZ Hannover	Maximilian Schmidt
BZ Braunschweig	Manon Luther
LV Sachsen-Anhalt	Juliane Kleemann
LV Brandenburg	Alisa Trojansky
LV Berlin	Torsten Einstmann
LV Nordrhein-Westfalen	Jens Geier
BZ Hessen-Nord	Martina Werner
BZ Hessen-Süd	Philipp Türmer
LV Thüringen	Tina Rudolph
LV Sachsen	Matthias Ecke
LV Saar	Christian Petry
LV Rheinland-Pfalz	Tanja Machalet
LV Baden-Württemberg	René Repasi
LV Bayern	Matthias Dornhuber

Der Antragsschluss für die Europadelegiertenkonferenz in Berlin am 28. Januar 2024 war satzungsgemäß am 11. Dezember 2023.

Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einer/m Delegierten der Bezirke bzw. Landesverbände (20) und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern.

Die Antragskommission hat am 19. Und 27. Januar 2023 getagt und legt ihre Stellungnahme den Delegierten und antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragstellenden verantwortlich.

Inhaltsverzeichnis

WP - EU-Wahlprogramm

WP01	Gemeinsam für ein starkes Europa.	3
WP02	II. Ein Europa der Zukunft	5
WP03	III. Ein starkes Europa in der Welt	22
WP04	IV. Ein Europa des Respekts	35
WP05	V. Schluss	47

EU - Anträge

EU01	Vereint nach Vorne: Die Zeitenwende darf keine Rolle rückwärts werden!	47
EU02	Antrag zum Europawahlprogramm der SPD 2024	57
EU03	Kein Asylkompromiss 2.0 - gegen die Festung Europa!	58
EU04	Behindertenausweise müssen EU-weit gelten	58
EU05	Nur ein inklusives Europa ist auch ein soziales Europa!	58
EU06	Streumunition	62

Antrag WP01: Gemeinsam für ein starkes Europa.

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	WP - EU-Wahlprogramm

1 I. Einleitung

2 Wir blicken auf eine beeindruckende Erfolgsgeschichte in einem einst von Krieg
3 zerrütteten Europa zurück. Aus Feinden wurden Verbündete und Partner. Heute leben wir
4 in einer einzigartigen Gemeinschaft von fast 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern,
5 die in ihrer Vielfalt vereint sind. Die Europäische Union ist die Basis für
6 Sicherheit, Frieden und Wohlstand für die Menschen auf unserem Kontinent.

7 In einer aus den Angeln gehobenen Welt mit einem brutalen russischen Angriffskrieg
8 auf dem europäischen Kontinent ist dieser Zusammenschluss wichtiger denn je. Wer
9 Europa aufs Spiel setzt, wer Europas Einheit und Stärke angreift oder infrage stellt
10 – egal ob von innen oder außen – greift die Grundlagen unseres Zusammenlebens an. Ein
11 starkes Europa, das den Menschen Sicherheit gibt, steht deshalb im Zentrum unserer
12 Politik und unseres Handelns.

13 Es ist in unserem tiefsten nationalen Interesse, die Europäische Union
14 weiterzuentwickeln und nach unseren Vorstellungen mitzugestalten. Die SPD hat als
15 Kanzlerpartei in Deutschland eine große Gestaltungsmacht und damit eine besondere
16 Verantwortung für die Zukunft Europas. Diese Verantwortung nehmen wir auf allen
17 Ebenen an und gehen sorgsam und entschlossen mit ihr um.

18 Was Europa stark macht

19 Die Europäische Union hat sich in den Krisen der vergangenen Jahre bewährt.
20 Sozialdemokratische Krisenbewältigung hat Europa zusammengeführt, wo Konservative
21 zuvor gespalten haben. Während der Corona-Pandemie haben wir durch
22 grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den größten Wiederaufbaufonds in der
23 europäischen Geschichte bewiesen, wie Solidarität uns stark macht. Auf den russischen
24 Angriffskrieg haben wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern entschlossen
25 reagiert und die Ukraine politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützt. An
26 diese entschlossene, gemeinsame europäische Politik wollen wir anknüpfen.

27 Europa ist stark, wenn Frieden herrscht und Menschen in Sicherheit zusammenleben
28 können. Wir übernehmen Verantwortung, damit kein Kind, das heute in der Europäischen
29 Union geboren wird, jemals Krieg erleben wird. Wir setzen dafür weiterhin und mit
30 allen diplomatischen Mitteln auf Versöhnung und Demokratie. Zugleich stärken wir
31 unsere Verteidigung und militärische Zusammenarbeit und arbeiten politisch konsequent
32 an einer Erweiterung Europas. Denn Kooperation und Zusammenarbeit sind die Grundlage
33 für Frieden innerhalb der Europäischen Union.

34 Europa ist stark, wenn seine Demokratie geachtet und geschützt wird. Die Europäische
35 Union muss wehrhaft sein und sich wirksame Instrumente gegen ihre Feinde von innen
36 und von außen geben. Deswegen wollen wir den Rechtsstaat stärken und unsere
37 Demokratie ausbauen.

38 Europa ist stark, wenn Klimaschutz gelingt und zum Jobmotor wird. Dafür muss in

39 Europa massiv in Zukunftstechnologien und Infrastruktur investiert werden und die
40 Industrie auf dem Weg in die Klimaneutralität unterstützt werden. So werden Millionen
41 Arbeitsplätze gesichert und viele neue entstehen. Ein starker europäischer
42 Binnenmarkt ist dabei das Rückgrat unseres Wohlstands und sorgt gerade in Deutschland
43 für enorme Vorteile für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn er gerecht
44 gestaltet wird.

45 Europa ist stark, wenn es dazu beiträgt, dass Menschen ein gutes, selbstbestimmtes
46 Leben führen können. Deswegen setzen wir auf soziale Gerechtigkeit, gerade in der
47 Transformation; auf die gerechte Verteilung von Kosten und Chancen in der Energie-
48 und Mobilitätswende. Europa wird nur erfolgreich sein, wenn auch Menschen mit
49 niedrigen Einkommen gut leben und vom Klimaschutz profitieren. Außerdem nutzen wir
50 die Potenziale der Digitalisierung für Fortschritt und Wohlstand und sorgen dafür,
51 dass Technologien und Entwicklungen in Europa weiter an den Bedürfnissen der Menschen
52 ausgerichtet werden.

53 Europa ist stark, wenn gute Arbeitsbedingungen herrschen und die Rechte von
54 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geschützt sind. Niemand in Europa darf durch
55 seine Arbeit ausgebeutet werden. Lohn- und Sozialdumping gehören wirksamer
56 unterbunden.

57 Europa ist stark, wenn es in der Welt mit einer Stimme spricht. Wenn wir gemeinsam
58 handeln, können wir die Welt von morgen mitgestalten. Anderenfalls werden andere die
59 Spielregeln der Weltpolitik bestimmen. Die EU muss als souveräne geopolitische
60 Akteurin auftreten und wahrgenommen werden.

61 Europa ist stark, wenn die klügsten Köpfe und fleißigsten Hände hier ihre Heimat und
62 Zukunft sehen. Dafür braucht es eine ambitionierte Innovationsagenda sowie ein
63 modernes Einwanderungsrecht. Es braucht gemeinschaftliche Lösungen für Ordnung und
64 Humanität an den Außengrenzen.

65 Für dieses starke Europa arbeiten wir.

66 **Welche Prinzipien uns leiten**

67 Erfolgreiche Politik braucht einen Kompass, um den Fortschritt zu organisieren. Wir
68 richten unser Programm für ein starkes Europa deshalb an drei Prinzipien aus, die für
69 die SPD handlungsleitend sind:

- 70 • **Wir schaffen ein Europa der Zukunft.** Wenn wir unsere Ressourcen, den größten
71 Binnenmarkt der Welt und das Potenzial der Vielfalt der Menschen in Europa
72 bestmöglich nutzen, können wir aus dem notwendigen Wandel gesellschaftlichen
73 Fortschritt machen und dafür sorgen, dass alle profitieren. Wir treten an, um
74 gute Arbeit für alle zu schaffen. Wir wollen den Klimawandel bekämpfen und
75 gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa stärken. Gemeinsam
76 können wir in Europa dafür sorgen, dass wir im globalen Wettbewerb führend sind
77 und niemand Angst vor der Zukunft zu haben braucht.
- 78 • **Ein starkes Europa in der Welt** ist unsere Antwort auf die globalen
79 Herausforderungen, die sicherheitspolitischen Veränderungen und den Druck, dem
80 sich die Demokratien dieser Welt durch Populisten und Autokraten gegenübersehen.
81 Wenn wir mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und
82 Interessen in der Welt Gehör zu verschaffen. Wir wollen gemeinsam Europa zum
83 Partner erster Wahl machen, die regelbasierte Ordnung stärken und uns

84 international für Frieden und gegen Ungleichheit einsetzen.

85 • Wir wollen ein **Europa des Respekts**. Wir sind stolz darauf, dass Europa uns
86 vielfältige Möglichkeiten bietet, unser Leben so zu leben, wie wir es wollen.
87 Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen, eine gerechte Verteilung von Wohlstand und
88 ein sicheres und gutes Leben, egal woher man kommt oder welchen Beruf man ausübt
89 oder wen man liebt. Dieses Prinzip werden wir gegen diejenigen verteidigen, die
90 es einschränken und abschaffen wollen. Respekt heißt auch, dass faire Regeln für
91 alle gelten. Europa muss gegen Einschränkungen von Rechtsstaat und
92 Gewaltenteilung wirksam vorgehen, denn das Programm der Populisten und
93 Europafeinde ist am Ende ein soziales und kulturelles Verarmungsprogramm für die
94 Bürgerinnen und Bürger.

95 **Worauf es bei der Europawahl 2024 ankommt**

96 Die Europäische Union sieht sich heute mit einer Reihe von Herausforderungen
97 konfrontiert, die darüber entscheiden werden, wie wir in Zukunft in Europa und in
98 Deutschland leben werden. Die Europawahl 2024 ist deshalb eine Richtungswahl, in der
99 die Menschen in Europa den weiteren Weg bestimmen. Wir wollen ein starkes Europa, das
100 unseren Frieden, unsere Freiheit und unseren Wohlstand auch in einer zunehmend
101 unsicheren Welt schützen kann. Rechten Populismus, der sich europaweit erneut
102 etabliert hat und überwunden geglaubte nationale Egoismen propagiert, die alle unsere
103 Errungenschaften in Europa gefährden, lehnen wir entschieden ab.

104 Deutschland braucht ein starkes Europa und Europa braucht ein starkes Deutschland.
105 Gemeinsam können wir Antworten auf aktuelle und künftige Krisen und Herausforderungen
106 geben, die auf der Höhe der Zeit sind und auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte
107 basieren. So stellen wir sicher, dass wir als Europäerinnen und Europäer gemeinsam
108 eine gute Zukunft haben. Gemeinsam können wir den gefährlichen Weg von
109 Rechtspopulisten und ihrer menschenfeindlichen Politik verhindern.

110 Dafür brauchen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deine Stimme.

Antrag WP02: II. Ein Europa der Zukunft

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	WP - EU-Wahlprogramm

1 Unser Europa der Zukunft ist klimaneutral und wirtschaftlich stark. Beides hängt für
2 uns eng miteinander zusammen. Der Klimaschutz muss gelingen, weil er die Grundlage
3 dafür ist, dass nachfolgende Generationen eine gute Lebensgrundlage haben. Ohne
4 Klimaschutz ist Europas Zukunft nicht denkbar.

5 Europa hat die besten Voraussetzungen, durch effektiven Klimaschutz den Wohlstand der
6 Zukunft zu schaffen. Dazu muss Europa Industriestandort bleiben. Wir wollen eine
7 aktive Industriepolitik, die massiv in klimaneutrale Zukunftstechnologien, in eine
8 sichere Energieversorgung, Infrastruktur und Innovation investiert. Der Ausbau
9 erneuerbarer Energien hat dabei absoluten Vorrang. Klimaschutz kann so zum Jobmotor
10 werden und die Grundlage legen für die nächste Dekade des wirtschaftlichen Wachstums
11 und Wohlstands. Europäische Programme und Initiativen sind dabei für uns in

12 Deutschland von entscheidender Bedeutung, denn nationale und europäische Klima- und
13 Wirtschaftspolitik muss Hand in Hand gehen.

14 Der europäische Binnenmarkt ist auch in Zukunft das Rückgrat der wirtschaftlichen
15 Entwicklung und muss weiter vertieft werden, denn Millionen Arbeitsplätze in
16 Deutschland sind eng mit einem starken Binnenmarkt verknüpft. Hier muss es gerecht
17 zugehen, und Investitionen müssen in nachhaltige Produktionsverfahren gelenkt werden.
18 Machtmissbrauch großer Unternehmen auf Kosten von Verbraucherinnen und Verbrauchern
19 sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder Selbstständigen werden wir verhindern.
20 Wir unterstützen die Wirtschaft nehmen aber auch die Wirtschaftsakteure in die
21 Pflicht, den nachhaltigen und gerechten Wohlstand von morgen zu schaffen. Die
22 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sind dabei von zentraler Bedeutung. Das
23 Europa der Zukunft ist auch ein Europa der Innovation und Kreativität, in welchem
24 sich neue Ideen entfalten. Dafür braucht es klare Regeln, die respektiert und
25 durchgesetzt werden sowie eine Innovationslandschaft, die das Ausprobieren von neuen
26 Methoden und Produkten besser ermöglicht.

27 Wir treten an, Antworten auf der Höhe der Zeit zu formulieren, die heute und morgen
28 ein Leben in Freiheit, Frieden und einer gerechten Gesellschaft sichern.

29 **1. Die Zukunft des europäischen Wirtschafts- und Industriestandorts**

30 Der Europäische Binnenmarkt bildet mit seinen Grundfreiheiten des freien Verkehrs von
31 Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital einen der größten Wirtschaftsräume der
32 Welt. Dieser gemeinsame Markt ist das Kernstück unserer europäischen Wirtschaftskraft
33 und der Motor für den Wohlstand in Europa. 30 Jahre nach der Geburt des gemeinsamen
34 Binnenmarktes erleben wir einen umfassenden Wandel unserer Wirtschaft und der Art,
35 wie wir leben und arbeiten. Im Zuge dieses Wandels gibt es einen globalen Wettlauf um
36 Ressourcen, Technologien und Standards. Wir wollen, dass Deutschland und Europa ein
37 attraktiver Wirtschafts- und Industriestandort bleiben, der Arbeitsplätze und den
38 Wohlstand von morgen sichert. Und wir wollen in Europa zeigen, dass Industrie,
39 Klimaschutz und sozialer Fortschritt zusammengebracht werden können. Deshalb brauchen
40 wir einen wirtschafts- und industriepolitischen Aufbruch in Europa. Wir wollen
41 Zukunftstechnologien „Made in Europe“.

42 **Weiterentwicklung der europäischen Industriestrategie**

43 Wir wollen die europäische Industriestrategie (Green Deal Industrial Plan) als Teil
44 einer umfassenden Standort- und Resilienzstrategie weiterentwickeln und strategisch
45 auf die Zukunft und die neuen Rahmenbedingungen im globalen Wettbewerb ausrichten.
46 Wir werden darauf achten, dass die EU-Kommission und die Mitgliedsstaaten weite Teile
47 der Wirtschaft, Zivilgesellschaft und insbesondere Gewerkschaften in die
48 Weiterentwicklung der europäischen Wirtschafts- und Industriepolitik einbeziehen. Wir
49 wollen starke Sozialpartnerschaften, faire Arbeitsbedingungen und hohe soziale
50 Standards in einem sozialen und ökologisch nachhaltigen Europa weiter stärken. Vor
51 allem Unternehmen, die von staatlichen Subventionen und Transformationsprogrammen
52 profitieren, stehen in der Pflicht, langfristig gute Arbeitsplätze in tariflicher
53 Bindung in Europa zu bieten. Staatliche Subventionen in Schlüsselindustrien und
54 Zukunftstechnologien wollen wir zudem so ausgestalten, dass sie die Wertschöpfung in
55 Europa unterstützen und uns strategisch unabhängiger machen.

56 **Investitionen in Zukunftsindustrien**

57 Wir wollen die Industrie dabei unterstützen, den Wandel hin zu klimaneutralen und
58 kreislaufbasierten Verfahren zu vollziehen. Dabei stehen für uns sowohl die
59 Grundstoffindustrien im Fokus als auch Fertigungsbranchen wie zum Beispiel die
60 Leitbranche Automobilindustrie. Wir wollen diese Branchen in ihren
61 Innovationsanstrengungen unterstützen, von denen auch Innovationswirkungen in den
62 Rest der Wirtschaft ausgehen können. Insbesondere in Bereichen wie grüner
63 Wasserstoff, Batterietechnologie, Elektromobilität, Wind- und Solarkrafttechnologien
64 und Biotechnologie sehen wir große strategische Potenziale für den europäischen
65 Markt. Wir wollen sicherstellen, dass Produktionskapazitäten in solchen
66 Schlüsselbereichen der digitalen und der ökologischen Transformation ausgeweitet
67 werden.

68 **Regulierung verbessern und Planungsprozesse beschleunigen**

69 Für eine erfolgreiche aktive Wirtschafts- und Industriepolitik müssen wir die
70 Fähigkeit haben, strategische Entscheidungen auf europäischer Ebene zu treffen, und
71 gleichzeitig Bürokratie – wo möglich – abbauen, um Planungsprozesse zu beschleunigen
72 und Raum für Unternehmertum und Kreativität zu schaffen. Ein verantwortungsvoller
73 Abbau von bürokratischen Hemmnissen im Binnenmarkt sind für Großunternehmen sowie für
74 KMU, Start-ups, Selbstständige und Freiberufler dringend notwendig. Derzeit erfolgt
75 die Regulierung von europäischer Industriepolitik vor allem durch die Ad-hoc-
76 Kontrolle von nationaler Beihilfe und über eine Vielzahl von Plattformen und Gremien
77 für unterschiedliche europäische Programme. Dabei fehlen Daten, analytische
78 Ressourcen und gebündelte Kompetenzen auf EU-Ebene. Das wollen wir ändern und die
79 Qualität von EU-Regulierungen verbessern. Wir werden uns weiter dafür einsetzen,
80 Investitionshindernisse wie langwierige Genehmigungsverfahren und umfangreiche
81 Beihilfeprüfungen zu vereinfachen. Dafür brauchen wir ein Update verschiedener
82 Regulierungen. Zum Teil blockieren sich verschiedene Regulierungen gegenseitig. Hier
83 wollen wir durchlüften, ohne Schutzstandards abzusenken. Zusätzlich wollen wir
84 Regionen unterstützen, die vorangehen und Räume ausweisen, in denen mit verkürzten
85 und verschlankten Planungs- und Genehmigungsverfahren vernetzte klimaneutrale
86 Industriestandorte mit guten Arbeitsplätzen entstehen. Dafür wollen wir die Konzepte
87 der sogenannten Go-to-Areas, die wir bei der Windenergie schon erfolgreich umgesetzt
88 haben, auf weitere Vorhaben ausdehnen. Wir wollen mehr Kohärenz beim Produkt- und
89 Rohstoffrecht herstellen sowie Doppelregulierung verhindern. Bürokratieabbau darf
90 nicht zu niedrigeren Sozial-, Umwelt- oder Sicherheitsstandards führen. Wir wollen,
91 dass bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen ein großer Anteil der Produkte aus
92 Europa kommt, auch um den CO2-Abdruck der EU zu verkleinern.

93 **Binnenmarkt vor unfairem Wettbewerb schützen**

94 Wir brauchen eine Weiterentwicklung des europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts,
95 das nicht nur den innereuropäischen Wettbewerb, sondern verstärkt auch die globale
96 Wettbewerbsposition europäischer Unternehmen in den Blick nehmen muss. Gleichzeitig
97 sind wir davon überzeugt, dass schon die Ansammlung von Marktmacht in der Hand eines
98 Unternehmens funktionsfähige Märkte zerstört, und nicht erst der Missbrauch dieser
99 Marktmacht. Wettbewerbspolitik muss daher Marktmacht begrenzen mit den Instrumenten
100 des Kartellrechts und der Fusionskontrolle. Europäische Wettbewerbspolitik spielt
101 zudem eine entscheidende Rolle bei der Begrenzung von Inflation, indem sie
102 Preissteigerungen, die sich nicht aus den konkreten Marktbedingungen von Angebot und

103 Nachfrage ergeben (Greedflation), verfolgt. Die entsprechende Reform des deutschen
104 Wettbewerbsrechts, die von der Bundesregierung auf den Weg gebracht wurde, ist ein
105 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Mit Bedacht und Rücksicht auf nationale
106 funktionierende Regelungen ist die Harmonisierung des Insolvenzrechts in der
107 Europäischen Union voranzubringen.

108 **Fachkräfte für Europa**

109 Um unsere Wirtschaft zukunftsfähig zu machen, brauchen wir ausreichend viele
110 Arbeitskräfte auf allen Qualifikationsebenen. Hierzu zählen insbesondere gut
111 ausgebildete Fachkräfte. Der demografische Wandel wird den bereits bestehenden
112 Fachkräftemangel in den kommenden Jahren weiter anfachen. Wir müssen deshalb das
113 Potenzial inländischer Fachkräfte besser nutzen und in Weiterbildung investieren.
114 Gleichzeitig sind wir auf die Zuwanderung nicht-europäischer Fachkräfte angewiesen.
115 Die Bundesregierung hat in Deutschland u. a. mit dem Chancenaufenthaltsgesetz, dem
116 Fachkräfteeinwanderungsgesetz und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts einen
117 lange überfälligen Paradigmenwechsel hin zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft
118 vollzogen. Wir wollen und müssen in Europa gemeinsam Fachkräfte gezielt anwerben.
119 Dafür braucht es ein verbessertes EU-Fachkräfteeinwanderungsrecht. Dabei muss auch
120 die Versorgung mit Wohnraum bedacht und nicht nur den Arbeitskräften, sondern auch
121 ihren Familien, Maßnahmen der Integration und eine gute Perspektive angeboten werden.
122 Es muss sichergestellt sein, dass Zugewanderte in gute und qualifikationsgerechte
123 Arbeit vermittelt und nicht ausgebeutet werden. Denn jeder Mensch in Europa hat das
124 Recht auf einen guten Arbeitsplatz.

125 **Innovationen stärker fördern**

126 Wir wollen das Innovationspotenzial unserer Gesellschaft und Wirtschaft bestmöglich
127 nutzen, um den Wandel aktiv mitzugestalten. Unser Ziel ist eine europäisch geeinte
128 Wissens- und Forschungslandschaft mit einem dichten Netz an Kooperationen,
129 gemeinsamen Programmen und gezielt geförderten großen Zukunftsprojekten in Bereichen
130 wie etwa Clean Tech, Quantencomputing oder Künstliche Intelligenz. Wir setzen uns
131 dafür ein, dass die EU-Initiative IPCEI zur Förderung und Neuansiedlung strategisch
132 wichtiger Unternehmen auf mehr Branchen ausgeweitet und für den Mittelstand geöffnet
133 wird sowie die Antragsbearbeitung erheblich beschleunigt wird. Wir wollen Open Source
134 und Open Science fördern und so nachhaltige und faire Nutzungsvereinbarungen
135 unterstützen und sicherstellen, dass öffentlich finanzierte Forschung auch der
136 Allgemeinheit frei zur Verfügung steht. All dies ist Kernbestandteil der
137 wissenschaftlichen Souveränität in einem Europa der Forschung und der Innovation.

138 **Ressourcen schonen in einer europäischen Kreislaufwirtschaft**

139 Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaft brauchen wir ausreichend
140 Ressourcen, die länger und effizienter genutzt werden. Wir benötigen deshalb eine
141 koordinierte Rohstoff-Strategie der EU, die auf die Diversifizierung von
142 Rohstoffquellen, effizienteren Materialeinsatz, besseres Recycling und verstärkte
143 innereuropäische Beschaffung zielt sowie die gemeinsame Forschung zu nachhaltigen
144 Alternativen zu knappen Rohstoffen vorantreibt.
145 Oberstes Ziel der EU-Ressourcenpolitik muss die Umsetzung der EU-Abfallhierarchie
146 sein, bei der Materialverbrauch zunächst vermieden und reduziert wird. Mit dem Aufbau
147 einer europäischen Kreislaufwirtschaft im industriellen Maßstab können wir die
148 Effizienz in der Produktion weiter optimieren, den CO₂-Fußabdruck senken und uns

149 unabhängiger vom Import machen. Wir wollen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher das
150 Recht bekommen, ihre Produkte auch nach Ablauf der Gewährleistungsfrist und bei einem
151 nach dem Warenkauf entstandenen Mangel kostengünstig reparieren zu lassen. Wir werden
152 unnötige Wegwerf-Verpackungen abschaffen und Hersteller in die Pflicht nehmen,
153 Einweg-Verpackungen zu reduzieren und die Wiederverwendung auszubauen. Wir wollen die
154 Textilindustrie nachhaltig reformieren und mit der Fast Fashion Schluss machen.
155 Textilien sollen länger haltbar, reparierbar und recyclingfähig sein und unter
156 menschenwürdigen Bedingungen produziert werden. Hersteller und Händler dürfen
157 unverkaufte Ware nicht länger einfach vernichten. Wir wollen Schrott-Exporte
158 reduzieren und gleichzeitig auch in Ländern des Globalen Südens Betriebe der
159 Kreislaufwirtschaft fördern. Dort, wo Emissionen sehr schwer vermeidbar sind – wie
160 etwa in der Müllverbrennung, Zement- oder Teilen der Chemieindustrie –, wollen wir
161 Kohlendioxid im Sinne des Kreislaufwirtschaftens abscheiden, wiederverwenden oder
162 ggf. speichern (Carbon Capture, Usage und Storage). Dafür braucht es europaweit
163 einheitliche Regelungen und eine gemeinsame Infrastruktur.

164 **Verlässliche Rahmenbedingungen für eine starke Gesundheitswirtschaft und** 165 **Pharmaindustrie**

166 Um die bestmögliche Versorgung von Patientinnen und Patienten in Europa
167 sicherzustellen, brauchen wir eine patientenorientierte Gesundheitswirtschaft,
168 inklusive einer starken pharmazeutischen Industrie. Wir wollen verlässliche
169 Rahmenbedingungen für den Forschungs-, Produktions- und Innovationsstandort Europa
170 und mehr Anwendungsorientierung. Europa muss attraktiv für die Durchführung
171 medizinischer Studien werden. Wir wollen im Bereich Forschungsförderung,
172 Genehmigungsverfahren und Datennutzung enger zusammenarbeiten sowie im europäischen
173 Vergleich die besten Verfahren finden und als Grundlage der Harmonisierung nutzen.
174 Damit schaffen wir es, Studienzulassungs- und Umsetzungsverfahren zu beschleunigen
175 sowie den bürokratischen Aufwand erheblich zu reduzieren. Essenzielle Grundlage
176 jeglicher Innovationsaktivitäten ist ein ausreichender Patentschutz. Wir werden uns
177 deshalb dafür einsetzen, dass sich Innovation und Forschung in Deutschland und Europa
178 weiter lohnen. Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, dass sich der Zugang von
179 Patientinnen und Patienten zu lebensrettenden Medikamenten verbessert. Außerdem
180 unterstützen wir nationale und europäische Investitionsbezuschussungen für
181 Produktionsstätten und die Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

182 **2. Erneuerbare, bezahlbare und sichere Energieversorgung**

183 Europas Energieversorgung der Zukunft muss erneuerbar, bezahlbar und sicher sein. Wir
184 alle haben zu spüren bekommen, was passiert, wenn unsere Energieversorgung zu einem
185 großen Teil abhängig ist von Machthabern wie Wladimir Putin. Energiepreise sind in
186 die Höhe geschossen und wir wurden erpressbar. Die Energiepreiskrise in Folge des
187 russischen Angriffskriegs auf die Ukraine war eine Krise der fossilen Energieträger.
188 Durch einen gemeinsamen Kraftakt haben wir es geschafft, kurzfristig unsere
189 Abhängigkeit von Russland zu verringern. So etwas darf uns nicht noch mal passieren.
190 Wir müssen die Vielfältigkeit des europäischen Kontinents und unterschiedliche
191 Standortvorteile ausnutzen, um nachhaltige Energiequellen wie die Sonne oder den Wind
192 möglichst effizient nutzen zu können, und in einer europäischen Energieunion
193 gemeinsam unsere Energieversorgung sicherstellen.

194 **Vollendung der europäischen Energieunion**

195 Aus verbundenen nationalen Energienetzen muss ein europäisches Netz werden. Wir
196 müssen gemeinsam verstärkt in den Ausbau von erneuerbaren Energien,
197 grenzüberschreitenden Wasserstoffpipelines und Stromleitungen sowie in Elektrolyseure
198 und Hafeninfrasturktur investieren. Wir brauchen einheitliche und kohärente
199 Regulierungs- und Förderrahmenbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Planung
200 und Genehmigung der Anlagen und Infrastrukturen für das klimaneutrale Zeitalter so
201 einfach und unbürokratisch wie möglich werden. Dabei treiben wir auch den Aufbau
202 eines europäischen Markts für grünen Wasserstoff voran. Bei der Gewinnung von
203 Biokraftstoffen darf es nicht zu einer Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung kommen.
204 In Kraftwerken wollen wir den Einsatz von Brennstoffen beenden, die den wichtigen und
205 schrumpfenden CO₂-Speicher Wald schwächen. Wir konnten im Rahmen des Green Deals
206 erstmals durchsetzen, dass die EU-Mitgliedsstaaten die CO₂-Speicherkapazitäten von
207 Mooren, Wäldern und Wiesen steigern müssen. Bei der Bewertung der Nationalen Energie-
208 und Klimapläne werden wir darauf achten, dass die Pläne der Mitgliedsstaaten zur
209 Nutzung von Bioenergie dem nicht zuwiderlaufen. Gleichzeitig wollen wir, dass die
210 Verwertung von Siedlungs- und landwirtschaftlichen Abfällen zur Produktion von
211 Biogasen möglich bleibt. Uns ist wichtig, dass die europäische Energieunion sich
212 nicht nur auf die EU27 konzentriert, sondern auch für Mitglieder des Europäischen
213 Wirtschaftsraums und die Beitrittskandidaten der EU offensteht. Diese Vollendung der
214 Energieunion ist die Basis für die Modernisierung unserer Wirtschaft, Industrie und
215 Gesellschaft.

216 **Sichere internationale Energiebeziehungen**

217 Europa wird Importeur von Energie, insbesondere auch sauberer Energie, bleiben, doch
218 es darf keine einseitigen Abhängigkeiten mehr geben. Wir fordern deshalb eine
219 Strategie zur Diversifizierung der globalen Energiebeziehungen der Europäischen
220 Union. Wir wollen den Ausbau von erneuerbaren Energien in den Partnerländern
221 unterstützen und einen weltweiten Handel mit Wasserstoff etablieren.

222 **Verlässliche und bezahlbare Preise für Energie**

223 Die beträchtlichen Schwankungen der Energiepreise haben Haushalte und Betriebe in der
224 EU hart getroffen. Wir wollen aus diesem Grund eine tiefgreifende, strukturelle
225 Reform des EU-Strommarktdesigns, um eine bessere Integration von erneuerbaren
226 Energien in den Strommarkt sicherzustellen. Die Preisbildungsmechanismen sollen für
227 Strom überprüft und auf erneuerbare Energien ausgerichtet werden, um Preis- und
228 Einspeiseschwankungen zu begrenzen. Strom muss dauerhaft günstig werden. Mit einer
229 Reform der Strommarktdesigns und einem europäischen Rahmen für Brückenstrompreise
230 wollen wir die Voraussetzungen für wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise in ganz
231 Europa schaffen. Wir bekräftigen unsere Forderung auch nach einem nationalen
232 Brückenstrompreis. Zugleich treiben wir den Ausbau der erneuerbaren Energien und der
233 notwendigen Übertragungsinfrastruktur entschieden weiter voran. Zudem müssen
234 ungerechtfertigte Gewinne wirksam vermieden und in Ausnahmefällen abgeschöpft werden.
235 Kostenvorteile erneuerbarer Energien sollen an alle Energieverbraucherinnen- und -
236 verbrauchergruppen weitergegeben werden. Darüber hinaus weiten wir den
237 Instrumentenkasten aus, der zur Erneuerung von Produktionsanlagen beiträgt, wie etwa
238 europäische Klimaschutzverträge und Carbon Contracts for Difference. Wir lehnen die
239 Förderung der Atomenergie durch EU-Mittel ab. Es sollen keine Steuergelder in die
240 teure und unzuverlässige Hochrisikotechnologie Kernenergie fließen. Die Zukunft

241 gehört den Erneuerbaren, die schon heute unsere günstigsten Energiequellen sind.

242 **Energieeffizientes Wohnen**

243 Wir unterstützen ausdrücklich die in der letzten europäischen Legislaturperiode
244 begonnenen Initiativen, den Gebäudebestand in Europa fit für die Klimaziele 2030 bzw.
245 2045 zu machen. Energieeffiziente Wohngebäude sind gut für den Schutz des Klimas
246 ebenso wie zur mittel- und langfristigen Senkung der Wohn- und Mietnebenkosten für
247 alle Bürgerinnen und Bürger. Der Beurteilungsmaßstab für die Klimabilanz sollte
248 jedoch immer das ganze Quartier oder die Gemeinde sein und nicht das einzelne
249 Gebäude. Gleichzeitig lehnen wir jegliche Form von individuellen Sanierungspflichten
250 für die Bürgerinnen und Bürger ab. Die Mitgliedsstaaten, die Kommunen und große
251 Immobilienunternehmen sollten hier voranschreiten. Besitzerinnen und Besitzer sowie
252 Vermieterinnen und Vermieter von Einfamilienhäusern oder Wohnungen müssen dabei
253 unterstützt werden, den Weg bis 2050 selbstbestimmt und souverän zu gehen.

254 **3. Sozialer Klima- und Umweltschutz**

255 Der Klimawandel bedroht uns in unserer menschlichen Existenz. Schnelles Handeln ist
256 erforderlich. Die Europäische Union muss bis 2050 klimaneutral sein. Deutschland
257 leistet dafür mit seinem Klimaneutralitätsziel 2045 einen wichtigen Beitrag. Damit
258 die EU bis spätestens 2050 klimaneutral wird, unterstützen wir ein ambitioniertes
259 wissenschaftsbasiertes Treibhausgas-Reduktionsziel für 2040. Für die Europäische
260 Union als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt ist das eine große Herausforderung,
261 aber auch eine wirtschaftliche Chance. Wir sorgen dafür, dass sich alle den Wandel
262 zur Klimaneutralität leisten und daran teilhaben können. Wenn Arbeitsplätze gesichert
263 werden und der Staat in klimaneutrale Infrastruktur investiert, von der alle
264 profitieren, dann hat Klimapolitik eine breite Akzeptanz. Die Umsetzung des Green
265 Deals wird Energie günstiger und uns unabhängiger von fossilen Energie- und
266 Rohstoffimporten machen. Die Energiewende ist eine gemeinsame europäische technische,
267 aber auch soziale Aufgabe. Gemeinsam zeigen wir, dass konsequente Politik für
268 Klimaschutz mit sozialer Sicherheit und gerechten Chancen Hand in Hand geht.

269 **Sozialer Green Deal**

270 Wir sind die Garanten dafür, dass der grüne Wandel in Europa gerecht abläuft und
271 sozial gestaltet wird. Mit einer nachhaltigen Industrie- und Wirtschaftspolitik, die
272 die Modernisierung der gesamten Wertschöpfungsketten in Europa in den Blick nimmt,
273 werden Arbeitsplätze gesichert und sozialer Wohlstand geschaffen. Ein starker
274 Sozialstaat und aktive Sozialpolitik mit starken nationalen sozialen
275 Sicherungssystemen sorgen dafür, dass keiner im Wandel zurückbleibt und jeder vom
276 Fortschritt profitiert. Dies soll unter anderem durch europäische und nationale
277 Sozialdialoge unter Beteiligung der Gewerkschaften unterstützt und flankiert werden.
278 Außerdem müssen die Gesetze zur Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz weiter an
279 neue Klimarisiken angepasst und ein Recht auf Umschulung und Weiterbildung etabliert
280 werden. Wir wollen europäisch wie national die in Porto vereinbarten Ziele erreichen
281 und bis 2030 sicherstellen, dass mindestens 60 Prozent der Beschäftigten einmal pro
282 Jahr an einer Weiterbildung teilnehmen. Wir wollen darüber hinaus einen
283 feministischen Green Deal, in dem alle Vorhaben zur Bekämpfung der Klima-, Arten- und
284 Verschmutzungskrise auf ihre geschlechterspezifischen Auswirkungen auf Frauen
285 überprüft werden. Mit Instrumenten wie dem Just Transition Fund und dem Social
286 Climate Fund sowie der Renovation Wave und der guten Umsetzung der europäischen

287 Struktur- und Investitionsfonds wollen wir sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und
288 Bürger von einer grünen und nachhaltigen Zukunft profitieren. Wir werden diese Mittel
289 zum Beispiel für energetische Sanierungen, den Ausbau von Ladeinfrastruktur für
290 Elektromobilität und von öffentlichen Verkehrsmitteln in unterversorgten Gebieten
291 nutzen.

292 **Europäisches Emissionshandelssystem stärken**

293 Wir wollen, dass die größten Verursacher von Emissionen für die Folgekosten des
294 Klimawandels aufkommen. Deshalb werden wir das Europäische Emissionshandelssystem als
295 einen der größten Hebel zur Senkung der EU-Emissionen weiter stärken. Der Europäische
296 Emissionshandel II für Gebäude und Verkehr ab 2027 muss so weiterentwickelt werden,
297 dass CO₂-Preise besser berechenbar sind und die Risiken mit Investitionen in
298 zukunftsfähigen Technologien somit reduziert werden.

299 **Multilaterales Engagement für weltweite Klimaneutralität**

300 Um unumkehrbare Veränderungen im Klimasystem zu verhindern, wie zum Beispiel das
301 Versiegen des Golfstroms, müssen wir weltweit bis spätestens 2050 CO₂-neutral
302 wirtschaften und leben sowie die Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern
303 einstellen. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern in
304 multilateralen Foren wie dem UNFCCC weiterhin für einen ökologischen Umbau der
305 Weltwirtschaft ein. Die Empfehlungen des UN-Weltklimarats (IPCC) sind dafür zentraler
306 Maßstab. Neue Supermächte wie China, Indien und Brasilien werden eine größere
307 Verantwortung in der Weltgemeinschaft zum Schutz des Klimas übernehmen müssen. Wir
308 möchten mehr Länder motivieren, in den von Kanzler Olaf Scholz initiierten Klimaclub
309 einzutreten, der mittlerweile auf 36 Staaten angewachsen ist, damit ein ehrgeiziger
310 multilateraler Rahmen für eine schnelle Dekarbonisierung des Industriesektors
311 geschaffen werden kann.

312 **Internationale Klimafinanzierung aufstocken**

313 Die Klimakrise ist auch eine Krise der internationalen Gerechtigkeit. Während sie
314 insbesondere von den reichen Ländern verursacht wurde, ist sie besonders in den
315 ärmeren Ländern zu spüren. Wir werden deshalb die internationale Klimafinanzierung
316 aufstocken und uns für die Schaffung einer internationalen Transformationsbank
317 einsetzen. Wir unterstützen die Bereitstellung finanzieller Hilfen bei klimabedingten
318 Schäden und Verlusten der am stärksten von der Klimakrise betroffenen Staaten im
319 Rahmen der UN-Klimakonvention. Wir möchten bilaterale Klimapartnerschaften auf
320 europäischer Ebene besser koordinieren und neue Klimapartnerschaften initiieren und
321 umsetzen. Die EU muss weiterhin als Klimavorreiterin und Brückenbauerin auf den
322 internationalen Klimakonferenzen auftreten. Dafür ist auch die Aufwertung und
323 personelle wie finanzielle Stärkung der Klimaaußenpolitik im Europäischen Auswärtigen
324 Dienst und in den Vertretungen der EU weltweit notwendig.

325 **Die Natur konsequent schützen**

326 Die Klimakrise ist eng verknüpft mit der Krise der Artenvielfalt, die uns ebenso vor
327 existenzielle Bedrohungen stellt. Die Übernutzung und Verschmutzung von Land und Meer
328 sowie invasive gebietsfremde Tier- und Pflanzenarten haben zu einer starken
329 Verschlechterung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme beigetragen. Wir werden
330 deshalb die nötigen Maßnahmen treffen, um das Biodiversitätsabkommen von Montreal und
331 die EU-Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Wir streben eine nachhaltige Land- und

332 Forstwirtschaft an und wollen 30 Prozent der Landes- und Meeresfläche der EU unter
333 Schutz stellen. Hierbei werden wir die Flexibilität erhalten und sichern, die für den
334 Ausbau der erneuerbaren Energien und der Produktion der dafür nötigen Anlagen ebenso
335 wie der Netzinfrastruktur benötigt werden. Wir wollen einen verantwortungsvollen
336 Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und die Gesundheit schützen. Deshalb
337 werden wir die EU-Chemikalienpolitik so überarbeiten, dass auch potenziell schädliche
338 Stoffe schneller eingeschränkt oder verboten werden und nicht in andere Teile der
339 Welt exportiert werden dürfen. Vor allem dort, wo diese Stoffe eher als
340 Bequemlichkeitsstoffe eingesetzt werden, müssen wir ihren Gebrauch schnell
341 einschränken. In anderen Bereichen braucht es die Entwicklung von Stoffen mit
342 ähnlichen Eigenschaften, um schädliche Stoffe substituieren zu können. Der Einsatz
343 soll damit in der Folge auch in diesen Bereichen eingeschränkt oder verboten werden
344 können. Wir werden Maßnahmen zum Schutz der Natur weiter konsequent vorantreiben und
345 fordern eine Null-Toleranz-Politik durch die Kommission, wenn EU-Richtlinien und -
346 Verordnungen nicht eingehalten werden. Vertragsverletzungsverfahren aufgrund
347 mangelnder Umsetzung von EU-Naturschutz müssen konsequent eingeleitet werden.

348 **Investitionen in die Wiederherstellung von Natur**

349 Nur das schützen, was noch gesund ist, reicht nicht mehr. Der Zustand unserer
350 natürlichen Lebensgrundlage verschlechtert sich seit Jahren. Wir müssen die Natur
351 wiederherstellen und das gestörte Gleichgewicht unserer Ökosysteme verbessern. Wir
352 möchten deshalb ein ambitioniertes Gesetz zur Bodengesundheit verabschieden sowie
353 ausreichende Mittel für die Wiederherstellung der Natur, auch im Rahmen der
354 europäischen Agrarförderung, bereitstellen, um der um sich greifenden
355 Flächenversiegelung und dem Verlust natürlicher Lebensräume in der EU
356 entgegenzuwirken.

357 **Eine zukunftsfähige Landwirtschaft**

358 Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik muss mehr leisten, um ihre selbstgesteckten
359 Umwelt- und Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig ist der Beitrag zur
360 Einkommenssicherung der Landwirtinnen und Landwirte nicht ausreichend. Daher muss die
361 europäische Landwirtschaft besser für die Zukunft aufgestellt werden. Damit
362 Deutschland in Europa eine starke eigene landwirtschaftliche Basis behält, brauchen
363 die Landwirte gute und verlässliche Rahmenbedingungen. Im Wettbewerb müssen faire
364 Bedingungen gelten und notwendige Veränderungen gerecht gestaltet werden. Zentral
365 wird dabei zukünftig die Honorierung von öffentlichen Dienstleistungen, wie etwa von
366 nachhaltigem Wirtschaften, dem Erhalt vielfältiger Kulturlandschaften, Umwelt-,
367 Bestäuber-, Wasser- und Bodenschutz und dem Ausbau natürlicher CO₂-Speicher sein.
368 Dies soll in Zukunft neben fairen Preisen für erzeugte Lebensmittel auch ein
369 Einkommen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen bieten. Wir streben eine
370 Weiterentwicklung der Agrarförderung an, die Aspekte des Klimaschutzes, der
371 Klimaanpassung und der biologischen Vielfalt noch stärker in den Fokus nimmt. Die
372 Rahmenbedingungen für eine auskömmliche Landwirtschaft sind so zu schaffen, das eine
373 umfassende Ernährungssicherung innerhalb Europas unter gleichzeitiger Wahrung der
374 natürlichen Ressourcen und Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien (ökologisch,
375 ökonomisch und sozial) noch besser abgesichert werden. Dringend notwendige Reformen,
376 um die Agrarpolitik an die Ziele des Green Deals anzupassen, müssen dabei umgesetzt
377 werden. Den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wollen wir weiter deutlich verringern.

378 Wir wollen den ökologischen Landbau dabei unterstützen, das Ziel von 25 Prozent
379 Flächenanteil in Europa zu erreichen. Der verstärkte Einsatz von digitaler Technik,
380 KI und Drohnen wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Gentechnik im herkömmlichen
381 Sinne lehnen wir ab. Den Einsatz neuer genomischer Techniken (CRISPR/Cas, Gen-
382 Schere) werden wir ergebnisoffen prüfen. Dabei haben das Vorsorgeprinzip und damit
383 einhergehend eine umfassende Risikoprüfung im Einzelfall vor jeder potentiellen
384 Zulassung für uns oberste Priorität. Denn auch bei neuen Gentechniken kann es zu
385 unerwünschten Effekten kommen. Verbraucherinnen und Verbraucher, die keine
386 genveränderten Pflanzen auf ihren Tellern haben wollen, brauchen Wahlfreiheit. Im
387 Falle einer Zulassung der neuen Gentechnik sind die Rückverfolgbarkeit und die
388 Kennzeichnung von mit genveränderten Pflanzen hergestellten Produkten daher
389 unverzichtbar.

390 Auf Initiative der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird in dieser
391 Förderperiode zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Agrarpolitik neben
392 dem Schutz von Klima und Umwelt auch die Einhaltung von sozialen Mindeststandards zur
393 Bedingung für das Erhalten von europäischen Geldern. Diese neu eingeführte soziale
394 Komponente in der GAP muss ausgebaut werden. Lohnarbeiterinnen und -arbeiter sowie
395 Saisonarbeitskräfte haben einen fairen Umgang verdient, und gute Arbeitgeberinnen und
396 Arbeitgeber sowie faire Betriebsleiterinnen und -leiter müssen begünstigt werden.

397 **Wasser als öffentliches Gut schützen**

398 Weite Teile Europas leiden unter extremer Trockenheit bzw. Starkregenereignissen. Das
399 verhindert nicht nur eine ertragsreiche Bewirtschaftung, sondern erhöht auch die
400 Gefahr von Überschwemmungskatastrophen. Wir fordern deshalb eine europäische Wasser-
401 Strategie, die bereichsübergreifend Wasserprobleme in den Blick nimmt und alle
402 Wirtschaftssektoren sowie Verbraucherinnen und Verbraucher einbezieht. Wir wollen,
403 dass der Wasserrückhalt in der Landschaft verbessert wird.

404 **Europäische Meeresschutz- und Fischereipolitik**

405 Viele Fischpopulationen in der EU leiden unter Überfischung. Wir wollen eine
406 europäische Fischereipolitik mit wissenschaftsbasierten Fangquoten, die die Erholung
407 überfischter Fischbestände ermöglicht und die schädliche Fischereisubventionen
408 beendet. Durch striktere Kontrollen illegaler, undokumentierter und unregulierter
409 Fischerei wollen wir einer Überfischung zuvorkommen. Wir werden mindestens 30 Prozent
410 der europäischen Meeresflächen unter Schutz stellen und bis 2030 mindestens 20
411 Prozent der geschädigten maritimen Ökosysteme wieder in einen guten Zustand bringen.
412 Dabei ist uns ein offener Dialog mit der Fischereiwirtschaft wichtig, damit
413 Investitionen, neue Geschäftsmodelle und Praktiken effektiv unterstützt und umgesetzt
414 werden können.

415 **Tierschutz verbessern**

416 Tierleid ist nicht zu rechtfertigen, insbesondere nicht aus wirtschaftlichem
417 Interesse. Bei der landwirtschaftlichen Tierhaltung müssen wir daher konsequent auf
418 die Verbesserung des Tierwohls setzen. Wir fordern eine europaweit einheitliche
419 Kennzeichnungspflicht der Haltungsformen sowie ein Tierwohllabel für alle tierischen
420 unverarbeiteten und verarbeiteten Produkte, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern
421 aufgeklärte Kaufentscheidungen zu ermöglichen. Acht Stunden Transport von
422 Lebeltieren muss das Maximum sein, das in der EU erlaubt ist. Zudem brauchen wir ein

423 Verbot von Leberdiertransporten in Drittstaaten, wo die Einhaltung der
424 Tierschutzgesetzgebung nicht gewährleistet werden kann. Ebenso setzen wir uns weiter
425 für die Sicherung des Tierwohls von Wildtieren und Haustieren ein.

426 **4. Digitalisierung für die Menschen**

427 Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) verändern alle Bereiche unseres
428 Lebens und Wirtschaftens. Wir brauchen deshalb eine kohärente und harmonisierte
429 Digitalpolitik, die alle Lebensbereiche abdeckt und alle Europäerinnen und Europäer
430 mitnimmt – eine echte Verwirklichung der Digitalunion. Europa hat in den letzten
431 Jahren viele Meilensteine, wie z. B. den Digital Service Act, erreicht und bewiesen,
432 dass ein geeintes Europa mit seinen Werten eine Vorreiterrolle in der digitalen Welt
433 einnehmen kann, wenn es um die demokratische, souveräne und faire Gestaltung der
434 Digitalisierung geht. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Wir wollen die Potenziale
435 digitaler Technologien für Fortschritt und Wohlstand in Europa nutzen. Die jüngsten
436 technischen Entwicklungen haben auch deutlich gemacht, dass wir uns unabhängiger und
437 krisensicherer aufstellen müssen. Deshalb wollen wir die Entwicklung und die
438 Produktionskapazitäten zur Herstellung digitaler Schlüsseltechnologien und
439 Netzwerktechnologien sowie den Aufbau von Rechenkapazitäten beispielsweise für die
440 Entwicklung von europäischen KI-Modellen in Europa sicherstellen und noch stärker als
441 bisher fördern.

442 Bei all dem, was technisch möglich ist, stellen wir die Chancen in den Vordergrund,
443 ohne dabei die Risiken und Herausforderungen aus den Augen zu verlieren. Die
444 essenzielle Säule unseres Handels sind unsere gemeinsamen europäischen Werte und ein
445 menschenzentrierter Ansatz in der digitalen Transformation.

446 **Schutz, Vertraulichkeit und Souveränität im digitalen Raum**

447 Im Analogen wie im Digitalen gilt: Wir setzen uns für den Schutz vor Diskriminierung
448 ein und wollen, dass Grundrechte wie Datenschutz, Schutz der Privatsphäre sowie der
449 Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewährleistet sind. Dafür müssen Bürgerinnen und
450 Bürger besser über ihre Rechte informiert werden. Im Falle von erheblichen
451 Auswirkungen auf das Leben von Menschen müssen wir sicherstellen, dass es Menschen
452 sind, die Entscheidungen abschließend treffen und die Kompetenzen haben, entsprechend
453 zu handeln. Der Rechtsweg gegen die Entscheidung muss offenstehen.

454 Der Schutz der Privatsphäre und die Vertraulichkeit von Kommunikation sind zentrale
455 Voraussetzungen für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Digitalisierung.
456 Die Vertraulichkeit digitaler Kommunikation ist Voraussetzung für die Wahrung von
457 Grund- und Freiheitsrechten und unsere Demokratie. Jegliche Form von
458 Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Das Umgehen oder Aufbrechen von
459 Verschlüsselung, das Zurückhalten von Schwachstellen sowie den Einsatz von
460 Spähsoftware durch private oder staatliche Stellen lehnen wir ab. Der anlasslosen
461 Speicherung von Daten genauso wie der anlasslosen Kontrolle digitaler Kommunikation
462 stellen wir uns ebenso entschieden entgegen.

463 Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger in einer digitalen Union die Kontrolle
464 über ihre Daten haben. Digitale Profilbildung gefährdet Privatsphäre und Demokratie,
465 kann zu Diskriminierungen sowie Irreführung und Manipulation für Werbezwecke und
466 politische Beeinflussung führen. Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bedeutete
467 einen Quantensprung in der Datenschutzpolitik und zeigt die herausragende

468 Leistungsfähigkeit europäischer Lösungen. Sie hat sich weltweit zu einem Modell
469 entwickelt, dem viele Staaten folgen. Zugleich hat sich beim Vollzug der DSGVO aber
470 auch gezeigt, dass einige Regeln über das Ziel hinausschießen und die Bürger und
471 Bürger sowie kleine Vereine mit ehrenamtlichen Strukturen und kleine und mittlere
472 Unternehmen mit mehr Bürokratie belasten als nötig. Wir setzen uns daher für eine
473 konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der DSGVO ein. Neben einem hohen Niveau
474 des Schutzes der Privatsphäre sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher wollen wir
475 auch Bürokratieabbau und den digitalen Fortschritt in den Blick nehmen. Die
476 Regulierung von digitalen Plattformen werden wir dafür evaluieren und wenn nötig
477 weiter verbessern.

478 **Eine wirksame und kohärente Governance**

479 Die EU hat in den letzten Jahren viele Rechtsakte wie den Digital Service Act (DSA),
480 den Digital Markets Act (DMA) und zuletzt den AI-Act auf den Weg gebracht. Wir wollen
481 im nächsten Schritt dafür sorgen, dass zur wirksamen Umsetzung der Rechtsakte
482 genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, damit die Vorgaben in den Mitgliedsstaaten
483 transparent, lösungsorientiert und einheitlich umgesetzt werden können.

484 **Demokratieförderung und Kampf gegen Desinformation**

485 Immer häufiger sehen sich Menschen mit Desinformation, sogenannten Deepfakes und
486 anderen Manipulationen konfrontiert. Die bewusst oder fahrlässig herbeigeführte
487 manipulative Wirkung von Fake News untergräbt die Solidarität in unserer Gesellschaft
488 und die Widerstandsfähigkeit unserer Demokratie. Wir wollen die europäische
489 Öffentlichkeit und unsere demokratischen Institutionen vor diesen Einflüssen
490 schützen. Wir dürfen uns nicht nur auf Desinformation von außen konzentrieren,
491 sondern müssen auch Desinformationen bekämpfen, die innerhalb der EU ihren Ursprung
492 haben.

493 Dazu gehören klare Regeln für digitale Plattformen, wie sie in den letzten Jahren in
494 Europa entwickelt wurden. Wir setzen uns für eine wirksame Durchsetzung dieser Regeln
495 durch eine starke Governance ein, um Fake News und Hate Speech im Netz geschlossen zu
496 begegnen. Zudem wollen wir den Aufbau sowie die Unterstützung europaweiter nicht-
497 kommerziell und dezentral organisierter digitaler Kommunikations- und
498 Handelsplattformen fördern. Sie sollen eine echte Alternative zu den kommerziellen
499 Plattformen bilden. Zudem braucht es wirksame Regeln und Sanktionen gegen sogenannte
500 Deepfakes.

501 Das Recht auf Zugang zu Wissen ist eine der großen Errungenschaften der Aufklärung.
502 Im analogen Zeitalter wurde dieser Zugang durch öffentliche Bibliotheken und
503 Universitäten garantiert und gefördert. Im digitalen Raum ist der Zugang zu
504 verlässlichen Informationen ungleich schwerer, häufig gelten z.B. für physische
505 Bücher und eBooks andere Lizenzbedingungen, die Ergebnisse öffentlich finanzierter
506 Forschung sind oft nicht frei verfügbar. Deshalb werden wir uns für einen Open
507 Knowledge Act einsetzen, der hier Barrieren abbaut und Forscherinnen und Forschern
508 aber auch Bürgerinnen und Bürgern einfacheren Zugang zu Wissen aller Art ermöglicht.

509 **Digitale Souveränität sicherstellen**

510 Zur Stärkung unserer digitalen Souveränität gehört neben klaren Regeln für digitale
511 Märkte und Dienste sowie die grundrechtskonforme Nutzung von Daten auch eine stärkere
512 technologische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Wir müssen bei der Entwicklung,

513 Produktion und Anwendung digitaler Technologien unabhängiger werden und uns
514 krisensicher gegen Einflüsse wie beispielsweise Cyberattacken aus dem Ausland,
515 insbesondere zum Schutz kritischer Infrastrukturen, besser aufstellen. Digitale
516 Plattformen und künftig Künstliche Intelligenz werden zu essenziellem Teil unserer
517 Infrastruktur sowie der Daseinsvorsorge werden. In diesen Bereichen wollen wir die
518 Abhängigkeiten von Herstellern außerhalb Europas minimieren. Auch müssen wir unsere
519 demokratischen Prozesse einschließlich unserer Wahlen nicht nur vor Desinformation
520 schützen, sondern auch vor Cyberattacken. Außerdem wollen wir, dass Unternehmen, die
521 unsere Grundrechte achten und nicht ausbeuten, bei der öffentlichen Auftragsvergabe
522 bevorzugt berücksichtigt werden. Schließlich sollte die Nutzung von Open Source
523 vorangetrieben werden.

524 **KI-Modelle mit europäischen Werten**

525 Algorithmische Entscheidungssysteme können Verwaltungen entlasten, neue Jobs
526 ermöglichen oder die Gesundheitsversorgung verbessern. Doch sie können auch
527 Verbraucher- und Menschenrechte verletzen, und das gilt auch für andere Methoden der
528 Künstlichen Intelligenz. Die Entwicklung und der Einsatz von Methoden der Künstlichen
529 Intelligenz müssen europäischen Werten folgen. Deshalb wollen wir bei der Entwicklung
530 und Verbreitung von KI-Modellen die erneute Dominanz großer Tech-Monopole verhindern.
531 Insbesondere für den Einsatz in Verfahren der öffentlichen Verwaltung bzw. dort, wo
532 großes öffentliches Interesse vorliegt, wie z. B. im Bereich Gesundheit, wollen wir
533 im europäischen Maßstab und nach europäischen Werten allgemein zugängliche KI-Modelle
534 entwickeln, um Abhängigkeiten zu vermeiden und globale Standards „Made in Europe“ zu
535 setzen. Wir wollen die Mitgliedsstaaten zum Treiber dieser Entwicklungen machen,
536 indem sie Innovationen „Made in Europe“ wie z.B. im Bereich KI oder künftig im
537 Bereich Quantencomputing nachfragen und somit für deren Skalierung sorgen. Wir wollen
538 den Zugang zu Fördermitteln vereinfachen und beschleunigen. Zudem wollen wir eine
539 gebündelte europäische Spitzenforschung im Bereich KI ermöglichen, um Fachkräfte in
540 Europa auszubilden und zu halten. Wir setzen uns für unabhängige
541 Datenschutzbehörden, Folgeabschätzungen sowie Transparenz- und
542 Kennzeichnungspflichten innerhalb der EU ein. Dies gilt insbesondere für KI-
543 Basismodelle. Zudem gilt es, kleine und mittelständische Unternehmen beim Einsatz von
544 KI zu unterstützen und Open-Source-Ansätze auch im Bereich KI zu fördern.

545 **Ein offenes und freies Internet**

546 Das Prinzip der Netzneutralität ist ein Eckpfeiler des offenen und freien Internets
547 und steht auch beim Ausbau von Netzwerkinfrastrukturen nicht zur Debatte. Der faire,
548 gleichberechtigte Zugang aller Nutzerinnen und Nutzer sowie Dienste zum Internet ohne
549 Einschränkungen muss gewährleistet bleiben, jegliche Ungleichbehandlung bestimmter
550 Inhalte durch die Netzanbieter lehnen wir ab. Dazu gehört auch, dass schnelles
551 Internet für alle erschwinglich sein muss.

552 **5. Europa zur Mobilitätsunion machen**

553 Die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen und Personen ist eine große
554 Errungenschaft der Europäischen Union. Menschen nutzen sie privat wie geschäftlich.
555 Die Herausforderung ist, Mobilität schnellstmöglich gleichzeitig klimaneutral,
556 zuverlässig und bezahlbar zu gestalten. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern
557 stellen wir uns dieser Herausforderung und leiten eine echte europäische
558 Mobilitätswende ein. Dies erfordert eine Transformation in allen Verkehrsbereichen,

559 einschließlich des Individualverkehrs, des öffentlichen Verkehrs und des
560 Güterverkehrs. Verkehrsplanung aus europäischer Perspektive ist auch nötig, um
561 Grenzregionen besser anzubinden. Damit fördern wir die wirtschaftliche Entwicklung in
562 ganz Europa und eröffnen die Möglichkeit, auf klimaneutralere Verkehrsmittel
563 umzusteigen. Gleichzeitig vereinfachen europäische Lösungen den Alltag für mobile
564 Europäerinnen und Europäer.

565 **Gemeinsame europäische Bahnstrecken voranbringen**

566 Deutschland hat in Europa das größte Schienennetz. Wir sorgen dafür, dass eine
567 Generalsanierung im Volumen von bis zu 45 Milliarden Euro durchgeführt wird. Diese
568 gemeinsame nationale Anstrengung wollen wir auch dazu nutzen, in den Bau und Ausbau
569 europäischer Bahnstrecken zu investieren. Aufbauend auf dem Ziel eines
570 Deutschlandtakts wollen wir die Voraussetzungen für einen Europatakt schaffen, der
571 neben der Steigerung der Pünktlichkeit auch die Anbindung an europäische Netze in den
572 Vordergrund stellt. Wir werden die Kapazität, Zuverlässigkeit, Barrierefreiheit,
573 Verfügbarkeit und den nahtlosen grenzüberschreitenden Betrieb des
574 Schienengüterverkehrs in der Union erhöhen.

575 **Europäische Züge als Alternative zum Flugzeug**

576 Den Trend zum klimafreundlichen Nachtzug wollen wir aktiv fördern und ein
577 europäisches Nachtzugnetz aufbauen. Kurzfristig wollen wir mehr ICE-Sprinter
578 etablieren, vor allem in Konkurrenz zu Kurzstreckenflügen. Bahnfahren soll
579 innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein. Die Einrichtung von
580 wettbewerbsfähigen und innovativen Hochgeschwindigkeitszugverbindungen und Nachtzügen
581 sollte von allen Mitgliedsstaaten unterstützt werden, da sie eine umweltfreundliche
582 und wettbewerbsfähige Alternative im internationalen Verkehr darstellen.

583 **Saubere Mobilität für alle**

584 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns dafür ein, dass alle
585 Bevölkerungsgruppen Zugang zu klimafreundlichen Verkehrslösungen haben und dass
586 niemand aufgrund des sozialen Status oder Einkommens benachteiligt wird. Dazu gehören
587 auch die Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln in ländlichen Gebieten und die
588 Erhaltung von guten Arbeitsplätzen im Verkehrssektor. Auch im öffentlichen Nahverkehr
589 soll die Umrüstung auf klimaschonende Verkehrsmittel europaweit deutlich beschleunigt
590 werden.

591 **Europaticket für ÖPNV und europaweite Ticket-App**

592 Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Wir wollen gemeinsam erreichen, dass es
593 auch in unseren Nachbarländern, wie zum Beispiel Frankreich, anerkannt wird. Das soll
594 Pendlerinnen und Pendler in Grenzregionen entlasten und den Urlaub vor Ort einfacher
595 und preiswerter machen. Unsere Vision ist ein Europaticket in der gesamten EU. Zudem
596 wollen wir eine verkehrübergreifende, europaweite Buchungsmöglichkeit für
597 internationale Züge, Busse und weitere Mobilitätsdienstleistungen im öffentlichen
598 Auftrag etablieren – mit einer App mobil in der ganzen EU. Gemeinsam mit unseren
599 Nachbarn wollen wir ein EU-weites Ticketsystem einführen. Vergünstigungen durch
600 BahnCards sollten für grenzüberschreitende Verbindungen vollständig gültig sein.

601 **Kostenloses Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen**

602 DiscoverEU ist ein Erfolgsprojekt der Europäischen Union. Jedes Jahr lernen Tausende

603 junge Menschen mit einem kostenlosen Interrail-Ticket im Zug Europa kennen. Diese
604 Möglichkeit sollen in Zukunft alle 18-Jährigen in der EU erhalten. Damit sich auch
605 Jugendliche mit wenig Geld die Reisekosten leisten können, wollen wir eine
606 unkomplizierte Förderung über Erasmus+ schrittweise möglich machen. Die DiscoverEU-
607 Jugendkarte mit Rabatten für Unterkunft, Verpflegung, Sport, Kultur, Lernaktivitäten
608 und ÖPNV wollen wir ausbauen.

609 **Mehr Güterverkehr auf der Schiene**

610 Wir streben eine wesentlich stärkere Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf
611 die Schiene an. Das ist ein wichtiger Schlüssel zur Erreichung der Energieeffizienz-
612 und Klimaziele der Union. Wir müssen den Bahnsektor mehr unterstützen und die
613 effizienteste Nutzung des Netzes fördern. Etwa drei Viertel des Güterverkehrs laufen
614 derzeit über die Straße, das sind ca. 1,3 Millionen Lkw täglich. Allein 1 Güterzug
615 könnte bis zu 62 Lkw ersetzen! Bis 2030 wollen wir den Anteil des
616 Schienengüterverkehrs auf 30 Prozent des gesamten Güterfrachtverkehrs für Strecken
617 über 300 Kilometer und bis 2050 auf mehr als 50 Prozent erhöhen. Der
618 Schienengüterverkehr in der EU benötigt höhere Kapazität, Zuverlässigkeit,
619 Verfügbarkeit und einen nahtlosen grenzüberschreitenden Betrieb. Dafür setzen wir auf
620 effiziente europäische Güterverkehrskorridore und die Digitalisierung der Schiene.
621 Insbesondere werden wir eine EU-weite Förderung zur flächendeckenden Einführung der
622 Digitalen Automatischen Kupplung (DAK) vorantreiben.

623 **Infrastruktur für elektro- und wasserstoffbetriebene Mobilität ausbauen**

624 Wir wollen elektro- und wasserstoffbetriebener Mobilität den Weg bereiten. Dafür
625 sollen überall mindestens alle 60 Kilometer E-Schnellladestationen und alle 200
626 Kilometer Tankstellen für Wasserstoff aufgebaut werden. Zudem wollen wir eine
627 europäische Unterstützung durch gezielte EU-Fördergelder, Anschubfinanzierungen und
628 Pilot-Projekte für Shared-Mobility-Angebote, für Mikro-Mobilität und auch für das
629 autonome Fahren. Wir brauchen Verlässlichkeit durch klare europäische Regelungen und
630 Förderungen. Diese soll es auch für Forschung und Entwicklung geben sowie zur
631 Ansiedlung von Schlüsseltechnologien, wie zum Beispiel für die Batteriezellen-
632 Industrie oder das autonome Fahren.

633 **Klimaneutraler Flug- und Schiffsverkehr, europäische Häfen und Flughäfen**

634 Nachhaltige Flugkraftstoffe, wie E-Kerosin, sind ein entscheidender Schritt, um die
635 CO₂-Emissionen der Luftfahrtindustrie drastisch zu reduzieren. Mehr als 200.000
636 zusätzliche Arbeitsplätze könnten so in Europa geschaffen werden. Dies bietet die
637 Chance für neue Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich der Produktion
638 von nachhaltigen Flugkraftstoffen. Uns ist wichtig, dass die Kraftstoffherstellung
639 nicht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion steht. Wir wollen ein EU-Label für die
640 Umweltverträglichkeit von Flügen einführen. Dies ermöglicht den Passagierinnen und
641 Passagieren, die Umweltbilanz von Flügen zu vergleichen und bewusste Entscheidungen
642 zu treffen. Außerdem wollen wir die Vorgaben für den Einsatz nachhaltiger Kraftstoffe
643 für Frachtschiffe erhöhen und Hafenstädte bei der zügigen Installation von
644 Landstromanlagen unterstützen.

645 **6. Finanzierung der Zukunft**

646 Der ökologische und digitale Umbau der europäischen Wirtschaft und unserer
647 Gesellschaft ist mit einem hohen Investitionsbedarf verbunden. Dazu gehören

648 staatliche genauso wie private Investitionen. Es handelt sich ohne Zweifel um eine
649 enorme Kraftanstrengung, aber eines ist klar: Wir investieren in unseren künftigen
650 Wohlstand und eine lebenswerte Zukunft. In Zeiten fortdauernder wirtschaftlicher
651 Unsicherheit setzen wir auch weiterhin auf fiskalische Spielräume innerhalb der EU.
652 Bei der Bewältigung der Pandemie haben wir gesehen, welche Rolle eine weitsichtige
653 Fiskalpolitik für die Stabilisierung der Wirtschaft spielen kann. Diese staatliche
654 Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten bleibt weiter wichtig. Dabei sollten die
655 Innovationskraft, die Anpassungsfähigkeit und die Leistungsfähigkeit von Unternehmen
656 entscheidend sein und nicht die fiskalische Leistungsfähigkeit einzelner
657 Mitgliedsstaaten.

658 **Gemeinsam in die Zukunft investieren**

659 Mit den historischen Beschlüssen zum europäischen Wiederaufbaufonds sind wir unter
660 der Führung des damaligen Bundesfinanzministers Olaf Scholz mutig neue Wege gegangen.
661 Next Generation EU hat einen entscheidenden Impuls für nachhaltige
662 Zukunftsinvestitionen gegeben. Zusammen mit dem Kriseninstrument für Kurzarbeit SURE
663 konnten wir eine schlagkräftige Antwort auf die Krise in der Pandemie geben. Wir
664 wollen aus diesem starken Zeichen der europäischen Solidarität einen dauerhaften
665 Integrationsfortschritt machen. Wir setzen uns für dauerhaft geeignete Instrumente
666 ein, um die europäische Wirtschaft und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der
667 Transformation zu unterstützen und akuten Krisensituationen auch durch eine
668 gemeinschaftliche Kreditaufnahme solidarisch zu begegnen. Denn mehr öffentliche
669 Mittel sind notwendig, um die Herausforderungen der sozial-ökologischen
670 Transformation zu meistern. Das Kriseninstrument SURE möchten wir weiterentwickeln
671 und sicherstellen, dass alle Mitgliedsstaaten auch in Zeiten schwerer
672 wirtschaftlicher Krisen ihre wichtigen sozialen Sicherungssysteme, durch eine
673 dauerhafte europäische Arbeitslosenrückversicherung erhalten können, ohne dass es
674 hierbei zu dauerhaften Finanztransfers kommt.

675 **Spielräume für Investitionen schaffen**

676 Wir wollen das europäische Beihilferecht reformieren und damit ermöglichen, dass
677 notwendige Investitionen auch zur rechten Zeit getätigt werden können. Dafür wollen
678 wir Genehmigungsverfahren beschleunigen. Die Genehmigung von Beihilfen sollte dabei
679 konsequent an die Einhaltung sozialer und ökologischer Kriterien geknüpft werden.
680 Auch Staaten mit einem höheren Schuldenstand müssen in der Lage sein, die
681 klimaneutrale und digitale Transformation zu meistern und soziale Investitionen zu
682 tätigen. Wir brauchen daher dringend eine entschlossene, koordinierte und
683 solidarische europäische Investitionspolitik. Der Umbau der europäischen Wirtschaft
684 kann nur gelingen, wenn Unternehmen in allen Mitgliedsstaaten von öffentlichen
685 Unterstützungsmaßnahmen profitieren. Andernfalls droht eine Schwächung der
686 Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarktes als Ganzes, was zum Nachteil der deutschen
687 Wirtschaft ist, die am meisten von einem leistungsfähigen Binnenmarkt profitiert.
688 Eine Flexibilisierung des EU-Beihilfenrechts verlangt daher, dass fiskalisch
689 schwächere Mitgliedsstaaten europäische Mittel im Sinne einer gemeinsamen
690 Investitionspolitik einsetzen können.

691 **Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes**

692 Den Stabilitäts- und Wachstumspakt werden wir weiterentwickeln. Es geht darum,
693 Zukunftsinvestitionen für den klimagerechten Umbau unserer Wirtschaften und die

694 Digitalisierung zu ermöglichen. Es geht darum, realistische und verbindliche Regeln
695 zum Schuldenabbau zu verankern und gleichzeitig die Nachvollziehbarkeit und
696 Transparenz des Paktes zu verbessern. Wir werden tragfähige Staatsfinanzen in allen
697 europäischen Ländern sichern, ohne dass die rigide Sparpolitik nach Europa
698 zurückkehrt. Der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ist in diesem Sinne
699 gelungen, eine Einigung unter den Mitgliedstaaten auf eine Reform der europäischen
700 Fiskalregeln zu erreichen. Anders als die Konservativen in der Finanzkrise hat sie in
701 diesem sensiblen Thema Europa zusammengeführt, statt zu spalten. Es wird den
702 Mitgliedsstaaten zukünftig ermöglicht, individuelle Schuldenpfade mit der
703 Europäischen Kommission zu vereinbaren, die sich an realistischen gemeinsamen
704 Standards orientieren. Starre Vorgaben zur Kreditaufnahme für die Mitgliedsstaaten
705 lehnen wir ab, sie verhindern Investitionen und beeinträchtigen die
706 Handlungsfähigkeit der Staaten. Wir setzen uns für eine weitere Demokratisierung im
707 Bereich der wirtschaftspolitischen Koordinierung sowie die Stärkung der Rolle des
708 Europäischen Parlaments im Europäischen Semester ein. Die Politikempfehlungen im
709 Rahmen des Europäischen Semesters müssen im Einklang mit grundlegenden Politikzielen
710 der EU, wie etwa dem Green Deal oder der Europäischen Säule Sozialer Recht stehen.

711 **Wettbewerbsfähige Finanzierung europäischer Unternehmen**

712 Um Investitionen zu fördern und die wettbewerbsfähige Finanzierung europäischer
713 Unternehmen sicherzustellen, soll endlich ein gemeinsamer funktionierender
714 europäischer Kapitalmarkt geschaffen werden. Hierfür werden wir den politischen Druck
715 für die Vollendung der Banken- und vor allem der Kapitalmarktunion mit angemessener
716 Aufsicht erhöhen. Auf diese Weise kann privates Kapital grenzüberschreitend
717 mobilisiert und in Unternehmen gelenkt werden. Diese Unternehmen, insbesondere kleine
718 und mittlere, können den Kapitalmarkt so leichter und stärker als bisher als
719 Finanzierungskanal nutzen. Gleichzeitig profitieren Sparerinnen und Sparer von einem
720 breiteren Zugang zu Anlagemöglichkeiten für den Vermögensaufbau und die
721 Altersvorsorge. Außerdem kann eine vollendete Kapitalmarktunion durch eine stärkere
722 Diversifikation bei Unternehmensfinanzierungen einen wichtigen Beitrag für die
723 Stärkung der Finanzstabilität leisten und darüber hinaus die internationale
724 Wettbewerbsfähigkeit verbessern. So werden wir einen integrierten und liquiden
725 europäischen Kapital- und Bankenmarkt schaffen und die finanzielle Fragmentierung
726 innerhalb Europas auflösen. Damit fördern wir Wachstum und Arbeitsplätze und
727 verbessern den Schutz von Anlegerinnen und Anlegern. Besonders müssen die
728 Möglichkeiten für Start-ups in Europa deutlich gestärkt werden.

729 **Perspektiven für Stadt und Land schaffen**

730 Alle Menschen sollen die gleichen Chancen zur Lebensverwirklichung erhalten –
731 unabhängig davon wo sie leben. Ländliche Räume sowie Klein- und Mittelstädte nehmen
732 über 80 Prozent der Fläche der EU ein. Rund ein Drittel der gesamten EU-Bevölkerung
733 sind dort beheimatet. Diese Regionen erbringen als Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs-,
734 Kultur- und Umwelträume vielfältige und zentral wichtige Funktionen für die
735 Gesellschaft. Unser Ziel ist es, Städte, Küstenregionen und ländliche Gebiete bei dem
736 nachhaltigen Wandel unserer Gesellschaften zu unterstützen und zu verhindern, dass
737 einzelne Regionen in der Transformation abgehängt werden. Eine Investitionspolitik,
738 die Menschen zeigt, was Europa konkret für sie tut, hat sich insbesondere in
739 Ostdeutschland bewährt und den Aufholprozess in den neuen Ländern zum Erfolg gemacht.

740 Wir setzen auch in Zukunft auf eine tragfähige Mittelausstattung für die europäische
741 Regionalpolitik. Unsere Städte und Regionen sollen weiterhin gemeinsam mit den
742 Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft so unbürokratisch wie möglich entscheiden
743 können, welche Investitionen vor Ort sie mit EU-Geldern mitfinanzieren wollen. Ab
744 2028 wollen wir die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu einem echten
745 Transformationsinstrument erweitern, das einen sozial gerechten Wandel sicherstellt
746 und zugleich Innovation fördert. Wir schützen die EU-Strukturfonds noch besser vor
747 dem Missbrauch durch autoritäre Regierungen.

748 **Ein schlagkräftiger EU-Haushalt**

749 Wer die Europäische Union weiterentwickeln will, muss bereit sein, ihren Haushalt
750 entsprechend mit finanziellen Mitteln auszustatten. Wir wollen einen europäischen
751 Haushalt, der den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist. Wir fordern, dass
752 2027 für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen in den zentralen Politikbereichen der
753 EU, die einen erkennbaren europäischen Mehrwert liefern, zusätzliche Mittel
754 investiert werden. Für uns gilt: Wenn die EU wie in den vergangenen Jahren
755 vielfältige neue Aufgaben übernimmt, soll sie auch die dazu nötigen Mittel erhalten.

756 Dafür wollen wir die EU finanziell unabhängiger von den nationalen Regierungen
757 machen. Wir wollen den deutschen Haushalt von Beiträgen in den europäischen Haushalt
758 entlasten und diese durch echte Eigenmittel für die EU ersetzen. Es muss der
759 Grundsatz gelten: Einnahmen, die durch europäische Politiken entstehen, gehören in
760 den EU-Haushalt.

761 Um die Einnahmenseite zu stärken, braucht es eine europäische Koordinierung und
762 Regelungen in der Unternehmensbesteuerung, die Steuervermeidung und -hinterziehung
763 durch international aktive Unternehmen wirksam verhindern. Mit der Mindestbesteuerung
764 von 15 Prozent auf OECD-Ebene haben wir einen wichtigen Meilenstein bereits erreicht,
765 nun kommt es darauf an, die Vereinbarungen in allen Mitgliedsstaaten umzusetzen und
766 mit den Mitteln den EU-Haushalt zu stärken. Unser Ziel ist eine einheitliche Basis-
767 Körperschaftssteuer von 15 Prozent auf einer einheitlichen Bemessungsgrundlage in
768 Europa. Außerdem wollen wir kurzfristig eine umfassende Finanztransaktionssteuer auf
769 alle Wertpapier- und Devisentransaktionen sowie ein EU-Eigenmittel durch die
770 Besteuerung von Aktienrückkäufen von Unternehmen einführen. Zudem stärken wir den EU-
771 Haushalt durch Einnahmen aus dem neuen CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM).

772 Eigenmittel sollen dabei nicht nur eine Einnahmefunktion erfüllen, sondern auch zur
773 Erreichung unserer politischen Ziele beitragen. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit
774 wollen wir die soziale Ungleichheit in Europa bekämpfen. Deshalb müssen EU-Mittel an
775 Kriterien wie gute Arbeit und Tarifbindung gekoppelt werden.

Antrag WP03: III. Ein starkes Europa in der Welt

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	WP - EU-Wahlprogramm

- 1 Die Zunahme an Konflikten in der Welt führt schon jetzt dazu, dass Menschen bei uns
- 2 Schutz oder ein besseres Leben suchen, sie führt zu steigenden Preisen und

3 Lieferengpässen. Die Regeln und Institutionen der globalen Zusammenarbeit stehen
4 immer mehr unter Druck, und der Krieg in der Ukraine hat die europäische
5 Sicherheitsarchitektur ernsthaft erschüttert.

6 Wir brauchen deshalb ein starkes Europa, das unsere gemeinsamen Werte Frieden,
7 Freiheit und Demokratie verteidigt und sich als Friedensmacht in der Welt engagiert.
8 Ein Europa, das auch international gegen Armut und Ausgrenzung und für Frieden,
9 Entwicklung und Menschenrechte eintritt. Die Erweiterungspolitik der EU ist ein
10 Instrument von enormer transformativer Kraft. Ein wachsendes Europa muss ein besseres
11 Europa sein. Das Europa von 35 und mehr Staaten kann nicht so geführt werden, wie das
12 heutige Europa der 27. Deshalb treten wir ein für innere Reformen, für reformierte
13 Institutionen und schlankere Entscheidungswege. Erweiterung und Reform müssen Hand in
14 Hand gehen.

15 Die Europäische Union zeigt schon jetzt, dass Kooperation uns stärker macht als
16 Konfrontation. Deshalb gilt es, noch stärker nach Gemeinsamkeiten der
17 Mitgliedsstaaten zu suchen und mit einer Stimme in der Welt zu sprechen. Wir werden
18 die europäische Handelspolitik neu ausrichten und verstärkt in strategische
19 Partnerschaften investieren – zur Sicherung wichtiger Ressourcen, aber auch um uns
20 für friedliche Konfliktlösung, eine nachhaltige Entwicklung und ein neues Vertrauen
21 in die internationalen Beziehungen zu engagieren. Dabei werden wir den Ländern des
22 Globalen Südens als gleichberechtigte Partner begegnen und uns dafür engagieren, dass
23 die feministische Perspektive stets berücksichtigt wird. Wir wollen eine solidarische
24 Migrations- und Geflüchtetenpolitik, die Humanität und Ordnung miteinander verbindet.

25 **1. Für ein friedliches Europa**

26 Der russische Angriff auf die Ukraine hat Krieg zurück auf den europäischen Kontinent
27 gebracht. Aus der Entspannungspolitik unter Willy Brandt wissen wir, dass
28 militärische Stärke wichtig ist, um das Friedensprojekt Europa zu schützen. Deshalb
29 wollen wir den europäischen Pfeiler in der NATO stärken und mehr Verantwortung für
30 unsere eigene Sicherheit übernehmen. Durch die dauerhafte Stationierung einer
31 deutschen Brigade in Litauen sowie die von Olaf Scholz angekündigte Investition in
32 die gemeinsame Luftverteidigung (European Sky Shield Initiative, ESSI) erhöhen wir
33 unseren Beitrag zur NATO bereits qualitativ und konzeptionell – dieses Engagement
34 wollen wir weiter ausbauen. Gleichzeitig setzen wir als die Friedenspartei in
35 Deutschland auch weiterhin auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und
36 Friedensförderung sowie auf Abrüstung und Rüstungskontrolle. Sicherheit und Frieden
37 gehören untrennbar zusammen, aber Frieden ist mehr als Sicherheit. Der Dreiklang von
38 Außen-, Entwicklungs- und Verteidigungspolitik bleibt deshalb der Grundpfeiler
39 sozialdemokratischer internationaler Politik.

40 **Vision einer europäischen Armee**

41 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben schon lange die Vision einer
42 europäischen Armee, denn wir wissen, durch gemeinsame Investitionen und Organisation
43 unserer Streitkräfte können wichtige Synergieeffekte erzielt werden. Im Sinne des
44 strategischen Kompasses der Europäischen Union möchten wir, dass diese eine
45 handlungsfähigere Sicherheitsakteurin wird. Auch wenn die NATO ihre zentrale Rolle
46 für unsere Bündnisverteidigung behält, wollen wir Europa in die Lage versetzen,
47 Sicherheit vor externen Bedrohungen zunehmend eigenständig zu gewährleisten. Wir
48 setzen uns für mehr Harmonisierung in der Ausbildung von Soldatinnen und Soldaten in

49 der EU sowie die Stärkung von effizienten und gleichzeitig demokratisch legitimierten
50 Entscheidungsstrukturen in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein.
51 Dazu gehören für uns insbesondere auch die Einbeziehung des Europäischen Parlaments,
52 die Stärkung des Amtes des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin der EU für
53 Außen- und Sicherheitspolitik und die Einrichtung eines eigenständigen Rats der
54 Verteidigungsministerinnen und -minister.

55 **Mehr gemeinsame europäische Beschaffung**

56 Mit dem Sondervermögen für die Bundeswehr haben wir bewiesen, dass wir bereit sind,
57 die nötigen finanziellen Ressourcen in die Hand zu nehmen, um Europa im Bereich der
58 Sicherheit und Verteidigung handlungsfähiger zu machen. Wir müssen sicherstellen,
59 dass die angestoßenen Investitionen fortgeführt werden und setzen uns daher für eine
60 nachhaltige Verteidigungsfinanzierung von mindestens 2 Prozent des
61 Bruttoinlandsproduktes ein. Wir wollen mehr Anreize für kollaborative Ausgaben für
62 Verteidigung auf europäischer Ebene setzen, indem wir europäische Fonds (EDF, EDIP)
63 substanziell besser ausstatten. Wir setzen uns für mehr Transparenz in der
64 koordinierten europäischen Verteidigungsplanung ein, damit der Druck auf
65 Mitgliedsstaaten erhöht wird, ihre Verpflichtungen auch zu erfüllen. Ebenso wollen
66 wir mehr Synergien zwischen den NATO- und EU-Planungsprozessen erzeugen und die
67 verschiedenen Innovationsinitiativen besser koordinieren.

68 **Ein europäischer Binnenmarkt für Verteidigung**

69 Durch mehr gemeinsame Entwicklung und Beschaffung wollen wir mehr Standardisierung
70 und Interoperabilität in Europa erreichen. Wir wollen gemeinsame Rüstungsprojekte
71 aktiv befördern und finanziell unterstützen. Dabei setzen wir auch auf einheitlichere
72 Zertifizierungsverfahren sowie Beschaffungszyklen. Es geht ebenso darum, Regularien
73 in Europa zu harmonisieren, um den Transport von Verstärkungskräften an die NATO-
74 Ostflanke zu erleichtern und zu beschleunigen. Und es geht um eine schrittweise
75 Liberalisierung des europäischen Verteidigungsmarktes für Produkte, die nicht als
76 nationale Schlüsseltechnologien gelten.

77 **Abrüstung und Rüstungskontrolle aktiv verfolgen**

78 Insbesondere in Zeiten der weltweiten Aufrüstung ist es unsere Pflicht als
79 Europäerinnen und Europäer, Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle aktiv
80 voranzutreiben, denn sie sind Teil einer vorausschauenden Sicherheitspolitik. Wir
81 werden uns deshalb aktiv für ein internationales Regelwerk zu bewaffneten Drohnen
82 einsetzen sowie Rüstungskontrolle und wirksame Regulierung in den Bereichen
83 Biowaffen, Cyber und Künstliche Intelligenz etablieren. Wir halten an dem
84 langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt fest.

85 **Gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik**

86 Der Krieg in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass wir einen strategischeren Ansatz
87 in unserer Rüstungsexportpolitik benötigen. Als Sozialdemokratinnen und
88 Sozialdemokraten haben wir jede Waffenlieferung an die Ukraine vorsichtig abgewogen.
89 Für einen Binnenmarkt der Verteidigung ist ein Übereinkommen über Rüstungsexporte auf
90 europäischer Ebene notwendig – unterschiedliche Regeln stehen der gemeinsamen
91 Entwicklung und Produktion entgegen. Wir setzen uns daher für eine gemeinsame und
92 koordinierte europäische Rüstungsexportpolitik ein, die sich an gemeinsamen Werten
93 und strategischen Prioritäten orientiert. Europäische Rüstungsgüter dürfen nicht in

94 die falschen Hände geraten. Wir müssen gleichzeitig unsere strategischen Partner
95 besser und zuverlässiger unterstützen.

96 **2. Eine Europäische Union für alle Europäerinnen und Europäer**

97 Die Erweiterungspolitik der EU war und ist ein Motor für Frieden, Demokratie,
98 Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand in Europa. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte
99 fortschreiben. Die Gelegenheit, unsere europäischen Nachbarn bei einer dauerhaften
100 demokratischen Transformation zu begleiten, wollen wir nutzen, auch, damit nicht
101 andere Akteure an die Stelle der EU treten. Denn die Erweiterungspolitik der EU ist
102 eines der wichtigsten Instrumente der EU-Außenpolitik.

103 **Beitritt der westlichen Balkan-Staaten beschleunigen**

104 Vor über 20 Jahren, hat die EU den Staaten des westlichen Balkans eine
105 Beitrittsperspektive gegeben. Nach jahrelanger Verzögerung ist es nun allerhöchste
106 Zeit, die Staaten des westlichen Balkans zügig in die Mitte unserer Gemeinschaft
107 aufzunehmen, wenn die Beitrittskriterien erfüllt sind. Wir setzen uns generell dafür
108 ein, dass erkennbare Zwischenschritte im Erweiterungsprozess etabliert werden und
109 wollen prüfen, inwiefern zum Beispiel der Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt schon
110 vor der vollständigen EU-Mitgliedschaft gewährt werden kann.

111 **Ukraine als Teil der EU**

112 Wir wollen, dass die Ukraine und Moldau ein Teil der EU werden, sobald sie die
113 Aufnahmekriterien erfüllen. Bürgerinnen und Bürger wie Regierung in beiden Ländern
114 lassen keinen Zweifel daran, dass sie die europäische Idee zu leben bereit sind, sich
115 schon heute an den gemeinsamen Werten orientieren und sich nach dem Schutz der
116 Gemeinschaft, in Frieden und Freiheit leben zu können, sehnen. Für eine erfolgreiche
117 Osteuropapolitik wollen wir die Voraussetzungen für die Aufnahme der Ukraine, Moldaus
118 und perspektivisch Georgiens schaffen und den Aufnahmeprozess in die EU politisch
119 absichern. Mit der Erweiterung setzen wir ein klares Zeichen gegen die einseitigen
120 Grenzverschiebungen durch Putins Russland, bekennen uns zum gemeinsamen Wiederaufbau
121 der Ukraine und ermöglichen den Menschen, die nach Frieden, Freiheit,
122 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie streben, den Zugang zu unserer Wertegemeinschaft.

123 **Europäische Werte als Grundvoraussetzung**

124 Wir werden die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten noch stärker als bisher an unseren
125 europäischen Grundwerten ausrichten und Demokratie, Menschenrechte und
126 Rechtsstaatlichkeit in den Vordergrund des Prozesses stellen. Die Kopenhagener
127 Kriterien müssen als Grundvoraussetzung immer erfüllt sein. Wenn grundlegende
128 Prinzipien der EU missachtet werden, muss die EU konsequent sein und den Wertekanon
129 der EU auch gegenüber Mitgliedsstaaten schützen.

130 **Beziehung zu unseren Nachbarn vertiefen**

131 Wir wollen flexibler werden in der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn,
132 denn wir profitieren davon, sie näher an uns zu binden. Dafür erkennen wir neben
133 bereits länger etablierten Kooperationsformen auch das Potenzial der sogenannten
134 Europäischen Politischen Gemeinschaft an. Auch unabhängig vom EU-Erweiterungsprozess
135 ist es zentral, Vertrauen aufzubauen und aktiv mit unseren Nachbarn gemeinsame
136 Interessen zu identifizieren, zum Beispiel in den Bereichen nachhaltige Energie,
137 Infrastruktur und Sicherheit.

138 Auch dem demokratischen Ostseeraum kommt eine wichtige Rolle zu. Er gehört zu den
139 innovativsten und wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt. Zu den notwendigen
140 Transformationsleistungen kommen weitere Herausforderungen, die alle Ostseeanrainer
141 gleichermaßen betreffen: der Schutz der Ostsee, das Erlangen von
142 Energieunabhängigkeit, die Neuausrichtung der Sicherheitspolitik, die Bewältigung der
143 Folgen des demografischen Wandels, die Sicherung der Daseinsvorsorge, insbesondere in
144 den ländlichen Räumen, die zukunftsorientierte Entwicklung der Digitalisierung oder
145 die sichere Nutzung von Künstlicher Intelligenz.

146 **3. Die Handlungsfähigkeit der EU stärken**

147 Die Erweiterung der Europäischen Union muss mit Vertragsreformen Hand in Hand gehen.
148 Nur eine handlungsfähige und souveräne Europäische Union wird in der Lage sein, neue
149 Mitglieder aufzunehmen. Schon heute – mit 27 Mitgliedsstaaten – erschweren die
150 Entscheidungsprozesse das Vorankommen der Union und ihre Reaktionsfähigkeit in
151 Krisenzeiten. Angesichts globaler Herausforderungen braucht es effiziente
152 demokratische Entscheidungsstrukturen, die der steigenden Komplexität Rechnung
153 tragen. Eine Grundvoraussetzung für die Erweiterung der Europäischen Union ist daher
154 die Umsetzung institutioneller Reformen. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Konferenz
155 über die Zukunft Europas, an der sich Tausende europäische Bürgerinnen und Bürger
156 beteiligt haben. Gleichzeitig wollen wir das Fundament – die Werte und Demokratien –,
157 auf denen die Europäische Union gebaut ist, stärken. Die Frage der
158 Rechtsstaatlichkeit ist keine innere Angelegenheit des jeweiligen Mitgliedsstaates,
159 sondern ihre Verletzung ist eine Gefahr für die gesamte Union. Nur wenn die EU es
160 schafft, sich ihrer inneren Demokratiefeinde zu erwehren, kann sie sich auch
161 glaubhaft für ihre Werte in der Welt einsetzen.

162 **Entscheidungsprozesse reformieren**

163 Vetorechte einzelner Mitgliedsstaaten im Europäischen Rat, die das Vorankommen der
164 Union schon heute behindern und als Druckmittel eingesetzt werden, müssen der
165 Vergangenheit angehören. Ein wesentlicher Bestandteil institutioneller Reformen ist
166 es daher, das Einstimmigkeitsprinzip im Rat, wo es heute noch gilt, durch die
167 Einführung von Mehrheitsentscheidungen abzulösen. Das macht die EU schlagfertiger,
168 handlungsschneller und demokratischer. Wenn ein souveränes Europa unser Anspruch ist,
169 dann sind Mehrheitsentscheidungen ein Gewinn und kein Verlust an Souveränität.

170 **Gemeinsame Werte durchsetzen**

171 Die gemeinsamen europäischen Werte gelten für alle Mitgliedsstaaten – ohne Ausnahme.
172 Wir setzen uns nachdrücklich für den Schutz von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
173 Menschenrechten in der EU ein. Hierzu setzen wir bestehende Schutzinstrumente mit
174 größerer Härte ein und entwickeln neue Instrumente zum Schutz unserer gemeinsamen
175 Werte. So wollen wir bei Rechtsstaatsverstößen Vertragsverletzungsverfahren deutlich
176 konsequenter einsetzen als bisher. Zudem muss der Europäische Rat dringend das
177 Grundwerte-Verfahren des Artikels 7 des Vertrags über die Europäische Union (EU-
178 Vertrag) anwenden und Mitgliedsstaaten, die systematisch gegen Grundwerte verstoßen,
179 das Stimmrecht entziehen. Nur so können wir kurzfristig verhindern, dass zunehmend
180 undemokratische Mitgliedsstaaten ihre Vetorechte missbrauchen und die Union in
181 Geiselnahme nehmen.

182 Dafür ist es auch notwendig, das Grundwerte-Verfahren des Artikel 7 EU-Vertrag

183 anzupassen. Das Europäische Parlament braucht mehr Mitspracherechte und im Rat darf
184 es nicht länger möglich sein, dass einzelne Mitgliedsstaaten Sanktionen blockieren
185 können. Zudem fordern wir, dass die EU-Kommission Mitgliedsstaaten vor den
186 Europäischen Gerichtshof bringt, die gegen die Werte aus Artikel 2 EU-Vertrag
187 verstoßen. Künftig sollte es auch nicht mehr möglich sein, dass Staaten, die in
188 schwerwiegender Weise gegen die in Artikel 2 genannten Werte verstoßen, die EU-
189 Ratspräsidentschaft übernehmen.

190 **Verstöße finanziell sanktionieren**

191 Außerdem braucht es verschärfte finanzielle Sanktionsmöglichkeiten für Verstöße gegen
192 die gemeinsamen Werte der EU. In den vergangenen Jahren haben wir erreicht, dass
193 Rechtsstaatssündern EU-Gelder vorenthalten werden können. Dieses Mittel müssen wir
194 auf alle Verstöße gegen die Werte des Artikels 2 EU-Vertrag ausweiten, insbesondere
195 auch dann, wenn der Haushalt der Union nicht unmittelbar bedroht ist. Dabei muss die
196 Europäische Kommission hier in Zukunft konsequenter vorgehen. Schließlich fordern wir
197 eine unabhängige Kopenhagen-Kommission, die überwacht, ob Kommission und Rat die
198 bestehenden Instrumente anwenden.

199 **Europäische Demokratie stärken**

200 Ein zentrales Element für eine Stärkung der europäischen Demokratie ist der Ausbau
201 der Rolle des Europäischen Parlaments als zentraler Ort der Vertretung der
202 Bürgerinnen und Bürger. Hierzu gehört ein echtes Initiativrecht, mit dem die direkt
203 gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter Gesetzentwürfe auf den Weg bringen,
204 statt wie bisher nur Vorschläge durch die Kommission einfordern zu können.

205 Wir werden zudem den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, die Leitung der
206 EU-Kommission durch ihr Kreuz am Wahltag direkt mitzubestimmen, indem wir uns für
207 eine rechtliche Verankerung des Spitzenkandidatenprinzips einsetzen. Wer
208 Kommissionspräsidentin bzw. -präsident werden kann, soll vorher transparent und für
209 alle Bürgerinnen und Bürger ersichtlich feststehen. Dann können die Menschen in der
210 EU die künftige Ausrichtung der europäischen Politik direkt beeinflussen und
211 maßgeblich zur Stärkung der demokratischen Legitimität der Europäischen Union
212 beitragen. Wir vereinen außerdem Kandidatinnen und Kandidaten aus unterschiedlichen
213 Mitgliedsstaaten in einem europäischen Wahlkreis. Diese transnationalen Listen würden
214 die europäische Dimension der Europawahlen stärken und europäische Themen im
215 Wahlkampf in den Vordergrund stellen. Selbstverständlich ist dabei, dass wir uns für
216 paritätisch besetzte Wahllisten einsetzen, damit sich der Frauenanteil in der
217 Gesellschaft auch im Europäischen Parlament widerspiegelt.

218 **Europapolitik, die den Menschen zuhört**

219 Die Demokratie ist Garantin für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die
220 Europäischen Institutionen und Entscheidungsprozesse. Nur in einer starken und
221 lebendigen Demokratie können Menschen ihre Wünsche und Interessen frei artikulieren
222 und gemeinsam in der Gesellschaft umsetzen. Die Konferenz zur Zukunft Europas als
223 innovative und partizipatorische Form der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung hat klar
224 den Wunsch nach einer handlungsfähigeren Europäischen Union gezeigt. Wir setzen uns
225 dafür ein, dass diese Vorschläge auch Geltung in der europäischen Gesetzgebung
226 finden. Insbesondere wollen wir dem Vorschlag folgen, das Einstimmigkeitsprinzip dort
227 abzuschaffen, wo es bereits heute im Rahmen der bestehenden Verträge möglich ist. Für

228 die Umsetzung einiger weitergehender Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger ist eine
229 Änderung der EU-Verträge notwendig, da sie entweder Politikbereiche betreffen, in
230 denen die EU noch keine Kompetenzen besitzt oder eine Änderung der institutionellen
231 Architektur der EU notwendig wäre. Daher werben wir bei unseren europäischen Partnern
232 für die Einsetzung eines europäischen Konvents.

233 **Durch Transparenz Vertrauen schaffen**

234 Wir wollen sicherstellen, dass Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls getroffen
235 werden, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Organe zu stärken.
236 Dafür erhöhen wir die Transparenz und Rechenschaftspflicht der EU-Institutionen,
237 indem wir uns für die Einrichtung einer starken europäischen Ethikbehörde einsetzen,
238 die gemeinsame Ethikstandards für alle EU-Institutionen setzt und deren Umsetzung und
239 Einhaltung kontrolliert.

240 **4. Internationale Partnerschaften strategisch ausbauen**

241 Ein starkes Europa vernetzt sich in der Welt. Die Europäische Union braucht
242 internationale Zusammenarbeit für ihren Wohlstand und ihre Sicherheit. Deshalb
243 stärken wir die regelbasierte internationale Ordnung, koordinieren uns noch enger mit
244 unseren europäischen Partnern und investieren gemeinsam in strategische
245 Partnerschaften. Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich im Rahmen der G7, der G20 und der
246 Vereinten Nationen bereits erfolgreich für die Zusammenarbeit und die Definition
247 gemeinsamer Interessen mit außereuropäischen Staaten eingesetzt – dieses Engagement
248 führen wir fort und bauen wir aus.

249 **Europa zum Partner erster Wahl machen**

250 Viele Staaten im Globalen Süden haben sich von den Verheißungen liberaler Demokratien
251 abgewendet, weil sie ihre Erwartungen nicht erfüllt sehen. Wir wollen, dass Europa
252 darauf reagiert und mit attraktiven und fairen Angeboten Länder wieder als
253 Mitstreiter für Projekte und Initiativen gewinnt, die gemeinsame Werte und Interessen
254 unterstützen. Ungleiche und neoliberale Machtstrukturen in den Nord-Süd-Beziehungen
255 wollen wir aufbrechen, Menschenrechte stärken, Demokratie und eine nachhaltige
256 Entwicklung fördern. Gradmesser für die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern
257 sind für uns die von der Weltgemeinschaft gemeinsam verabschiedeten 17
258 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

259 **Friedenssicherung und Friedensförderung**

260 Viele Staaten der Welt sehen in Europa nicht nur einen Partner für Sicherheit und
261 Wohlstand, sondern auch einen Partner für Frieden. Es ist an der Zeit, dass Europa
262 für Friedenssicherung und Friedensförderung mehr Verantwortung übernimmt. Konflikte
263 und Kriege haben oft soziale, ökonomische und ökologische Ursachen. Die gilt es,
264 frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.

265 Eine feministische Außen- und Friedenspolitik, die alle Mitglieder einer Gesellschaft
266 in den Blick nimmt und auf die Überwindung patriarchaler und postkolonialer
267 Machtstrukturen dringt, ist dafür eine unverzichtbare Grundlage. In Konflikten kommt
268 es strukturell immer wieder zu geschlechtsspezifischer Gewalt und anderen
269 Unterdrückungsmechanismen gegenüber Frauen.

270 Wir setzen uns deshalb für Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen
271 und marginalisierten Gruppen in all ihrer Diversität ein und unterstützen

272 feministische Bewegungen wie zum Beispiel im Iran. Im Iran kämpfen seit der Ermordung
273 von Jina Amini durch die iranische Sittenpolizei viele Regimekritikerinnen und
274 Regimekritiker gegen das Mullah-Regime und für ein selbstbestimmtes Leben. Das
275 Mullah-Regime reagiert mit brachialer Gewalt auf diese Proteste, inhaftiert und
276 foltert Protestierende. Alleine in 2023 wurden 600 Menschen durch das Regime
277 hingerichtet. Wir wollen uns mit den mutigen Freiheitskämpferinnen und
278 Freiheitskämpfern im Iran solidarisieren und stehen fest an ihrer Seite.

279 Internationale Kultur- und Bildungspolitik sind weitere gewichtige Faktoren in der
280 Konfliktprävention. Dafür ist es zentral, Zivilgesellschaft einzubinden und vor allem
281 zivile Konfliktprävention umfangreicher zu fördern. Damit investieren wir in
282 nachhaltig positive Erfahrungen mit Europa und fördern Bildungs-, Kultur- sowie
283 Wissenschaftsaustausch. Wir werden uns für eine ausreichende Finanzierung
284 starkmachen.

285 **Transatlantische Partnerschaft stärken**

286 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine lässt die transatlantischen
287 Gemeinsamkeiten so stark hervortreten wie lange nicht. Die USA sind Europas
288 wichtigster Sicherheitspartner weltweit sowie einer der zentralsten Wirtschafts- und
289 Handelspartner. Wir wollen die Handelsbeziehungen weiter vertiefen, indem wir zum
290 Beispiel die Strukturen des EU-US Trade and Technology Councils besser nutzen.
291 Fernziel ist ein gemeinsamer transatlantischer Wirtschaftsraum mit fairen
292 Handelsbedingungen, in dem Industriezölle abgeschafft, Marktzugangsbarrieren für
293 Zukunftstechnologien, besonders der Dekarbonisierung, Digitalisierung und
294 Kreislaufwirtschaft, abgebaut und gemeinsame Standards festlegt sind.

295 **Gemeinsame Europäische Chinapolitik**

296 China ist für uns Partner, Wettbewerber und Systemrivale. Ohne China sind zentrale
297 globale Herausforderungen nicht zu bewältigen. Die Bedeutung Chinas als wichtiger
298 Absatzmarkt für europäische Unternehmen ist hoch. Gleichzeitig stehen europäische
299 Firmen im Wettbewerb mit chinesischen um Marktanteile und Innovationen – und China
300 arbeitet an einem Umbau des internationalen Systems zu seinen Gunsten. Wir wollen,
301 dass Europa mit einer Stimme für seine Interessen und Werte spricht und fordern
302 deshalb die Entwicklung einer klaren und konsistenten europäischen Strategie für die
303 Beziehungen zu China, die vorhandene Konzepte und Beschlüsse integriert und wenn
304 nötig anpasst. Wir wollen die Zusammenarbeit bei globalen Herausforderungen
305 vorantreiben, die Achtung und universelle Gültigkeit der Menschenrechte fördern und
306 den Multilateralismus stärken. Gleichzeitig brauchen wir eine europäische
307 Resilienzstrategie, die Risiken verringert (De-Risking), auch mit Blick auf den
308 Schutz kritischer Infrastruktur in Europa. Wir müssen unsere Wirtschaftsbeziehungen
309 diversifizieren, um wirtschaftliche Abhängigkeiten zu minimieren, insbesondere bei
310 der Rohstoff-Beschaffung nach dem Prinzip „China plus eins“, bei dem wir neben China
311 immer auch alternative Lieferanten haben. Dazu gehört auch, dass wir neben dem
312 europäischen Lieferkettengesetz auch den Import von Produkten aus Zwangsarbeit
313 untersagen.

314 **Reform der Vereinten Nationen vorantreiben**

315 Um die Herausforderungen unserer Zeit – Armut, Klimawandel, Verlust der
316 Biodiversität, Migration, Pandemien, Kriege – zu bewältigen, braucht es globale

317 Antworten. Diese können nur im Rahmen einer regelbasierten internationalen Ordnung
318 entstehen. Wir wollen deshalb gemeinsam auf funktionierende multilaterale
319 Institutionen und internationale Abkommen hinwirken. Die Zusammenarbeit der EU
320 innerhalb der Vereinten Nationen möchten wir weiter verstärken. Wir wollen, dass der
321 Sicherheitsrat der Vereinten Nationen repräsentativer wird. Wir setzen uns deshalb
322 für eine Reform des Sicherheitsrates ein, bei der zunächst der Sicherheitsrat um
323 Nationalstaaten, vor allem des Globalen Südens, erweitert wird. Für die Europäische
324 Union wollen wir mehr Mitwirkungsrechte in der UN schaffen. Wir wollen zudem die
325 Weltgesundheitsorganisation politisch und finanziell stärken. Als Lehre aus den
326 Pandemie-Jahren wollen wir kurzfristig und dauerhaft eine Kooperation etablieren, die
327 für globale Teilhabe an Technologie, notwendigem Wissen, Daten und Informationen
328 sorgt. Gemeinsam werden wir uns besser auf zukünftige Pandemien und auf die
329 Auswirkungen des Klimawandels auf das Gesundheitswesens vorbereiten.

330 **Entwicklungszusammenarbeit verstärkt europäisch denken**

331 Die EU ist bereits jetzt – zusammen mit ihren Mitgliedsstaaten – weltweit die größte
332 Geberin in der Entwicklungszusammenarbeit und die größte Demokratieförderin. Diese
333 Stellung wollen wir ausbauen – sowohl im Interesse der Partnerländer als auch im
334 eigenen Interesse, denn es ist eine langfristige Investition, um die Agenda 2030 zu
335 erreichen und Wohlstand und Sicherheit zu gewährleisten. Wir stehen zu der
336 Zielvorgabe, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für
337 Entwicklungszusammenarbeit auszugeben. Ein besonderer Fokus muss dabei auf die am
338 wenigsten entwickelten Länder (LDCs) gesetzt werden. Auch in der Entwicklungspolitik
339 ist uns ein feministischer Ansatz wichtig. Projekte sollen gemeinsam mit unseren
340 Partnern im Globalen Süden und mit besonderem Hinblick auf soziale, ökologische und
341 geschlechterspezifische Ungleichheiten sowie den Kampf gegen den Klimawandel
342 weiterentwickelt werden. Wir setzen uns für eine gemeinsame Ausrichtung unserer
343 globalen Entwicklungszusammenarbeit ein und wollen unsere Kräfte auf europäischer
344 Ebene besser bündeln. Deshalb wollen wir die Rolle des Kommissars bzw. der
345 Kommissarin für internationale Partnerschaften weiter aufwerten und die
346 Aufsichtsfunktion des Europäischen Parlaments stärken, um sicherzustellen, dass
347 entwicklungspolitische Projekte zielgenau umgesetzt werden.

348 Die Europäische Initiative Global Gateway braucht einen Neustart, auch um eine
349 sichtbare Antwort auf Chinas Belt and Road Initiative (Neue Seidenstraße) sein zu
350 können. Dazu wollen wir die Förderung von Infrastrukturprojekten besser koordinieren
351 und bündeln. Europäische Investitionen in zukunftsrelevante Infrastrukturen müssen
352 aus einem Guss kommen. Wir werden dafür sorgen, dass die Investitionen gemeinsam mit
353 den Partnerländern entwickelt und umgesetzt werden, um nachhaltig und vor Ort wirksam
354 zu werden. Erfolgreiche Projekte, wie der auf dem G20-Gipfel in Neu-Delhi von uns mit
355 unseren Partnern initiierte neue Transportkorridor zwischen Indien und Europa, zeigen
356 die geopolitische Relevanz solcher Offensiven.

357 **Finanzielle Räume für Entwicklung schaffen**

358 Wir setzen uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für mehr
359 Steuergerechtigkeit, Transparenz und Auskunftsrechte sowie eine globale
360 Mindestbesteuerung ein, damit gerade unsere internationalen Partner ihre erreichte
361 Wertschöpfung für Investitionen in ihre Zukunft nutzen können. Wir befürworten
362 konditionierte Entschuldungsprogramme, bei denen die Ersparnisse des Schuldenschnitts

363 gezielt in soziale und nachhaltige Vorhaben investiert werden. Wir brauchen deshalb
364 einen Schuldenschnitt für die Länder des Globalen Südens, der staatliche,
365 zwischenstaatliche und private Institutionen miteinbezieht.

366 Wir wollen zudem weitere Investitionspartnerschaften etablieren, um öffentliche und
367 private Investitionen für die Entwicklung von nachhaltigen Wertschöpfungsstrukturen
368 zu bündeln und durch progressive Regulierung sozialökologisches Wachstum zu
369 ermöglichen. Dabei stellen wir sicher, dass das Ziel der Bekämpfung von Ungleichheit
370 im Fokus steht.

371 **5. Eine neue Ausrichtung für die europäische Handelspolitik**

372 Die nachhaltige Entwicklung Europas und gute Arbeitsplätze in Deutschland hängen
373 maßgeblich vom Handel ab. Gleichzeitig wissen wir: Der neoliberale Traum, dass Handel
374 automatisch zu Wohlstandsgewinnen für alle, politischem Wandel und mehr Sicherheit in
375 der Welt führt, ist ausgeträumt. Wirtschaftliche Mittel werden zudem in unserer
376 globalisierten Welt immer öfter genutzt, um geopolitische Konflikte auszutragen. Wir
377 brauchen deshalb eine progressive Handelspolitik, die die Lebensrealitäten der
378 Menschen verbessert – nicht nur in Europa, sondern auch bei unseren Handelspartnern.
379 Wir wollen ein starkes Europa, das widerstandsfähig ist und wirtschaftspolitische
380 Mittel strategisch einsetzt, um unsere Werte und Interessen zu schützen.

381 **Handelspartner diversifizieren – insbesondere im Bereich Rohstoffe**

382 Die jüngsten Krisen haben deutlich gemacht, dass Europa in sensiblen Bereichen unter
383 einseitigen Abhängigkeiten leidet – sei es bei Importen von Energieträgern,
384 Rohstoffen, seltenen Erden oder Medikamenten. Deswegen wollen wir unsere
385 Handelspartner und Lieferketten diversifizieren und dadurch ein resilientes Europa
386 schaffen, das in zukünftigen Krisen auf sicheren Beinen steht. Ein besonderer Fokus
387 liegt dabei auf Rohstoffen, die für die sozialökologische Transformation zentral
388 sind. Wir brauchen deshalb gleichberechtigte Kooperationen mit rohstoffreichen
389 Staaten. Diese Kooperationen müssen die politischen Interessen und ökonomischen
390 Entwicklungserfordernisse unserer Partner als zentral erachten – beide Seiten müssen
391 von Rohstoffpartnerschaften profitieren. Insbesondere Entwicklungs- und
392 Schwellenländern muss dabei mehr eigene, lokale Wertschöpfung ermöglicht werden, auch
393 durch gezielte Unterstützung. Dabei achten wir im Sinne des Lieferkettengesetzes
394 darauf, negative Auswirkungen auf Menschenrechte, Umwelt und Klima zu vermeiden.

395 **Durchsetzbare Standards in europäischen Handelsabkommen verankern**

396 Handelsabkommen, die allein den Abbau von Zollschränken und die Liberalisierung von
397 Märkten zum Ziel haben, sind nicht mehr zeitgemäß. Stattdessen wollen wir umfassende
398 Handels- und Investitionsabkommen, die verbindliche soziale (u. a. ILO-
399 Kernarbeitsnormen, Governance Conventions), menschenrechtliche und ökologische
400 Standards zum Schutz von Beschäftigten und der Umwelt sowie konkrete Beschwerde-,
401 Überprüfungs- und Folgemechanismen enthalten, die wir gemeinsam und auf Augenhöhe mit
402 unseren Handelspartnern umsetzen. Unser Ziel ist es, dass in Zeiten des globalen
403 technologischen Wandels auch digitale Rechte im Handelsabkommen verankert werden.
404 Gleichzeitig halten wir sektorspezifische Handelskooperationen (wie z. B. den US-EU-
405 Handels- und Technologierat) für sinnvoll, um globale Standards zu setzen und
406 strategische Partnerschaften auszubauen.

407 **Kompetenzen und Instrumente im Bereich Geoökonomie ausbauen**

408 Wir setzen uns für eine Europäische Union ein, die ihre Kompetenzen in der
409 Außenwirtschaftspolitik bündelt und souveräne europäische Entscheidungen schützt und
410 verteidigt. Wir wollen unsere Wirtschaftsbeziehungen und Abhängigkeiten fortlaufend,
411 vorausschauend und tiefgehend analysieren, damit wir Risiken frühzeitig erkennen.
412 Außerdem werden wir weiter an einer breiten Palette an geoökonomischen Instrumenten
413 arbeiten, die nötig sind, um auf unterschiedliche Herausforderungen reagieren zu
414 können. Die von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vorangetriebene
415 Einführung des Handelsinstruments gegen wirtschaftlichen Zwang ist in dieser Hinsicht
416 eine wichtige Ergänzung des Instrumentenkastens. Wir wollen der Europäische Union mit
417 diesen Instrumenten nicht nur die Möglichkeit geben, sich als geopolitische Spielerin
418 zu behaupten, sondern auch, dass sie diese Rolle einnimmt und mit Leben füllt.

419 **Internationale Regeln für Handel stärken**

420 Wir setzen uns für einen freien, gerechten und regelbasierten Welthandel ein. Wir
421 wollen die Reform des Streitbeilegungssystems der Welthandelsorganisation sowie die
422 Einbeziehung von Klima- und Menschenrechtszielen in die Regeln und Normen des
423 internationalen Handels vorantreiben. Wir werden uns für eine Aktualisierung des
424 Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen einsetzen, um den
425 zunehmenden globalen Subventionswettbewerb wirksam zu steuern. Es ist von
426 entscheidender Bedeutung, einen Rahmen zu schaffen, der die Transparenz in Bezug auf
427 den tatsächlichen Einsatz von Subventionen erhöht, was auch ein entscheidender
428 Schritt zur Regulierung dieses Wettlaufs ist.

429 **6. Eine solidarische Geflüchtetenpolitik**

430 Weiterhin sind weltweit sehr viele Menschen gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen. Sie
431 fliehen vor Gewalt, Terror und Verfolgung. In überwiegender Zahl suchen sie als
432 Binnenflüchtlinge Schutz in anderen Teilen ihres Landes oder in Nachbarstaaten ihrer
433 Region. Für nicht wenige ist aber auch die Europäische Union der Ort, um endlich
434 Sicherheit und Frieden zu finden. Denn die Gemeinschaft der 27 Mitgliedsstaaten ist
435 trotz vielerlei Herausforderungen weiterhin ein Hort der Rechtsstaatlichkeit und
436 Humanität. In diesem Sinne wollen wir die Europäische Union stärken, damit sie als
437 starke Gemeinschaft eine humanitäre Antwort für die Menschen gibt, die unseren Schutz
438 und Zuflucht benötigen.

439 **Humanitäre Verantwortung wahren**

440 Aus unserer eigenen Geschichte heraus ist das Recht auf Asyl, als Eckpfeiler
441 sozialdemokratischer Politik, fest in unseren Grundwerten verankert und für uns nicht
442 verhandelbar. Für uns besteht kein Zweifel daran, dass wer des Schutzes bedarf, auch
443 Zuflucht finden sollte. Unsere Migrationspolitik beruht deshalb auf dem Grundprinzip
444 der Humanität. Gleichzeitig benötigen wir – um die Zustimmung zu einer am Grundsatz
445 der Humanität ausgerichteten Asyl- und Geflüchtetenpolitik zu erhalten – ebenfalls
446 Ordnung und Steuerung bei der Migration. Ausnahmslos alle Mitgliedsstaaten der
447 Europäischen Union müssen in der Geflüchtetenpolitik ihren europäischen, wie
448 völkerrechtlichen Verpflichtungen selbstverständlich nachkommen. Wir fordern, dass
449 die Verantwortung der Europäischen Union entsprechend der von allen Mitgliedsstaaten
450 unterzeichneten Regelungen und Verpflichtungen auch tatsächlich solidarisch getragen
451 wird.

452 **Ein solidarisches Gemeinsames Europäisches Asylsystem**

453 Es ist gut, dass sich nach jahrelangem Streit die Mitgliedsstaaten der Europäischen
454 Union und das Europäische Parlament auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen
455 Asylsystems (GEAS) geeinigt haben. Diese wichtige Einigungsfähigkeit der Europäischen
456 Union muss sich jetzt in der Praxis beweisen. Wir wollen, dass ein gemeinsames System
457 nicht länger nur auf dem Papier existiert, sondern von allen Mitgliedsstaaten
458 angemessen getragen wird und den schutzsuchenden Menschen in der Praxis Hilfe
459 leistet. Für die SPD gilt dabei unmissverständlich: Das individuelle Menschenrecht
460 auf Asyl und das internationale Flüchtlingsrecht sind die unumstößliche Basis für
461 dieses Gemeinsame Europäische Asylsystem. Das war und ist für uns nicht verhandelbar.
462 Deshalb stellen wir klar, dass ein faires Asylverfahren mit hohen rechtsstaatlichen
463 Standards immer auch in Grenzverfahren gewährleistet sein muss.

464 **Besonderer Schutz für allein reisende minderjährige Geflüchtete und Familien**

465 Wir konnten uns durchsetzen, dass allein einreisende Minderjährige grundsätzlich von
466 einem Grenzverfahren ausgenommen sind. Darüber hinaus haben wir uns dafür eingesetzt,
467 dass die Ausnahme auch für Familien mit Kindern und weitere vulnerable Gruppen gelten
468 soll. Zwar ist erreicht, dass für Familien mit Kindern in den Grenzverfahren eine
469 kindgerechte Unterbringung gewährleistet werden muss. Aber wir wollen weiterhin, dass
470 Familien mit Kindern, wie auch andere vulnerable Gruppen grundsätzlich von den
471 Grenzverfahren ausgenommen werden. Deshalb ist es gut, dass die Europäische
472 Asylagentur verpflichtet ist, ein besonderes Augenmerk auf die Aufnahme-Bedingungen
473 für diese Gruppen zu richten. Sollte sich zeigen, dass eine kindgerechte Betreuung
474 hier nicht gewährleistet werden kann, so muss umgehend gehandelt und Familien mit
475 Kindern müssen von den Grenzverfahren ausgenommen werden. Das Gleiche fordern wir für
476 andere vulnerable Gruppen, bspw. für queere Schutzsuchende.

477 Für uns steht die Prüfung des individuellen Asylanspruchs im Vordergrund und nicht
478 die pauschale Kategorisierung nach Herkunftsländern. Wir werden die
479 menschenrechtliche Lage an der EU-Außengrenze ganz genau beobachten. Wir wollen
480 verhindern, dass es zu gravierenden Missständen und zur Entstehung prekärer Lager
481 kommt, damit sich Katastrophen wie in Moria nicht wiederholen.

482 **Rechtsschutz auch in Grenzverfahren gewährleisten**

483 Für uns bleibt es entscheidend, dass auch in Grenzverfahren das uneingeschränkte und
484 individuelle Recht auf Asyl und humanitäre Bedingungen gewahrt bleiben.
485 Schutzsuchende, deren Asylgesuch in einem beschleunigten Asylverfahren geprüft wird,
486 müssen daher regelmäßig die Möglichkeit der Rechtsberatung und Hinzuziehung eines
487 Rechtsbeistands erhalten. Die angestrebten Beschleunigungen im Asylverfahren dürfen
488 keineswegs zu Rechtsschutzeinschränkungen führen. Wir setzen uns weiter dafür ein,
489 dass Rechtsmittel grundsätzlich eine aufschiebender Wirkung haben.

490 Wir fordern bei der Gewährleistung des Außengrenzschutzes der EU die Einhaltung aller
491 humanitären und rechtsstaatlichen Vorschriften. Wir stellen klar: Pushbacks sind eine
492 eklatante Verletzung des Völkerrechts. Ein Tolerieren durch oder gar eine Beteiligung
493 von Behörden der Mitgliedsstaaten oder von Frontex darf es unter keinen Umständen
494 geben. Illegale Zurückweisungen müssen unverzüglich eingestellt und sanktioniert
495 werden. Wir unterstützen daher ausdrücklich ein unabhängiges Monitoring aller
496 nationalen Aktivitäten im Kontext Migration und Asyl. Dabei muss insbesondere die
497 Europäische Grenzschutzagentur Menschenrechtsverletzungen aufklären und, wo immer
498 möglich, verhindern. Damit die EU-Außengrenzen rechtsstaatlich und sicher sind,

499 braucht es weiterhin eine umfassende Prüfung der systematischen und strukturellen
500 Probleme der größten EU-Agentur.

501 **Pflicht zur Solidarität**

502 Die beschlossene Pflicht zur Solidarität aller Mitgliedsstaaten ist ein großer
503 Schritt, mit der die Europäische Union als Ganzes ihrer humanitären Verantwortung
504 nachkommt. Dies gilt vor allem für die Mitgliedsstaaten – wie Deutschland –, die in
505 erheblichem Umfang Schutzsuchende aufgenommen haben. Deshalb muss diese Pflicht zur
506 Solidarität aller Mitgliedstaaten fortan durchgesetzt werden. Um dabei insbesondere
507 solidarische Kommunen zu unterstützen, fordern wir auf europäischer Ebene einen
508 zusätzlichen Fonds für die Aufnahme Geflüchteter sowie für notwendige kommunale
509 Infrastruktur.

510 **Hohe Standards und regelmäßige Überprüfung der Sicherheitslage in Herkunftsländern**

511 Aus dem individuellen Asylrecht ergibt sich, dass die Überprüfung der Asylgründe
512 anhand des Einzelfalls erfolgt. Schutzsuchende müssen stets die Möglichkeit haben,
513 effektive Rechtsmittel gegen ablehnende Asylentscheidungen einzulegen. Allgemeine
514 Bewertungen der Sicherheitslage in den Herkunftsländern, die in den Asylverfahren
515 berücksichtigt werden, müssen regelmäßig auf Basis verlässlicher, rechtsstaatlicher
516 Kriterien überprüft werden.

517 **Mehr Wege für legale Arbeitsmigration nach Europa**

518 Viele, die ein Schutzgesuch in der Europäischen Union stellen, haben sich auf den Weg
519 gemacht, um hier zu arbeiten. Es muss klar sein, dass das der falsche Weg ist.
520 Gleichzeitig müssen wir mehr Wege schaffen und aufzeigen, wie man aus Drittstaaten
521 Zugang auf den europäischen Arbeitsmarkt bekommt. Denn vielerorts in Europa gibt es
522 nicht nur (mehr) im hochqualifizierten Bereich einen akuten Mangel an Arbeitskräften.
523 Deshalb wollen wir einen Ausbau der bestehenden Möglichkeiten (bspw. Blaue Karte EU)
524 und eine zügige Harmonisierung der nationalen Zugangsmöglichkeiten. Als Vorbild
525 könnte hier das in Deutschland geschaffene Fachkräfteeinwanderungsgesetz dienen, das
526 sich ausdrücklich nicht nur an Hochqualifizierte richtet. Zudem sollte sich eine von
527 einem Mitgliedsstaat ausgesprochene ordentlich Arbeitserlaubnis grundsätzlich (etwa
528 nach einer bestimmten Frist) auch auf die Möglichkeit erstrecken, in anderen
529 Mitgliedsstaaten arbeiten zu dürfen. Die EU-Visa-Vergabe zu Ausbildungs- oder
530 Qualifikationszwecken wollen wir erleichtern.

531 **Sicherere und legale Fluchtwege schaffen**

532 Wir wollen legale Zugangswege für geflüchtete Menschen schaffen. Dabei spielt die
533 gezielte Aufnahme von Menschen direkt aus Aufnahmelagern des UNHCR (Resettlement)
534 eine wichtige Rolle. Entsprechende Programme sind bereits freiwillig möglich. Wir
535 wollen, dass diese gut steuer- und kontrollierbare Maßnahme verstärkt genutzt wird.
536 Dabei ist klar, dass wir das individuelle Recht auf Asyl in Europa verteidigen und
537 eine Auslagerung des Asylsystems auf Drittstaaten ablehnen. Auch braucht es sicherere
538 Fluchtrouten, um das Sterben vor allem auf dem Mittelmeer zu verhindern. Deshalb
539 treten wir unter anderem weiter für humanitäre Visa ein: Menschen mit
540 Verfolgungsgeschichte sollen an Auslandsvertretungen der Europäischen Union eine
541 kursorische Asyl-Vorprüfung erhalten, um ihnen hiernach den lebensgefährlichen Weg
542 über das Mittelmeer zu ersparen.

543 **Fluchtursachen bekämpfen**

544 Mit Gewalt ausgetragene Konflikte, staatliche Repression, Diskriminierung und massive
545 Menschenrechtsverletzungen, Armut und die Auswirkungen des Klimawandels gehören zu
546 den wichtigsten Auslösern von Fluchtbewegungen. Entwicklungspolitische Maßnahmen, die
547 die Krisenanfälligkeit eines Landes verringern und den gesellschaftlichen
548 Zusammenhalt verbessern, leisten daher einen wichtigen Beitrag zur Minderung von
549 Fluchtursachen. Deshalb wollen wir, dass Deutschland verstärkt dabei unterstützt, die
550 politische und wirtschaftliche Situation zu stabilisieren, nach Konflikten zerstörte
551 Strukturen wiederaufzubauen sowie Bildungs- und Beschäftigungschancen zu verbessern.

552 Wir wollen ein faires Welthandels-, Währungs- und Finanzsystem, das den Globalen
553 Süden nicht übervorteilt, sondern dafür Sorge trägt, dass die Wertschöpfung in den
554 entsprechenden Ländern steigt und damit die Grundlage für ein gutes Leben vor Ort
555 geschaffen wird und erhalten bleibt.

556 In überwiegender Zahl suchen Menschen als Binnenflüchtlinge oder in Nachbarstaaten in
557 ihrer Region Schutz. In vielen Fällen sind diese Regionen ebenfalls von Konflikten
558 und fragilen Strukturen geprägt. Wir wollen, dass die EU diese Staaten solidarisch
559 unterstützt, die Versorgung der Geflüchteten und Migranten zu stemmen sowie soziale
560 und wirtschaftliche Verteilungskonflikte mit der lokalen Bevölkerung zu verhindern.

561 Wir setzen uns dafür ein, dass EU-Mittel noch viel stärker dort eingesetzt werden, wo
562 sie wirken und wo Unterstützung dringend notwendig ist: in den Aufnahmeländern, für
563 den Aufbau von langfristigen Strukturen, für Menschenrechtsschutz. Wir fordern, dass
564 mindestens die Hälfte dieser Mittel in langfristige Investitionen zum Schutz und zur
565 Versorgung von Geflüchteten in Aufnahmeländern sowie in den Ausbau von regulären
566 Migrationswegen fließt.

567 **Sterben auf dem Mittelmeer beenden: Seenotrettung und sichere Fluchtrouten**

568 Das Sterben auf dem Mittelmeer muss aufhören. Die Seenotrettung ist eine
569 Verpflichtung aus dem internationalen Seerecht. Zivile Seenotrettung, die diese
570 Aufgabe und humanitäre Verantwortung übernimmt, Menschen aus Not zu retten, darf
571 demnach auch nicht kriminalisiert werden und wird weiter von uns unterstützt.
572 Letztendlich wollen wir, dass Seenotrettung innerhalb der EU staatlich gewährleistet
573 wird und sicherere Fluchtwege geschaffen werden.

574 **Kommunen entlasten**

575 Der erfolgreiche Neustart des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems kann nur gelingen,
576 wenn die neuen Regeln überall umfassend umgesetzt werden. Durch die Einführung eines
577 europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds sollen Städte und
578 Kommunen, die sich bereit erklären Geflüchtete aufzunehmen, bei den
579 Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten
580 finanziell unterstützt werden. In diesem Rahmen sollen die Bürgerinnen und Bürger
581 zudem über die Ausgestaltung der Aufnahme von Geflüchteten mitbestimmen können.
582 Zugleich setzen wir harmonisierte europäische Regeln für den Zugang zu Ausbildung und
583 Arbeit um. Das gilt für eine Ausweitung der sogenannten Blauen Karte EU aber auch für
584 vereinfachte Regeln für längerfristige Aufenthalte in der EU.

Antrag WP04: IV. Ein Europa des Respekts

Antragsteller*in:

SPD-Parteivorstand

Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	WP - EU-Wahlprogramm

1 Wir wollen eine Europäische Union, die fest zusammenhält. Auch und besonders, wenn
2 die Zeiten herausfordernd sind. Die Grundlage dafür ist ein Europa des Respekts. Auf
3 der Grundlage unserer gemeinsamen Werte Freiheit, Demokratie, Frieden und
4 Gerechtigkeit wollen wir den Wohlstand für viele, nicht nur für wenige. Respekt heißt
5 für uns, unterschiedliche Lebensentwürfe zu respektieren und zu schützen. Es spielt
6 keine Rolle, welche soziale oder geografische Herkunft man hat, wie man lebt und wen
7 man liebt, ob man jung oder alt ist, Akademikerin oder Hilfsarbeiter. Weil wir
8 Respekt haben vor jedem und jeder Einzelnen, sorgen wir für gleiche Chancen, ein
9 Recht auf Teilhabe, gute Bildung und gute Arbeit. Sie sind die Grundlagen für ein
10 selbstbestimmtes Leben. Respekt heißt deshalb auch für gute Arbeit zu sorgen,
11 verbunden mit dem Versprechen der Solidarität.

12 Wir sind Deutsche, regional verwurzelt, wir sind aber auch Europäerinnen und
13 Europäer. Beides erfüllt uns gleichermaßen mit Stolz. Die Europäische Union ist
14 unsere Gemeinsamkeit, die uns ohne Angst und Träumereien verschieden sein lässt. Mit
15 ihren gemeinsamen Werten stiftet die Europäische Union Identität. Auf dieser
16 identitätsstiftenden Gemeinsamkeit bauen wir zuversichtlich die Zukunft der
17 Europäischen Union auf. Dagegen missbraucht die rechtspopulistische Politik der Aus-
18 und Abgrenzung die bereichernde Vielfalt in der EU als Feindbild. Sie ist respektlos
19 und menschenfeindlich. Ihrer Negativität mit ihren scheinbar einfachen, untauglichen
20 Antworten, aber insbesondere ihren Lügen und ihrem Hass, stellen wir uns robust und
21 geschlossen entgegen.

22 Es sind die gelebten gemeinsamen Werte, die alle Mitgliedsstaaten in der Europäischen
23 Union auf Augenhöhe zusammenkommen lassen – unabhängig von ihrer Größe,
24 Wirtschaftskraft oder gar militärischen Stärke. Der Respekt für den Einzelnen ist die
25 historische Einzigartigkeit der Europäischen Union. Wir wollen sie stärken zum Nutzen
26 und Wohle aller Unionsbürgerinnen und -bürger.

27 **1. Für gute Arbeit sorgen**

28 Aus unserer Geschichte der Arbeiterbewegung heraus ist uns klar, dass wahrer Respekt
29 für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur entstehen kann, wenn sie auf Augenhöhe
30 ihre Interessen kollektiv vertreten und verhandeln können. Das gilt im Kleinen wie im
31 Großen. Dennoch haben wir als Staat eine Verantwortung für gute Rahmenbedingungen,
32 ebenso wie für die grundlegenden Regeln im Arbeitsschutz und bei den Löhnen. Für die
33 SPD ist zentrale Voraussetzung für die Gestaltung einer guten Zukunft für alle
34 Europäerinnen und Europäer, dass alle vor uns stehenden Veränderungen nur gemeinsam
35 mit den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften gestaltet werden können. Dafür braucht
36 es in Deutschland und Europa starke Mitbestimmung, hohe Tarifbindung und eine aktive
37 Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, bei denen die Interessen der Beschäftigten im
38 Mittelpunkt stehen.

39 **Soziale Rechte stärken**

40 Wir wollen keine prekäre Arbeit in Europa, sondern gute Arbeit. Dafür werden wir die
41 Europäische Säule sozialer Rechte weiter entschieden national wie europäisch
42 umsetzen. Mit gemeinsamen Mindeststandards für Arbeitsmärkte und Sozialpolitik hat

43 die Europäische Union einen wichtigen Schritt unternommen hin zur Angleichung der
44 Lebensverhältnisse in Europa. Dies hat auch in Deutschland zu Verbesserungen geführt
45 (Tariftreue im Vergaberecht, Mindestlohnrichtlinie...), die ohne die Sozialdemokratie
46 niemals durchgesetzt worden wären. Diesen richtigen gemeinsamen Weg wollen wir
47 fortsetzen. Dafür werden wir auch die Kriterien für gute Arbeit noch stärker in der
48 europäischen Strukturpolitik verankern, in den Strukturfonds und in den
49 Regionalbeihilfen. Hier wollen wir Tarifbindung, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie
50 Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung als feste Bestandteile der Vergaberegeln
51 verankern.

52 **Gerechte Bezahlung für alle**

53 Wer Vollzeit arbeitet, muss von der Bezahlung leben können. Dafür war die EU-
54 Mindestlohnrichtlinie ein wichtiger Schritt. Sie verpflichtet die Mitgliedsstaaten
55 dazu, Aktionspläne aufzustellen, um die Tarifbindung zu erhöhen. Ziel ist, dass 80
56 Prozent der Beschäftigten von Tarifverträgen erfasst werden. Denn tarifliche
57 Bezahlung sollte die Regel sein. Sie sorgt für bessere Bezahlung und
58 Arbeitsbedingungen. Europa kann mehr tun, um die nationale Tarifbindung weiter zu
59 stärken. Dafür soll die Vergabe von EU-Mitteln künftig stärker an Bedingungen wie
60 gute Arbeit und Tarifverträge geknüpft werden. Durch die Aufnahme einer
61 verpflichtenden Tariftreueklausel werden wir daher die Konzessions- und Vergabe-
62 Richtlinien weiterentwickeln. Außerdem kämpfen wir für einen rechtlichen Status für
63 europäische Künstlerinnen und Künstler und andere Selbstständige mit EU-weiten
64 Standards für deren Mindestvergütung, Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung.

65 **Digitale Dividende für alle**

66 Digitale Produktivitätsgewinne müssen zu Arbeitszeitverkürzungen für alle
67 Beschäftigten führen und nicht zur Arbeitsverdichtung. Auch die Mitbestimmung muss im
68 Zusammenhang mit der digitalen Transformation gestärkt werden. Wir wollen die
69 Expertise der Beschäftigten stärker miteinbeziehen, wenn es um die Digitalisierung
70 von Prozessen oder gar um den Einsatz von Künstlicher Intelligenz geht. Unser Ziel
71 ist, die Souveränität und Selbstbestimmung von Beschäftigten zu stärken.

72 **Beschäftigte besser vor Ausbeutung schützen**

73 Freizügigkeit und faire Mobilität gehören zusammen. Wir wollen die sozialen Rechte
74 mobiler EU-Bürgerinnen und -bürger verbessern und sie vor Ausbeutung und
75 Diskriminierung schützen. Deshalb setzen wir uns für eine einheitliche europäische
76 Sozialversicherungsnummer bzw. für den digitalen Sozialversicherungspass ein. Die
77 Reform der Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme muss den Sozialschutz mobiler
78 Beschäftigter sicherstellen und Missbrauch wirksam bekämpfen. Zudem wollen wir
79 erreichen, dass gegen Lohnraub, Lohn- und Sozialversicherungsbetrug entschiedener
80 vorgegangen und durch Mindeststandards für Unterkünfte die unwürdige Unterbringung
81 von mobilen Beschäftigten beendet wird. Wir wollen mehr nationale wie europäische
82 Kontrollen, eine stärkere Koordinierung sowie die Ausweitung von Beratungsstellen zur
83 Fairen Mobilität in ganz Europa erreichen, um die Lage der Arbeitnehmerinnen und
84 Arbeitnehmer zu verbessern. Dazu gehören auch eine Ausweitung des Mandats der
85 Europäischen Arbeitsagentur für die Kontrolle von Beschäftigten aus Drittstaaten,
86 Subunternehmerketten, privaten Arbeitsvermittlungen, besserer Zugang zu Daten und
87 mehr Kompetenzen bei grenzüberschreitenden Kontrollen. Der Grundsatz „Gleicher Lohn
88 für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ muss in allen Mitgliedsstaaten durchgesetzt

89 werden. Wir brauchen eine ehrgeizige Richtlinie zur Plattformarbeit, die einen Rahmen
90 schafft, mit dem Scheinselbständigkeit bekämpft wird und kollektive Rechte gestärkt
91 werden. Wir setzen uns für faire Arbeitsbedingungen und fairen Wettbewerb in der
92 europäischen Logistikbranche ein, insbesondere für LKW-Fahrerinnen und -fahrer.
93 Außerdem wollen wir eine EU-Richtlinie zum Schutz vor psychischen Belastungen, um auf
94 die Zunahme von Stress, Arbeitsverdichtung und Zeitdruck zu reagieren.

95 **Für ein europäisches Lieferkettengesetz**

96 Darüber hinaus wollen wir auch außerhalb der Europäischen Union unseren Beitrag
97 leisten für faire Arbeitsbedingungen, den Schutz von Menschenrechten, den
98 Umweltschutz und den Kampf gegen den Klimawandel. Das deutsche Lieferkettengesetz ist
99 hier ein erster wichtiger Schritt, den wir um ein starkes europäisches
100 Lieferkettengesetz ergänzen. Wir wollen so verhindern, dass Produkte, die durch
101 Zwangsarbeit oder Ausbeutung von Mensch und Natur hergestellt werden, überhaupt in
102 den europäischen Binnenmarkt gelangen. Deshalb unterstützen wir die Verordnung über
103 ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten, mit starken Kompetenzen der
104 EU-Kommission.

105 **Gute Arbeit durch starke Arbeitnehmerrechte**

106 Die Mitbestimmung ist ein zentrales Element der Stärkung von Demokratie in den
107 Unternehmen und Betrieben. Mitbestimmte Unternehmen sind innovativer und
108 erfolgreicher. Wir wollen deshalb die Mitbestimmung stärken. Mit einer EU-
109 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Unternehmensmitbestimmung soll der
110 Flickenteppich unterschiedlicher Mitbestimmungsregeln zusammengefasst werden.
111 Zusätzlich muss die Demokratie am Arbeitsplatz im Rahmen einer Reform des
112 europäischen Gesellschaftsrechts gestärkt werden. Bei nachträglichem Überschreiten
113 nationaler Schwellenwerte für die Geltung der Mitbestimmung muss es eine
114 Nachverhandlungspflicht geben. Zudem wollen wir die Europäischen Betriebsräte (EBR)
115 im Rahmen der Richtlinie stärken. Das gilt vor allem bezüglich des Zugangs zu
116 Gerichten, der Definition von grenzüberschreitenden Angelegenheiten und angemessenen
117 Sanktionen.

118 **Europäische Sozialpartnerschaft stärken**

119 Wie in Deutschland, so wollen wir auch auf europäischer Ebene, dass die
120 Gewerkschaften sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Möglichkeit zur Gestaltung
121 der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik aktiv wahrnehmen. Dafür werden wir
122 den sozialen Dialog im Rahmen des europäischen Sozialmodells stärken: gemeinsame
123 Abkommen der Sozialpartner sollen zügig in verbindliche Gesetzgebung überführt
124 werden. Europa braucht eine Wirtschaft im Dienste der Menschen. Deshalb muss den
125 sozialen Grundrechten der Europäischen Union endlich Vorrang vor den wirtschaftlichen
126 Grundfreiheiten eingeräumt werden.

127 Zudem stellen wir klar: Das Streikrecht darf nicht untergraben werden, es gehört zu
128 einem starken Binnenmarkt dazu.

129 **Gute (Aus-)Bildung**

130 Gute Bildung ist Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben. Gute (Aus-)Bildung
131 darf nicht von der Herkunft, dem Geschlecht, einer Behinderung oder dem Geldbeutel
132 und der sozialen Lage der Eltern abhängen. Wir engagieren uns anknüpfend an die
133 Initiativen des Europäischen Bildungsraums 2025 deshalb für einen echten europäischen

134 Bildungsaufbruch. Wir wollen allen Kindern in der EU bis 2030 eine inklusive,
135 gleichberechtigte und hochwertige Grund- und Sekundarbildung garantieren.
136 Gleichzeitig fordern wir einen verbindlichen Qualitätsrahmen und eine angemessene
137 Finanzierung der Jugendgarantie, nach der allen jungen Menschen in der EU innerhalb
138 von vier Monaten nach Schulabschluss oder nachdem sie arbeitslos geworden sind ein
139 hochwertiges Angebot für einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, eine
140 Weiterbildungsmöglichkeit oder ein Praktikum gemacht werden soll. Darüber hinaus ist
141 es uns wichtig, die Vergütung von Praktika sicherzustellen, um die Rechte von jungen
142 Menschen zu stärken. Gleichzeitig wollen wir die grenzüberschreitende Vermittlung von
143 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen erleichtern. Zudem setzen wir uns für eine stärkere
144 Breitenförderung der europäischen Hochschulen, die allen Studierenden zugutekommt,
145 ein. Unser Ziel bleibt die gebührenfreie Bildung von der Kita über die Ausbildung und
146 das Erststudium bis zum Meister oder Master. Dies streben wir perspektivisch auf EU-
147 weit an. Mit der Bologna-Reform sollte ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum
148 geschaffen werden - mit vergleichbaren Abschlüssen und einer höheren Mobilität der
149 Studierenden. Wir setzen uns in der EU dafür ein, dass diese Ziele konsequent weiter
150 verwirklicht werden. Wir wollen eine deutliche Steigerung der Bildungsinvestitionen
151 und setzen uns insbesondere für eine Stärkung des Europäischen Solidaritätskorps und
152 von ERASMUS+ ein. Unser Ziel ist es, dass jede und jeder, der dies möchte, bis zu
153 seinem 25. Lebensjahr mindestens eine durch ERASMUS+ geförderte Lernerfahrung im
154 Ausland machen kann. Weiterhin unterstützen wir europäische und internationale
155 Jugendverbände in ihrer politischen und kulturellen Bildungsarbeit. Insbesondere
156 grenzüberschreitende Projekte und Begegnungen tragen aktiv zum Abbau von Vorurteilen
157 bei und sorgen für ein Erfahrbarmachen eines zusammenwachsenden Europas.

158 **2. Soziale Sicherheit gewährleisten**

159 Mehr als jede fünfte EU-Bürgerin bzw. jeder fünfter EU-Bürger ist von Armut und
160 sozialer Ausgrenzung bedroht. Armut spaltet den Kontinent und schwächt den
161 Zusammenhalt. Der Aufbau einer europäischen Sozialunion ist uns deshalb ein
162 wesentliches Anliegen. Das soziale Europa muss gestärkt und mit den ökonomischen
163 Grundfreiheiten in ein Gleichgewicht gebracht werden. Deshalb setzen wir uns für ein
164 soziales Fortschrittsprotokoll ein, das den europäischen Verträgen beigelegt wird.
165 Die Europäische Säule sozialer Rechte und die hieraus auf dem Sozialgipfel in Porto
166 2021 entwickelten Ziele bleiben für uns handlungsleitend für die nächste
167 Legislaturperiode. Starke soziale Sicherungssysteme unterstützen die Menschen im
168 Wandel und ermöglichen ein Leben in Würde. Dafür wollen wir die richtigen
169 Rahmenbedingungen setzen.

170 **Gemeinsame Standards für Grundsicherungssysteme**

171 Wir wollen, dass in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union solide Netze
172 sozialer Sicherheit bereitstehen. Deshalb setzen wir uns für eine Rahmenrichtlinie
173 zur Festlegung von Mindeststandards für die jeweiligen nationalen
174 Grundsicherungssysteme ein. Mindestsicherungsleistungen müssen eine angemessene,
175 armutsfeste Einkommensunterstützung sowie Unterstützungsleistungen zur (Wieder-
176)Eingliederung in den Arbeitsmarkt gewährleisten. Damit schaffen wir die
177 Voraussetzung, dass unfreiwillige und armutsbedingte Migration innerhalb der
178 Europäischen Union reduziert wird.

179 **Schutz vor Kinderarmut**

180 Zum Schutz der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen sind zudem besondere
181 Anstrengungen nötig, wenn wir die in Porto vereinbarten Ziele erreichen wollen: bis
182 2030 in der EU fünf Millionen Kinder aus der Armut holen. Wir werden deshalb die
183 nationale Umsetzung der Europäischen Kindergarantie wirksam begleiten und ausreichend
184 EU-Mittel im Rahmen der Europäischen Sozialfonds dafür zur Verfügung stellen.
185 Außerdem müssen die Sozialfonds in der kommenden Förderperiode finanziell besser
186 ausgestattet werden. Das kommt auch unserer sozialdemokratischen Idee einer
187 Kindergrundsicherung zugute, vor allem für den Ausbau der Infrastruktur für Bildung
188 und Teilhabe.

189 **Einführung eines europäischen Behindertenausweises**

190 Mit der neuen Strategie für Menschen mit Behinderungen sollen Chancengleichheit sowie
191 der gleichberechtigte Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
192 Leben noch stärker gefördert werden. Wir setzen uns für einen europäischen
193 Behindertenausweis sowie die Verbesserung des Europäischen Parkausweises für Menschen
194 mit Behinderungen ein, mit dem Ziel, Teilhabebarrrieren abzubauen und
195 Nachteilsausgleiche im Bereich der Mobilität, Kultur, Freizeit und dem Sport zu
196 nutzen. So sollen die Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen europäischen
197 Mitgliedsstaaten geltend gemacht werden.

198 **Bezahlbarer Wohnraum, vor allem in den Städten**

199 Unser Ziel ist ein selbstverständlicher Zugang zu gutem, barrierefreiem und
200 bezahlbarem Wohnraum. Wir wollen lebenswerte Innenstädte schaffen, mit einem
201 ausreichenden Angebot an bezahlbaren, langfristig vermieteten Wohnungen. Damit
202 stellen wir uns der voranschreitenden Verknappung und dadurch stark steigenden Mieten
203 entgegen. Die EU muss Investitionen in erschwinglichen, sozialen und
204 energieeffizienten Wohnraum stärker unterstützen und den Mitgliedsstaaten ausreichend
205 Spielraum einräumen, notwendige Investitionen in sozialen Wohnungsbau zu tätigen. Wir
206 brauchen zudem mehr europäische Flexibilität bei der Gewährung der staatlichen
207 Wohnraumförderung. Darüber hinaus wollen wir den europäischen Austausch der
208 nationalen Akteure weiter stärken. Mietwohnungen, nicht Ferienwohnungen, müssen der
209 Normalfall in den Städten sein. Deshalb stärken wir Kommunen den Rücken, die die
210 Umwandlung von Miet- in Ferienwohnungen beschränken und setzen uns dafür ein, den
211 Städten mit angespannten Wohnungsmärkten die Möglichkeit der Begrenzung von
212 Kurzzeitvermietungen zu geben. Es braucht europarechtliche Grundlagen, um den
213 schlimmsten Auswüchsen von Umwandlungen Einhalt zu gebieten und Mieterinnen und
214 Mieter in angespannten Wohnungsmärkten zu schützen. Auch den wachsenden Markt
215 möbliert vermieteter Wohnungen werden wir in den Blick nehmen, um zu verhindern, dass
216 Regelungen für bezahlbaren Wohnraum hierdurch unterlaufen werden. Wir wollen die
217 Möglichkeiten ausweiten, mit EU-Mitteln die Schaffung bezahlbaren Wohnraums,
218 insbesondere für junge Menschen, zu fördern.

219 **Wohnungslosigkeit in Deutschland und Europa überwinden**

220 Unser Ziel ist es, Wohnungslosigkeit in Deutschland und Europa bis 2030 zu
221 überwinden. Darum unterstützen wir die Europäische Plattform zur Bekämpfung von
222 Wohnungslosigkeit. Wir sind überzeugt, dass die Lösung der oft komplexen Probleme
223 obdachloser Personen mit einer eigenen Wohnung beginnen muss. Diesen Housing First-
224 Ansatz unterstützen wir und wollen ihn weiter ausbauen. Darüber hinaus setzt sich die
225 SPD dafür ein, dass dem Thema in der neuen Kommission ein noch größerer Stellenwert

226 eingeräumt wird.

227 **3. Zugang zu guter Gesundheitsversorgung**

228 Jede und jeder in Europa soll einen sicheren Zugang zu den notwendigen Arzneimitteln
229 und neuesten Therapien zu erschwinglichen Preisen haben. Die Corona-Pandemie hat
230 gezeigt, wie wichtig ein koordiniertes Vorgehen unter den Mitgliedsstaaten sein kann.
231 Wir wollen deshalb eine europaweit vernetzte und patientenorientierte
232 Gesundheitsprävention und -versorgung. Dafür brauchen wir eine starke Europäische
233 Gesundheitsunion. Gemeinsam können wir Lieferengpässe bekämpfen, faire Preise für
234 Arzneimittel sicherstellen und den Pflegesektor stärken.

235 **Präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Lieferengpässen**

236 Lieferengpässe, vor allem bei kritischen Wirkstoffen oder Vakzinen, wollen wir
237 nachhaltig bekämpfen. Zu diesem Zweck setzen wir uns im Zuge der EU-
238 Pharmagesetzgebung dafür ein, auch präventive Mechanismen wie Monitoring,
239 Engpassmanagementpläne und Meldepflichten weiterzuentwickeln. Wir plädieren für ein
240 europäisches Instrument zur Überwachung und Erkennung von Arzneimittelengpässen und
241 zur Erhöhung der Transparenz bei der Medikamentenversorgung und -echtheit.

242 **Faire Preise für Arzneimittel**

243 Wir wollen mehr gemeinsame europäische Beschaffung von Arzneimitteln, um das beste
244 Preis-Leistungs-Verhältnis zu erzielen. Bei der Sicherstellung des Zugangs zu
245 medizinischen Innovationen für alle EU-Bürgerinnen und -bürger braucht es zudem ein
246 europaweites, faires System der Arzneimittelpreisgestaltung und Nutzenbewertung. Wir
247 plädieren hier für ein solidarisches System, das sich an den politischen, markt- und
248 volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Kaufkraft der europäischen
249 Partnerländer und ggf. weiterer Abnehmerländer orientiert.

250 **Eine gute und sichere Versorgung zu Hause und unterwegs**

251 Damit die grenzüberschreitende Behandlung von Patientinnen und Patienten in der
252 Europäischen Union gewährleistet ist, brauchen wir die europaweite Interoperabilität
253 von Gesundheitsdaten mit sicheren und einheitlichen Standards. Dabei werden wir
254 sicherstellen, dass Patientinnen und Patienten stets die Kontrolle über ihre
255 Gesundheitsdaten behalten. Perspektivisch wollen wir den Zugang zur Behandlung und
256 die freie Arztwahl bei kurzfristigen Aufenthalten im EU-Ausland, sei es als Touristin
257 bzw. Tourist oder als Saisonarbeiterin bzw. Saisonarbeiter, weiter erleichtern und
258 eine einfache und schnelle digitale Abrechnung der Behandlung im EU-Ausland
259 effektiver nutzen.

260 **Weitere Stärkung der Pflege**

261 Mit der Europäischen Pflegestrategie haben wir die Themen Pflege und Betreuung in den
262 Fokus gerückt und zusammengedacht. Wir wollen die Strategie nun konsequent umsetzen,
263 insbesondere durch mehr staatliche Investitionen in den Pflegesektor und die
264 Einführung von verbindlichen europäischen Regelungen. Dafür wollen wir informelle in
265 formelle Arbeit überführen und reguläre und gute Arbeitsbedingungen sowie die
266 Bekämpfung prekärer Arbeitsbedingungen, insbesondere von Frauen in privaten
267 Haushalten, sicherstellen.

268 **Mehr Anreize für Innovation und verstärkter Kampf gegen Resistenzen**

269 Wir wollen neue Anreize für die Forschung und die Entwicklung dringend benötigter

270 neuartiger Antibiotika schaffen. Zugleich wollen wir eine stärkere Beaufsichtigung
271 der Antibiotikanutzung, um auf die zunehmend grenzüberschreitende
272 Gesundheitsbedrohung der wachsenden Resistenz zu antworten. In diesem Sinne werden
273 wir uns für eine vollständige Umsetzung des europäischen One-Health-Aktionsplans
274 gegen antimikrobielle Resistenzen und verstärkter Zusammenarbeit mit unseren
275 internationalen Partnern einsetzen, mit dem Ziel ein globales Abkommen über die
276 Verwendung und den Zugang zu antimikrobiellen Mitteln herbeizuführen. Wir werden uns
277 zudem dafür einsetzen, dass die chronischen Folgen von Infektionen zu einer Priorität
278 erklärt werden – Menschen, die zum Beispiel an Long Covid, Post Vac und ME/CFS
279 erkrankt sind, benötigen dringend zugelassene Medikamente und verdienen unsere
280 Solidarität. Im Rahmen des europäischen Forschungsprogramms werden wir uns weiterhin
281 dafür einsetzen, dass die geschlechtsspezifische medizinische Forschung
282 vorangetrieben und die Therapieentwicklung im Bereich der Autoimmunkrankheiten
283 ausgebaut wird.

284 **4. Für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft sorgen**

285 Ein Europa des Respekts ist ein diskriminierungsfreies Europa, denn
286 diskriminierungsfreie Gesellschaften sind glücklicher, gesünder, resilienter,
287 wohlhabender, sicherer und vor allem gerechter. Trotzdem müssen wir zunehmend
288 erleben, wie in einigen Mitgliedsstaaten versucht wird, die Rechte von Frauen,
289 Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ+-Personen zu unterlaufen. Gruppenbezogene
290 Menschenfeindlichkeit, Homophobie, Rassismus und Antisemitismus sind Gift für ein
291 gutes und friedliches Zusammenleben. Diese menschenfeindlichen, wie
292 antidemokratischen Tendenzen sind innerhalb der EU und weltweit sichtbar. Wir werden
293 nicht akzeptieren und zulassen, dass konservative und rechte Regierungen unsere
294 erkämpften Rechte infrage stellen und angreifen. Frauenrechte, die Rechte von People
295 of Color wie auch die Rechte von Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ+-Personen sind
296 Menschenrechte. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten vieles erreicht in
297 Deutschland und in Europa – aber noch lange nicht alles.

298 **EU-Charta der Frauenrechte erarbeiten**

299 Wir fordern eine EU-Charta der Frauenrechte. Wir brauchen einen Katalog zu
300 schützender Grundrechte, absoluter Mindeststandards, wie z. B. den universellen
301 Zugang zu Verhütung, sexueller und reproduktiver Gesundheit, und Rechte,
302 einschließlich reproduktiver Selbstbestimmung sowie sicherer und legaler
303 Schwangerschaftsabbrüche sowie Sexual- und Beziehungserziehung. Auch streben wir an,
304 dass es langfristig kostenlosen, niedrigschwiligen Zugang zu Abtreibungsmitteln wie
305 der „Pille Danach“ gibt. Auch sichere Schwangerschaftsabbrüche sollten in der EU
306 möglichst allen Menschen kostenlos zu Verfügung stehen, um reproduktive
307 Selbstbestimmung und Gesundheit sicherstellen zu können. Ziel muss sein: Rechte zu
308 schützen, auszubauen und festzuschreiben. Das Recht auf sicheren und legalen
309 Schwangerschaftsabbruch soll zudem auch in der EU-Grundrechtecharta verankert werden.

310 **Europäische Gleichstellungsstrategien erneuern**

311 Die europäische Gleichstellungsstrategie muss weiterhin effektiv umgesetzt werden,
312 insbesondere in Form qualitativer und quantitativer Maßnahmen, die die
313 Erwerbsbeteiligung von Frauen stärken. Auch die LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie, die
314 es nun erstmals von 2020 bis 2025 gibt, muss konsequent umgesetzt und stetig
315 weiterentwickelt werden. Beide Strategien sollten, unter Berücksichtigung bisheriger

316 Erfahrungen und mit einem eigenen Budget ausgestattet, für die Zeit von 2025 bis 2030
317 erneuert werden.

318 **Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen schafft soziale Gerechtigkeit**

319 Wir wollen die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Beschäftigung, Bezahlung und
320 sozialer Sicherung schließen, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen zu
321 stärken. Vor allem brauchen wir hochwertige Arbeitsplätze sowie faire Löhne und
322 Renten. Wir sind stolz, dass wir die europäische Richtlinie zur Lohntransparenz
323 durchbringen konnten und damit mehr Frauen ihren gerechten Lohn erhalten. Es besteht
324 aber noch Umsetzungsbedarf, insbesondere beim deutschen Entgelttransparenzgesetz. Um
325 die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Bezahlung zu schließen, setzen wir uns
326 neben der Umsetzung der Richtlinie für Lohntransparenz für eine EU-Richtlinie zu
327 Antidiskriminierung bei Löhnen ein. Denn für uns ist klar: Lohntransparenz allein
328 wird unserem sozialdemokratischen Anspruch nicht gerecht. Wir wollen gleiche
329 Entlohnung für gleiche Arbeit am gleichen Ort in der Europäischen Union. Auch die
330 angenommene Mindestlohnrichtlinie wird dafür sorgen, dass gerade Frauen, die häufig
331 im Niedriglohnsektor arbeiten, besser vor Armut geschützt werden. Wir wollen den
332 Gender Gap auch bei Pflege und Betreuung schließen. Noch immer ist Sorgearbeit
333 Frauensache, dies darf nicht so bleiben. Wir streben daher das Modell „Equal Carer –
334 Equal Earner“ an, also ein gleichstellungsorientiertes Erwerbs- und Sorgemodell.

335 **Mehr Frauen in Führungspositionen bringen**

336 Wir stärken Frauen in der Wirtschaft, insbesondere als Gründerinnen von Unternehmen
337 und Start-ups. Wir sorgen dafür, dass Frauen gerechter in Entscheidungsprozessen in
338 der Politik sowie in Unternehmen vertreten sind. Quoten und Reißverschlusslisten,
339 aber auch eine bessere geschlechtersensible politische Kultur und Unternehmenskultur
340 sind hier geeignete Maßnahmen. Die EU-Führungspositionen-Richtlinie (2022) ist ein
341 Meilenstein für die Gleichstellung in Europa. Sie stärkt Frauen in Aufsichtsräten und
342 ebnet ihnen den Weg in die Führungsetagen börsennotierter Unternehmen. Wir planen in
343 einem nächsten Schritt, die Vorstände aller in der Europäischen Union ansässigen
344 Unternehmen in den Blick zu nehmen.

345 **Steuerliche Gleichstellung**

346 Frauen konsumieren anders und sie haben niedrigere Einkommen – tragen aber eine
347 höhere Mehrwertsteuerlast. Wir setzen uns dafür ein, dass die Steuerbelastung endlich
348 gerechter verteilt wird. Das reicht von reduzierten Steuersätzen in der EU auf
349 weibliche Hygieneartikel bis zur Abschaffung des Mehrpreises auf Produkte und
350 Dienstleistungen für Frauen (Pink Tax). Das heißt, wir sorgen dafür, dass
351 gleichwertige Produkte und Dienstleistungen für Männer und Frauen gleich viel kosten.

352 **Gewalt gegen Frauen gemeinsam bekämpfen und verhindern**

353 Um männliche Gewalt gegen Frauen zu beenden, müssen wir schädliche Normen, Strukturen
354 und Stereotype ansprechen, analysieren und auflösen, Sexualaufklärung in Schulen
355 vorantreiben und europaweite Gewaltprävention durch gendersensible Bildungsprogramme
356 für Jungen und Mädchen anbieten. Nur ein gesamtgesellschaftliches Umdenken und eine
357 Verankerung moderner Rollenbilder werden die gleichberechtigte Wahrnehmung von Frauen
358 in allen Bereichen der Gesellschaft vorantreiben und damit auch Gewalt beenden.

359 Die Annahme der Istanbul-Konvention ist ein starkes Signal der EU, dass gemeinsame
360 Werte nicht verhandelbar sind – Frauenrechte eingeschlossen. Es muss in allen

361 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union selbstverständlich sein, konsequent gegen
362 geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen. Die Istanbul-Konvention muss daher in allen
363 Mitgliedsstaaten der EU ratifiziert und die Vorgaben müssen in nationales Recht
364 übertragen werden.

365 Auch die Richtlinie zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt ist ein
366 wichtiger Schritt, um europaweite Mindeststandards beim Schutz der Frauen
367 festzulegen. Wir wollen darüber hinaus gehen und setzen uns dafür ein, dass
368 geschlechtsspezifische Gewalt als europaweiter Straftatbestand anerkannt wird, um
369 damit in Zukunft noch umfangreicher alle Formen der Gewalt gegen Frauen bekämpfen zu
370 können.

371 **Vor Menschenhandel und Ausbeutung schützen**

372 Wir wollen den gemeinschaftlichen Kampf Europas gegen Menschenhandel fortsetzen und
373 die bestehende Gesetzeslage auf die neuesten Herausforderungen in diesem Bereich
374 zuschneiden. Ein Hauptziel muss sein, die Frauen zu schützen, die mit dem Ziel der
375 sexuellen Ausbeutung in der EU und in die EU verschleppt werden.

376 **Gleichstellung und Parität auch in den europäischen Institutionen**

377 Wir streben Geschlechterparität in der neuen EU-Kommission an und werden dafür
378 sorgen, dass erneut eine Kommissarin ausdrücklich für das Thema Gleichstellung
379 zuständig ist – Gleichstellung von Frauen und Männern, für Antidiskriminierung und
380 LGBTQI+-Rechte. Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Europäische
381 Gleichstellungsinstitut EIGE weiter zu stärken. Der EU-Haushalt soll mit dem
382 Instrument des Gender Budgeting geschlechtergerecht aufgestellt werden.

383 **Rechte von queeren Menschen schützen**

384 Die Europäische Union garantiert die Freiheit von queeren Menschen. So hat es das
385 Europäische Parlament mit der Unterstützung der Sozialdemokratie ausdrücklich
386 beschlossen. Die Erklärung und Unterstützung der „LGBTIQ+ Freedom Zone“ folgt dabei
387 einer Besorgnis, dass erreichte Schritte der Freiheit von queeren Menschen akut
388 gefährdet sind. Wir stellen uns hier jedweden Diskriminierungen und Anfeindungen in
389 den Weg. Wir fordern die EU-Kommission als Hüterin der Verträge auf, hart auf das
390 LGBTQI+-feindliche Vorgehen einzelner Mitgliedsstaaten zu reagieren. Sie sind mit dem
391 Wertekanon der Europäischen Union unvereinbar. Sie müssen gestoppt und rückgängig
392 gemacht werden. Zudem fordern wir, dass europäische Regenbogenfamilien nicht in ihrer
393 Freizügigkeit gehindert und eingetragene Lebenspartnerschaften und
394 gleichgeschlechtliche Ehen in der ganzen EU anerkannt werden.

395 **Nationale Minderheiten schützen**

396 Wir setzen uns gemäß der Charta der Grundrechte der EU für den Schutz der nationalen
397 Minderheiten in Deutschland und Europa ein und unterstützen Maßnahmen zum Erhalt
398 ihres kulturellen Erbes.

399 **Ein altersgerechtes Europa**

400 Aktives und gesundes Altern wirkt sich positiv auf die Gesellschaft, den
401 Arbeitsmarkt, die Sozialsysteme und die Produktivität aus. Wir setzen uns deshalb
402 gegen Altersdiskriminierung ein und wollen Menschen dabei helfen, ihr Leben so lange
403 wie möglich selbstständig zu führen und sich gesellschaftlich beteiligen zu können.

404 **5. Sicherheit und Freiheit schützen**

405 Respekt heißt auch, ohne Angst vor Kriminalität zu leben und ohne Angst verschieden
406 sein zu dürfen. Alle Europäerinnen und Europäer sollen sich in der EU sicher fühlen
407 und die Freiheit haben, sich unabhängig zu informieren und sich eine eigene Meinung
408 zu bilden. Wir wollen dafür die Unabhängigkeit von Medien schützen und effektiver
409 gegen Desinformation vorgehen. Kriminalität findet oft grenzüberschreitend statt,
410 deswegen müssen unsere nationalen Polizei- und Sicherheitsbehörden noch besser
411 kooperieren. Wir wollen auf europäischer Ebene Regeln setzen, um den europäischen
412 Verbraucherschutz im gemeinsamen Binnenmarkt zu stärken. Angesichts einer Zunahme von
413 Klimawandel bedingten Katastrophen, zusätzlich zu anderen Notfällen, wollen wir zudem
414 den Bevölkerungsschutz verbessern, indem wir noch enger mit unseren europäischen
415 Partnern zusammenarbeiten und, wo sinnvoll, zentral steuern.

416 **Freiheit der Medien sicherstellen**

417 Medienfreiheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundrechte europäischer
418 Bürgerinnen und Bürger. Wir haben in den letzten Jahren gesehen, wie in Europa Druck
419 auf die Medien ausgeübt wurde und europäische Werte verletzt wurden. Darum ist es
420 höchste Zeit, die Unabhängigkeit der Medien in allen Mitgliedsstaaten zu stärken und
421 den staatlichen Einfluss zurückzudrängen, wo er missbraucht wird. Regierungen dürfen
422 keinen Einfluss auf die Berichterstattung öffentlich-rechtlicher wie privater Medien
423 haben oder Druck auf Journalistinnen und Journalisten ausüben. Dafür entwickeln wir
424 gemeinschaftliche Instrumente zum Schutz der Unabhängigkeit der Medien weiter und
425 stellen sicher, dass Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen
426 überall dort direkt unterstützt werden, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
427 besonders unter Druck stehen. Dafür streben wir einen Sonderfonds für Demokratie und
428 Rechtsstaatlichkeit an.

429 **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden stärken**

430 Wir wollen eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizeien und
431 Sicherheitsbehörden in der Europäischen Union. Dazu gehört insbesondere auch die
432 Stärkung von Europol bei der Unterstützung der Mitgliedsstaaten. Die Zusammenarbeit
433 soll sich vor allem auf die Bekämpfung der Wirtschafts- und Cyberkriminalität
434 konzentrieren. Zudem soll sie den Waffen-, Drogen- und Menschenhandel in den Fokus
435 nehmen, wobei sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Gewalt gegen Frauen Schwerpunkte
436 sein sollen. Zudem bleibt es dabei, dass wir extremistischen oder terroristischen
437 Gewalttaten nur gemeinsam als Europäische Union begegnen können. Damit die
438 grenzüberschreitende Arbeit noch besser klappt, setzen wir uns für eine
439 kontinuierliche Aus- und Weiterbildung mit gleichen Standards, z. B. mit Hilfe der
440 EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung ein. Auch
441 die justizielle Zusammenarbeit auf EU-Ebene wollen wir stärken. Das gilt für die
442 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
443 (Eurojust), wie auch für den Ausbau gemeinsamer Kanäle für den sicheren
444 Datenaustausch. Weiteres Augenmerk gilt der Geldwäschebekämpfung mit der geplanten
445 Anti-Geldwäsche-Agentur AMLA. Bezüglich der geplanten europäischen Anti-Geldwäsche-
446 Agentur AMLA setzen wir uns für den Standort Frankfurt ein.

447 **Stärkung der Europäischen Staatsanwaltschaft**

448 Mit der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTA) ist eine wichtige Behörde im Kampf
449 gegen (Steuer-)Betrug, Korruption und Geldwäsche entstanden. Wir streben an, dass
450 neben den aktuell 22 Mitgliedsstaaten schnell alle EU-Staaten der Behörde beitreten.

451 Wir wollen die Arbeit der EUSTa weiter stärken, indem wir ausreichende finanzielle
452 und personelle Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung stellen. Wir wollen für eine
453 bessere Koordinierung der nationalen Strafverfolgungsbehörden untereinander sorgen,
454 wie auch im Zusammenspiel mit Europäischen Agenturen wie Europol, Eurojust und der
455 EUSTa.

456 **Sicherstellung von Vermögenswerten erleichtern**

457 Der Krieg in der Ukraine hat deutlich gemacht, dass auch bei der Aufklärung von
458 Kriegsverbrechen, bei der Ahndung von nicht eingehaltenen EU-Sanktionen oder bei der
459 Einziehung und Sicherstellung von Vermögenswerten von Oligarchen oder Mitgliedern der
460 organisierten Kriminalität eine verstärkte europäische Zusammenarbeit unerlässlich
461 ist.

462 **Europäischen Bevölkerungsschutz ausbauen und Krisenkompetenzen stärken**

463 Angesichts von multiplen Krisen und Großschadensereignissen, setzen wir uns für eine
464 europäische Resilienzstrategie ein. Umfasst werden sollen verschiedene Arten von
465 Herausforderungen, einschließlich Naturkatastrophen, Terroranschlägen, Pandemien und
466 andere Notfälle. Das Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) wollen
467 wir weiter stärken und besser an die Bevölkerungsschutz-Strukturen der
468 Mitgliedsstaaten anbinden. Es darf in der Europäischen Union nicht zu Engpässen in
469 der Versorgung mit kritischen Gütern kommen. Bei der Ausübung von Krisenkompetenzen
470 muss die Kommission einer echten parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Ohne eine
471 aktive Zustimmung des Europäischen Parlaments darf sie keine Notzuständigkeiten
472 ausüben.

473 **Europäischen Verbraucherschutz stärken**

474 Die Abschaffung der Roaming-Gebühren, einheitliche Ladekabel und hohe Standards für
475 Verbraucher- und Umweltschutz sind nur einige Beispiele, die Ausdruck für die Macht
476 von 450 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern in Europa sind. Als Bürgerinnen
477 und Bürger müssen wir in der Lage sein, fundierte Entscheidungen zu treffen, um aktiv
478 zur Bewältigung des Klimawandels beitragen zu können und ein faires Miteinander zu
479 gewährleisten. Deswegen wollen wir die Manipulationsmöglichkeiten im Internet
480 begrenzen, mit denen Verbraucherinnen und Verbraucher viel zu oft zu Entscheidungen
481 verleitet werden, die sie anschließend bereuen (Dark Patterns). Auch
482 Investitionsentscheidungen werden oft über falsche Anreize durch Vermittlungen
483 fehlgeleitet. Daher setzen wir uns für ein Provisionsverbot für die Vermittlung von
484 Finanzdienstleistungen ein.

485 Mündige Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen handlungsfähige
486 Marktaufsichtsbehörden und eine Wettbewerbsaufsicht an ihrer Seite, die den
487 Verbraucherschutz an die erste Stelle setzen. Denn den Verbraucherinnen und
488 Verbrauchern darf nicht die alleinige Verantwortung für die Durchsetzung von
489 Marktregeln auferlegt werden. Deshalb müssen insbesondere Online-Marktplätze stärker
490 in die Verantwortung genommen werden, eigene Prüfpflichten bekommen und für
491 Fahrlässigkeit in die Haftung genommen werden. Wir wollen dynamische Preissetzungen
492 von Monopolunternehmen als unlautere Geschäftspraxis konsequent untersagen.

493 **Entkriminalisierung von Cannabis**

494 Wir sind davon überzeugt, dass eine lizenzierte und kontrollierte Abgabe von Cannabis
495 hilft, den illegalen Drogenhandel zurückzudrängen und gesundheitliche Risiken zu

496 minimieren. Wir setzen uns für eine verantwortungsvolle, zügige und
497 europarechtskonforme Legalisierung von Cannabis ein und wollen dafür die rechtlichen
498 Voraussetzungen schaffen. Dabei haben für uns der Gesundheits- und Jugendschutz
499 höchste Priorität.

Antrag WP05: V. Schluss

Antragsteller*in:	SPD-Parteivorstand
Status:	angenommen
Empfehlung Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	WP - EU-Wahlprogramm

1 In Zeiten, in denen Europa erneut durch Nationalistinnen und Nationalisten sowie
2 Rechtspopulistinnen und -populisten bedroht wird, in Zeiten des Krieges auf dem
3 europäischen Kontinent, im Angesicht sozialer und wirtschaftlicher Schieflagen und
4 vom zunehmend spürbaren Klimawandel braucht es neue Impulse, um den Zusammenhalt der
5 Europäischen Union zu stärken. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir
6 in der Gewissheit vereint, dass wir als Europäerinnen und Europäer nur gemeinsam eine
7 bessere Zukunft gestalten können. Dass wir als Europäerinnen und Europäer dazu in der
8 Lage sind, haben wir in den vergangenen Jahren deutlich gezeigt. Aber es gibt noch
9 viel Luft nach oben.

10 Für uns existiert kein Entweder-oder. Der notwendige Umbau unserer Wirtschaft, gute
11 Arbeitsplätze der Zukunft, der Schutz des Klimas und die Unterstützung für die vielen
12 – die SPD bringt das zusammen. Wir gestalten den Fortschritt, damit es gerecht
13 zugeht.

14 Unser Europa ist sozial und ökologisch nachhaltig. Unser Europa ist gerecht, auch in
15 seiner Außenwirkung. Unser Europa ist stark und handlungsfähig. Für eine bessere
16 Zukunft und für unsere gemeinsame Sicherheit in allen Lebensbereichen. Unser Europa
17 ist ein starkes Europa, weil es zusammenhält und weil es das Leben der Menschen
18 besser macht.

Antrag EU01: Vereint nach Vorne: Die Zeitenwende darf keine Rolle rückwärts werden!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz
Status:	abgelehnt
Empfehlung Antragskommission:	Ablehnung
Sachgebiet:	EU - Anträge

1 Wir können zurzeit alle beobachten, wie sich der gesellschaftliche Diskurs rund um
2 den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine polarisiert und alles in ein
3 Schwarz/Weiß übergeht. Was ganz dringend fehlt: Eine vernünftige, linke Sicht- und
4 Herangehensweise an die aktuelle Lage und die daraus resultierenden Folgen, auch für
5 uns und unsere Politik. Die Gleichstellung von Putins Krieg und dem aktuellen und
6 historischen Verhalten der NATO unter anderem mit der Bezeichnung als
7 „Angriffsbündnis“, zeigt eine Verklärung Russlands und eine Verfälschung der

8 geopolitischen Situation auf. Es ist nach unserem Verständnis auch nicht links, die
9 Ukraine mit dem scheinheiligen Argument zur Kapitulation zu drängen, dass man nur so
10 das Töten stoppen könne. Es ist aber genauso wenig links, auf jede Kritik z.B. zum
11 2%-Ziel mit reflexartigen "Dann geh doch nach Russland!" Rufen zu reagieren, oder
12 denjenigen, die nicht sofort jeder Forderung der Ukraine zustimmen, wie z.B. der
13 Schließung des Luftraums, vorzuwerfen, sie wollten die Ukrainer*innen alle
14 abgeschlachtet sehen. Das ist alles nicht links, sondern kurzsichtiges Schwarz-Weiß
15 Denken in altbekannten Mustern. Daher wollen wir uns als Jusos für eine
16 differenzierte Debatte einsetzen, die ohne Beißreflexe stattfindet. Die Situation ist
17 zu dramatisch, als sich gegenseitige Vorwürfe zu machen und somit das
18 Diskussionsklima zu vergiften.

19 Genauso polarisiert wie die Debatte, wird seit Olaf Scholz' Rede am 27.02.2022 auch
20 der Begriff der Zeitenwende.

21 "Zeitenwende" kann aber nicht heißen, einfach mehr Geld ins Militär zu schütten.
22 Betrachtet man die Geschichte wird schnell klar: Das ist nichts Neues, das ist keine
23 "Zeitenwende"!

24 Das hat es alles schon mal gegeben. So sind die Ausgaben fürs Militär sowohl in
25 Deutschland, der NATO als auch der Welt im letzten Jahrzehnt (und darüber hinaus)
26 konstant angestiegen.

27 Um eine tatsächliche Zeitenwende zu vollziehen, die über das Zurückfallen in alte
28 Muster hinausgeht, bedarf es:

29 1. Schonungslose Fehleranalyse

30 Durch die Existenz der Sowjetunion als Nachbarn der BRD hat viele Jahrzehnte die
31 Politik Deutschlands geprägt. Nach dem Zerfall der UdSSR wurde diese
32 Nachbarschaftspolitik fortgesetzt, wobei Staaten wie Polen oder die Ukraine von
33 Seiten der deutschen Politik lange nicht ernst genug genommen wurden als
34 eigenständige Staaten. So wurden vor allem die Warnungen vor Russland als Aggressor
35 konsequent nicht ernst genommen und übergangen. Warum ist es so wichtig, sich das
36 einzugestehen? Weil Einsicht wirklich der erste und wichtigste Schritt zur Besserung
37 ist. Denn diese Einsicht führt auch zu einer weiteren Erkenntnis, die, zugegeben,
38 inzwischen schon bei vielen angekommen ist:

39 Wladimir Putin ist ein eiskalter, berechnender und machtorientierter Stratege. Er
40 geht wahrlich über Leichen, um seine innen- und machtpolitischen Interessen zu
41 sichern. Dabei sieht er sich als „starker Mann“ und „Vaterlandsbewahrer“ und versucht
42 im Hintergrund mutmaßliche politische Gegner und Kritiker wie Alexej Nawalny oder
43 Alexander Litwinenko zu liquidieren. Letzterer hatte die mutmaßliche Beteiligung des
44 FSB an denjenigen Bombenanschlägen offengelegt, die Putin zur Macht verhalfen und den
45 Tschetschenienkrieg rechtfertigten. Es wird klar, dass ein Menschenleben in Putins
46 Politik keinen Wert hat.

47 Das Vorgehen im Tschetschenienkrieg, insbesondere wie Grosny dem Erdboden
48 gleichgemacht wurde, zeigt, wie schonungslos und gewaltvoll Wladimir Putin bereits
49 damals seine Interessen durchsetzte. Dieses Ausmaß an Gewalt zieht sich durch all
50 seine Kriege, die er seit Beginn seiner Präsidentschaft zur Rechtfertigung
51 innenpolitischer Entscheidungen nutzte. Als Putin 2001 im Bundestag sprach, hielt er
52 sich vermutlich bedeckt. Keinesfalls jedoch war er harmloser. Die deutsche Politik –
53 insbesondere der neoliberale Zeitgeist – nahm Gefallen daran und stellte die eigenen
54 wirtschaftlichen Interessen vor die Geltung von Menschenrechten, Frieden und

55 Freiheit. Den Preis für diese Geschäfte haben daher stets andere gezahlt – und sie
56 zahlen ihn bis heute.

57 Weiter müssen wir sehen:

58 Putin ist ein Antidemokrat und Antieuropäer. Wir, unsere Demokratie und Freiheit und
59 unsere Vorstellung von Gleichberechtigung sind seine Feindbilder. Das ist spätestens
60 seit dem Überfall auf die Ukraine auch bei den allermeisten Konsens. Aber beruhend
61 auf dieser Tatsache müssen wir uns unbedingt klarmachen:

62 Damit sind wir seine Zielscheibe. Uns zu schaden, ist gut für ihn, und daher denkt er
63 den Schaden, den er uns zufügen kann, bei jedem Schritt mit. Als ehemaliger
64 Geheimdienstagent und als Antidemokrat verfolgt er seine Agenda immer weiter und kann
65 problemlos in größeren Zeitfenstern denken als Politiker*innen demokratischer
66 Staaten, weil ihn Wahlen nicht mehr aufhalten können.

67 Mit Desinformation destabilisiert er Europa seit Jahrzehnten. Er stärkt die
68 europäische Rechte, die genau wie er gegen unsere liberale Demokratie kämpft - seit
69 Jahrzehnten. Nicht umsonst ließ sich Marine Le Pen mit ihm für einen Wahlkampf flyer
70 fotografieren. Ein Akt, der ihr später auf die Füße gefallen ist. Auch die Affinität
71 der AfD im Umgang mit Russland bestätigt dieses Bild. Putin lässt uns ausspähen. Er
72 bereitet erst den fruchtbaren Boden um dann seine giftige Saat zu säen.

73 Putin nutzt Themen wie z.B. Geflüchtete, um Streit und Uneinigkeit auszulösen und
74 damit eine Schwäche in unserer „demokratischen Welt“ herbeizuführen.

75 Auch beim Brexit und der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten hatte er die Finger im
76 Spiel. Mit dem Ziel den liberalen Demokratien zu schaden.

77 Die direkte wie indirekte Beteiligung Russlands in zahlreichen Kriegen und regionalen
78 Konflikten ist eine nicht-hinzunehmende Praxis der Eskalation, in der einheimische
79 Zivilist*innen und Soldat*innen getötet und/oder vertrieben werden.

80 So sind beispielsweise auch 2015 viele Syrer*innen genauso vor russischen Bomben
81 geflohen, wie heute die Ukrainer*innen.

82 Auch in Mali sind im April '22 hunderte Menschen regelrecht exekutiert worden, die
83 meisten davon Zivilist*innen. Mit dabei: Russische Söldner*innen der Gruppe Wagner.

84 In sehr vielen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent operiert Russland mit
85 Söldnertruppen: Diese bilden dort staatliche Sicherheitskräfte aus und bewachen
86 gefährdete Gebiete. Interessanterweise sind das immer Gebiete, in denen es wertvolle
87 Rohstoffe gibt. Und während wir mit Geflüchteten an der polnisch-belarussischen
88 Grenze beschäftigt waren, hat er die Mobilisierung gegen die Ukraine vorbereiten und
89 planen lassen.

90 Für eine linke Sichtweise ist es auch unabdingbar, nicht "auf dem rechten Auge blind"
91 zu sein. Auch in der Ukraine agieren faschistische Kräfte wie beispielsweise das
92 Asow-Regiment oder der Rechte Sektor. Als Jungsozialist*innen, die sich zum
93 Antifaschismus bekennen, darf es für uns keine Unterscheidung in "gute Nazis" und
94 "schlechte Nazis" geben.

95 Die Verharmlosung faschistischer Gruppierungen in der Ukraine findet aktuell vermehrt
96 statt - so wird argumentiert, sie hätten bei den letzten Parlamentswahlen gerade
97 einmal 2% der Wähler*innenstimmen erhalten. Die Verbreitung solcher Relativierungen
98 betrachten wir mit Sorge, denn harmlos ist ihre nationalistische, faschistische und
99 rassistische Ideologie deshalb nicht! Andere rechtsextreme und faschistische Gruppen
100 und Organisationen, wie beispielsweise der Dritte Weg oder die Identitäre Bewegung in
101 Deutschland erreichen noch weniger Prozente oder treten erst gar nicht zur Wahl an,

102 trotzdem käme auch hier niemand auf die Idee, sie als harmlos zu betrachten.
103 Aktuell haben die rechtsextremen Gruppen in der Ukraine kaum eine politische
104 Relevanz, doch sind sie gerade dabei sich diese zu erkämpfen. Diese Entwicklung
105 dürfen wir nicht ignorieren indem wir in ein Schwarz/Weiß Denken verfallen. Wir
106 Jungsozialist*innen sind stabil gegen Rechts - ohne Kompromisse.
107 Dies zu erkennen steht in keinerlei Widerspruch zu unserer Solidarität den
108 Ukrainer*innen gegenüber und unserem Bestreben, sie zu unterstützen! Die russischen
109 Kriegsverbrechen werden dadurch nicht relativiert und von uns aufs Schärfste
110 verurteilt. Die Unterstützung der Ukraine durch die Bundesrepublik, die EU und
111 weitere Staaten & Bündnisse halten wir für den einzig richtigen Weg, den es gilt noch
112 entschlossener gemeinsam zu bestreiten.

113 2. Zeitenwende, aber richtig

114 Wir Jungsozialist*innen stehen für eine Zeitenwende, die diesen Namen auch verdient.
115 Wir stehen für ein Denken in Visionen und unsere Vision von einer friedlichen,
116 freiheitlichen und gerechten Zukunft verfolgen wir immer vor dem Hintergrund der
117 aktuellen Geschehnisse. Wir denken nicht bis morgen, nicht bis zur nächsten Wahl –
118 wir denken bis zur Zukunft! Genau dieses Denken erwarten wir auch von der SPD, denn
119 dies unterscheidet die Sozialdemokratie von der politischen Konkurrenz.
120 Es muss viel passieren, viel Unbequemes, viel das unseren Alltag verändern könnte und
121 wird, und all das wird auf Widerstand treffen. Nicht jeder Widerstand wird
122 demokratisch sein. Der größte Teil wird durch die neue und alte Rechte mobilisiert
123 und angeheizt werden, wie wir bei Pegida und Querdenken schon sehen konnten.
124 Es kommen mit der Klimakrise gewaltige Herausforderungen auf uns zu, und der Frieden
125 in Europa und der Welt ist so wackelig wie lange nicht. Wir brauchen tatsächlich eine
126 Zeitenwende.

127 Wehrhafte Demokratie

128 Um diese Zeitenwende und den Widerstand, den sie mit sich bringen wird, erfolgreich
129 gestalten zu können, brauchen wir eine Wehrhafte Demokratie. Und zwar nicht als leere
130 Floskel, sondern tatsächlich umgesetzt. Wir und vor allem die Politik muss sich
131 darauf einstellen, dass Gegenwind kommen wird und gegen notwendige Veränderung
132 Kampagnen gefahren werden, und dass so manche Entscheidung vielleicht 2% oder 3% in
133 den Umfrageergebnissen kosten wird.

134 Als Otto Wels 1933 seine berühmte Rede zum Ermächtigungsgesetz gehalten hat, hatte er
135 nicht die nächsten Wahlergebnisse im Blick. Und er wusste, dass ihn diese Rede viel
136 mehr kosten würde, als ein paar Prozentpunkte. Das sollten auch wir uns alle vor
137 Augen führen.

138 Des Weiteren muss klar sein, dass wir alles tun müssen um unsere Demokratie zu
139 schützen.

140 Wir unterstützen die für dieses Jahr im Bund geplante Beschlussfassung über das
141 Demokratiefördergesetz. Uns ist jedoch klar, dass dies mit der Ermöglichung von
142 Maßnahmen und Förderungen, nur ein erster Schritt sein kann in der Bekämpfung von
143 strukturellem Rassismus in unserer Gesellschaft. Wir müssen weiterhin jeden Tag eine
144 laute Stimme und stabil gegen Rechts sein, um diesen zu bekämpfen. Außerdem ist uns
145 bewusst, dass durch den strukturellen Rassismus in unserer Gesellschaft, jede*r von
146 uns damit sozialisiert wurde. Deshalb darf Demokratiewerk nicht erst bei
147 Jugendlichen ansetzen, sondern muss schon in der frühkindlichen Bildung
148 selbstverständlich mitgedacht werden. Damit auch in den nächsten Jahren der Fokus auf

149 Demokratiearbeit und damit auch dem Kampf gegen rechte Strukturen erhalten bleibt,
150 muss das Demokratiefördergesetz weiterhin evaluiert und verstärkt werden.

151 Demokratiearbeit bedeutet außerdem, Kindern und Jugendlichen erfahrbar machen, was
152 Demokratie bedeutet. Sei es bei der Mitsprache im Kindergarten, der Wahl von
153 Schüler*innenvertretungen, aber vor allen Dingen damit, dass endlich das Wählen ab 16
154 Realität wird. Denn nur so kann Demokratie als selbstverständliche Handlung im Alltag
155 von jungen Menschen erfahrbar verankert werden.

156 Wir müssen unsere Institutionen konsequent vor Demokratiefeind*innen schützen. Das
157 heißt konkret:

- 158 • Nazis Raus aus der Polizei!
- 159 • Nazis Raus aus der Bundeswehr!
- 160 • Nazis Raus aus der Justiz!
- 161 • Nazis Raus aus den Geheimdiensten!

162 Es muss Schluss sein mit konservativen Scheindebatten darüber, ob es nun wirklich
163 rechtsextreme Strukturen in unseren Sicherheitsbehörden gibt, oder ob doch alles
164 tragische Einzelfälle sind. Und egal wie groß oder klein der Anteil Rechtsextremer in
165 den jeweiligen Institutionen sein mag, für uns Jungsozialist*innen muss gelten:
166 Jede*r Rechtsextreme ist eine*r zu viel. Wir haben zulange dabei zugesehen, es wurde
167 zu viel Leid und Unrecht verursacht, das Vertrauen in diese Institutionen hat zu sehr
168 gelitten. Wir können als Gesellschaft aber keine Zeitenwende vollbringen und an einem
169 Strang ziehen, wenn das Vertrauen in die staatlichen Behörden beschädigt ist. Und die
170 Behörden können andersrum auch nicht richtig arbeiten, wenn die Bevölkerung ihnen
171 nicht vertraut und sich Staatsfeind*innen in den eigenen Reihen wiederfinden.

172 Den Staat handlungsfähig machen

173 Für uns bedeutet das in erster Linie: weg mit der elendigen Schuldenbremse. Und zwar
174 sofort.

175 Spätestens seit der Corona-Pandemie und dem Krieg gegen die Ukraine dürfte auch den
176 letzten klar geworden sein, dass unser Land ein massives Investitionsproblem hat.
177 Digitalisierung, Gesundheitswesen, Bildung, Ausbau der erneuerbaren Energien, die
178 Bundeswehr, usw. Überall klaffen Löcher die gestopft werden müssen um überhaupt einen
179 vernünftigen Status Quo zu erreichen - und dann haben wir noch nicht für die Zukunft
180 gedacht. Wir brauchen finanziellen Handlungsspielraum, wir dürfen unsere zukünftige
181 Lebensqualität nicht von fehlgeleiteten Vorstellungen darüber, wie ein Staat
182 haushalterisch geführt werden sollte, abhängig machen.

183 Uns Jungsozialist*innen ist auch klar, dass mit einer Zeitenwende auch soziale Härten
184 aufkommen werden die unser Staat abfedern muss.

185 Wir erleben massive soziale Ungleichheit in Deutschland, Armut in einem der reichsten
186 Länder der Welt, und eine viel zu geringe soziale Mobilität.

187 Wir brauchen eine Umverteilung von oben nach unten, denn "Trickle-Down" funktioniert
188 vielleicht unter der Dusche, aber nicht in unserer Wirtschaftsordnung. Daher setzen
189 wir uns für die schnelle Einführung einer effektiven Erbschaftssteuer ein, denn
190 nichts ist ungerechter als zu erben. Wir haben es dabei nicht auf Omas Häusle oder
191 den kleinen Schreinerei-Betrieb von Onkel Gustav abgesehen, daher ist klar, dass ein
192 gewisser Freibetrag erhalten bleiben muss.

193 Wir bitten all diejenigen zur Kasse, die wir allgemein als „Superreiche“ bezeichnen
194 und die andernorts auch als „Oligarchen“ betitelt wurden. Das sind vor allem

195 diejenigen, die in wenigen Minuten mehr Geld einnehmen als durchschnittliche
196 Arbeitnehmer*innen in einem ganzen Jahr! Daran, solche Vermögen zu erben ist nichts
197 verdient und nichts gerecht!

198 Energiepolitik

199 Wir müssen unabhängig werden. Vieles werden wir dabei noch diskutieren müssen, doch
200 aus unserer Sicht ist jetzt bereits klar: Sich von autokratischen Regimen wie Saudi-
201 Arabien oder Katar abhängig zu machen, ist keine Zeitenwende. Und die fossilen
202 Energien einfach bei demokratischen Staaten zu kaufen ist auch keine. Wir müssen so
203 schnell wie möglich raus aus den fossilen Energien und keine neuen Abhängigkeiten
204 schaffen!

205 Daher muss folgender Weg entschlossen beschritten werden:

206 • Windkraft massiv ausbauen. Der Bund muss Planungsverfahren beschleunigen, die
207 Länder müssen innerhalb eines Jahres 2% der Landesfläche zur Verfügung stellen,
208 damit schnellstmöglich mit dem Bau begonnen werden kann

209 • Solar auf jedem geeigneten Dach muss Pflicht sein! Wer kein Dach hat, oder wo es
210 nicht geeignet ist: Mobile PV Anlagen wie beispielsweise für Balkone müssen
211 massiv gefördert werden - jede sauber erzeugte Kilowattstunde nützt!

212 • Ein Tempolimit von mindestens 130 km/h auf Autobahnen. Es kostet nichts, wirkt
213 nachweislich und sofort - die Debatten darüber haben wir viel zu lange
214 ergebnislos geführt. Wer seine Freiheit dadurch eingeschränkt sieht, bewegt sich
215 im selben absurden Freiheitsbegriff wie diejenigen, die ihre Freiheit durch das
216 Tragen einer Maske eingeschränkt sehen.

217 • Keine weiteren Abhängigkeiten von fossilen Energien schaffen: schwimmende LNG-
218 Terminals reichen laut vielen Expert*innen aus, um den Bedarf durch den Ausstieg
219 aus russischem Gas zu decken! Das Geld, das für den Bau fester Terminals nötig
220 wäre ist im Ausbau der Erneuerbaren besser aufgehoben!

221 • Eigentümer*innen in die Pflicht nehmen: Die energetische Sanierung des
222 Gebäudesektors muss schnell und sinnvoll unterstützt werden - Fördergelder
223 hierfür hat der Bund bereitgestellt. Jetzt geht es um das Tempo: Bis 2030 müssen
224 Gebäude klimaneutral beheizbar sein. Klar ist auch, dass keinerlei Kosten auf
225 Mieter*innen umgelegt werden dürfen!

226 3. Schluss mit der Doppelmoral

227 Aktuell liegt unser Augenmerk natürlich hauptsächlich auf Russland und Putins
228 imperialistischen Bestrebungen. Aber Russland ist nicht das einzige autoritär
229 regierte Land, in dem Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt werden und die Werte
230 die wir vertreten möchten missachtet werden.

231 Umgang mit China

232 Auch hier müssen wir klare Kante zeigen! Es muss uns daher gelingen, eine
233 strategische Unabhängigkeit zu erlangen, ohne Kontakte, auch wirtschaftlicher Natur,
234 in andere Staaten mit anderen Wertvorstellungen komplett abreißen zu lassen. Im Bezug
235 auf China bedeutet dies, dass wir die Kooperation in Bereichen der Sicherheit und
236 Infrastruktur, auch und besonders in der Telekommunikationsinfrastruktur
237 herunterfahren müssen - wir brauchen hier dringend Unabhängigkeit, um nicht
238 erpressbar zu werden. Dies sollte eine klare Lehre aus unserer Abhängigkeit von
239 russischem Gas sein. Konkret bedeutet das, dass wir Unternehmen, die in Verbindung

240 zur chinesischen Staatsführung stehen, wie z.B. Huawei, von dem Ausbau der digitalen
241 Infrastruktur in Europa ausschließen müssen.

242 Wir müssen anerkennen, dass es derzeit dennoch eine starke wirtschaftliche
243 Abhängigkeit gibt: so ist China einer der größten Absatzmärkte für unsere
244 exportorientierte Wirtschaft, gleichzeitig investieren viele deutsche und europäische
245 Unternehmen in China und stellen dort Arbeitsplätze bereit. Es handelt sich dabei um
246 eine doppelte Abhängigkeit. Für Investitionen und Handlungen der europäischen
247 Unternehmen vor Ort muss dennoch gelten, dass diese an Bedingungen geknüpft sind - so
248 müssen diese angemessene Arbeitsbedingungen und faire Löhne gewährleisten und bei
249 Nichteinhaltung dafür haften.

250 Berichte über Menschenrechtsverstöße wie bei VW in der Region Xinjiang müssen
251 umgehend durch neutrale Behörden, am besten unabhängige Beobachter*innen, ausgeräumt
252 werden.

253 Dass die Volksrepublik China viele unserer liberalen Werte mit Füßen tritt, darf
254 nicht schulterzuckend hingenommen werden. Einschränkungen der Pressefreiheit, Zensur,
255 Überwachung - das ist für viele Chines*innen Alltag und widerspricht unserer
256 Vorstellung einer Gesellschaft der Freien und Gleichen. Mit jedem neuen
257 Handelsabkommen machen nicht nur deutsche und europäische Firmen Gewinn, sondern wird
258 auch die chinesische Führung gestärkt. Eine Führung, die systematisch Menschenrechte
259 verletzt. Nicht erst die kürzlich erschienenen Xinjiang Police Files haben das Ausmaß
260 der Menschenrechtsverletzungen an Uigur*innen offengelegt, aber sollten für unsere
261 Politik und Wirtschaft jetzt Anlass sein, nicht weiter zu schweigen. Wir haben nach
262 der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 weiter Geschäfte mit Russland gemacht
263 - diesen Fehler sollten wir so nicht wiederholen!

264 Die Bundesregierung, aber auch die Unternehmen müssen ihren Einfluss nutzen um
265 Menschenrechtsverstöße wie die Internierung von Uigur*innen offen anzusprechen und
266 eine Veränderung zu bewirken. Weigern sich die Unternehmen, muss die Bundesregierung
267 ihnen klare Leitlinien vorgeben. Hierzu sollten Mittel, wie staatliche Sanktionen und
268 ausbleibende Investitionen in Abstimmung mit unseren Bündnispartner*innen als
269 Druckmittel genutzt werden. Für uns Jungsozialist*innen steht außer Frage, dass der
270 kulturelle Genozid den die chinesische Führung an den Uigur*innen verübt verurteilt
271 und beendet werden muss!

272 Auch das politische Handeln Chinas in Hongkong verurteilen wir. China hatte sich 1997
273 mit Großbritannien auf das Modell „ein Land, zwei Systeme“ geeinigt. Dies war
274 Voraussetzung für die Rückgabe der einstigen Kronkolonie an China. China
275 verpflichtete sich für 50 Jahre den Menschen in Hongkong etwas zu gewähren, was für
276 uns selbstverständlich ist. Pressefreiheit, ein frei gewähltes Parlament, eine
277 unabhängige Justiz, Gewerkschaften. Nach und nach unterminierte die Volksrepublik
278 dies jedoch. Proteste wurden gewaltsam niedergeschlagen. Demonstrant*innen wurden
279 festgenommen. Die Justiz urteilt linientreu jahrelange Haftstrafen für
280 Demonstrant*innen. Kritische Presseverlage und Fernsehstudios wurden geschlossen. Der
281 Regierungschef wird von einem linientreuen „Wahlkomitee“ gewählt. Im Jahr 2020 hat
282 das linientreue Parlament das sogenannte „Sicherheitsgesetz“ verabschiedet. Ein
283 Gesetz mit einer sehr unklaren Definition auf dessen Grundlage Menschen verhaftet
284 werden und an China ausgeliefert werden können. Hongkong ist zum Polizeistaat
285 geworden, was man auch daran erkennt, dass der ehemalige Sicherheitsminister John Lee
286 zum neuen Regierungschef gewählt wurde. Er hat das Sicherheitsgesetz maßgeblich

287 verantwortet und als Chef der Polizei die Demonstrationen brutal niederschlagen
288 lassen. Als Reaktion kam von der EU: Nichts. Lediglich der Export von Tränengas und
289 Gummigeschossen an China wurde verboten. Wir haben die Menschen in Hongkong im Stich
290 gelassen. Wir haben die Menschen, die für Demokratie und Pressefreiheit auf die
291 Straße gegangen sind und ihr Leben riskiert haben im Stich gelassen.
292 Ein weiterer Konflikt, der in unserem Teil der Welt momentan zu wenig Beachtung
293 findet, ist die Taiwan Frage. Die Volksrepublik China sieht Taiwan als „abtrünnige
294 Provinz“ an, die notfalls militärisch wieder eingegliedert werden soll. Täglich wird
295 der Luftraum Taiwans von chinesischen Kampfflugzeugen verletzt. Die Kriegsrhetorik
296 Chinas hat die letzten Jahre massiv zugenommen. Partei und Regierungschef Xi Jinping
297 hat es als eines seiner obersten Ziele ausgerufen, Taiwan wieder zu einem Teil der
298 Volksrepublik zu machen. Die Rüstungsausgaben Chinas wachsen Jahr für Jahr. Das
299 Militär übt eine Invasion Taiwans. Taiwan, ein fortschrittliches Land mit einer
300 funktionierenden Gewaltenteilung, mit Pressefreiheit, mit Gewerkschaften und einem
301 Mehrparteiensystem. Parlamentswahlen laufen frei und friedlich ab. Die Menschen
302 bekennen sich zur Demokratie. In mehreren Umfragen lehnt eine klare Mehrheit der
303 Taiwaner*innen eine Wiedereingliederung entschieden ab. Die Interessen der
304 Taiwaner*innen jedoch interessieren die Volksrepublik China wenig. Eine Spirale der
305 Aufrüstung und der Kriegsrhetorik ist entfesselt. Auch Taiwan rüstet seine Armee mit
306 Unterstützung der Amerikaner*innen massiv auf. Die Amerikaner*innen liefern massiv
307 moderne Waffensysteme und bilden die taiwanische Armee aus. Amerikanische
308 Kriegsschiffe fahren häufig durch die Straße von Taiwan um ein klares Signal gegen
309 die Gebietsansprüche Chinas zu senden.
310 Eine militärische Eskalation droht! Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine
311 müssen wir verdeutlichen, dass wir einen Eingriff in die territoriale Integrität von
312 Taiwan nicht akzeptieren werden und China, ebenso wie Russland, die politische und
313 wirtschaftliche Isolation droht.
314 Die Entwicklungen in Hongkong und rund um Taiwan machen deutlich, wie wichtig unsere
315 Solidarität mit ihnen ist. Für uns ist klar, dass eine Vereinigung Chinas mit Taiwan
316 nicht gegen den Willen der taiwanischen Gesellschaft erfolgen, und nicht mit
317 militärischen Mitteln erzwungen werden darf. Des Weiteren dürfen für Geflüchtete aus
318 Hongkong keinerlei Einschränkungen beim politischen Asyl gelten!

319 NATO-Partner Türkei

320 Für uns als Jusos steht fest: Wer einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg
321 verurteilt, darf über den anderen nicht schweigen!

322 Immer wieder greift die Türkei völkerrechtswidrig Gebiete der Kurdinnen und Kurden in
323 Syrien an. Der türkische Präsident Erdogan sieht die YPG als verlängerten Arm der von
324 ihm und vielen anderen Staaten als Terrororganisation eingestuften PKK an.
325 Wir als europäische Gemeinschaft und die anderen NATO Mitgliedsstaaten müssen
326 deutlich machen, dass Erdogan basierend auf einer Lüge Verbrechen gegen das
327 Menschenrecht verübt. Die Türkei greift immer wieder völkerrechtswidrig kurdische
328 Gebiete an, viele Zivilist*innen verlieren durch die Raketen- und Drohnenangriffe ihr
329 Leben - auch jetzt! Im Schatten des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine
330 startete Erdogan Mitte April eine Militärintervention im Nordirak. Diese wurde vom
331 Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags als völkerrechtswidrig eingeordnet! Ebenso
332 kündigte er an, einen 30km breiten “Schutzstreifen” entlang der Grenze Nordsyriens
333 besetzen zu wollen. Dies begründet er mit der vermeintlichen Bedrohung durch die

334 kurdische Selbstverwaltung in Nordsyrien und damit, dass er eine Million syrische
335 Geflüchtete in speziell angelegte "Siedlungen" rückführen möchte. Die Auswirkungen
336 dieser Besatzung wären für die dortige kurdische Bevölkerung katastrophal und wäre
337 begleitet von ethnischen Säuberungen. Das können und dürfen wir nicht hinnehmen!
338 Daher muss die Bundesregierung Waffenlieferungen an die Türkei sofort aussetzen und
339 mit den anderen NATO Mitgliedern auf ein Ende dieses Angriffs drängen. Hier muss die
340 NATO ihre Handlungsfähigkeit beweisen und klarstellen, dass die Werte, die sie
341 verteidigt für alle gelten! Im Extremfall bedeutet das, dass Mitglieder wie die
342 Türkei unter solchen Umständen nicht länger Mitglied des Bündnisses bleiben können.
343 Es ist außerdem auch bekannt, dass Erdogan die Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung und
344 Demokratie im eigenen Land mit Füßen tritt. Er löst gewaltvoll, friedliche
345 Demonstrationen auf, Inhaftiert kritische Journalisten und sorgt dafür, dass Wahlen
346 zu seinen Gunsten gefälscht werden. Unserer Meinung nach ist in einem westlichen
347 Bündnis kein Platz für eine solche Demokratiefindliche Haltung. Zudem blockiert die
348 Türkei aktuell die Aufnahme von Finnland und Schweden in der NATO. Die Gefahr, dass
349 der Preis für die Aufhebung seiner Blockade ein Wegsehen bei den Kurd*innen sein
350 wird, ist real. Die Bundesregierung und auch die NATO muss deutlich machen, dass sie
351 diesen Preis nicht bezahlen wird - alles andere wäre Heuchelei!

352 Europäische Union

353 Der russische Angriffskrieg zeigt uns eines ganz deutlich: wir brauchen eine starke
354 Europäische Union, die geschlossen als Einheit auftritt und Werte- und
355 Demokratievorstellungen verteidigt. Die Entschlossenheit, die sich bei den bisherigen
356 Sanktionspaketen gezeigt hat, darf dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch
357 innerhalb der EU Mitgliedstaaten gibt, die die europäischen Werte missachten. Es ist
358 gut, dass sowohl gegen Ungarn, als auch gegen Polen endlich Rechtsstaatsverfahren
359 eingeleitet wurden - solches Verhalten kann nicht konsequenzlos bleiben!
360 Für uns ist klar: Wer die demokratischen Institutionen und die Pressefreiheit
361 aushöhlt und einschränkt, wer Faschismus, Homophobie und Rassismus nicht entschieden
362 entgegentreitt, oder, wie im Falle der beiden Staaten LGBTQIA+ ausgrenzt, der hat
363 nicht nur keinen Anspruch auf EU-Gelder, sondern der hat seinen Platz in der
364 Europäischen Gemeinschaft verspielt. Wir als EU müssen uns als Safe Space für
365 Menschen jeglicher Herkunft und Orientierung verstehen - wer diesen Weg nicht
366 mitgeht, hat in dieser Gemeinschaft nichts verloren!
367 Und deshalb ist uns klar, dass auch die EU weitgehende Reformen braucht. Das
368 Einstimmigkeitsprinzip im Rat der EU muss abgeschafft werden, damit einzelne Staaten,
369 wie zum Beispiel Ungarn und Polen, wichtige Entscheidungen nicht blockieren können
370 weil sie die eigene, reaktionäre und konservative politische Agenda über unsere
371 gemeinsamen europäischen Werte stellt.
372 Die Grenzschutzagentur Frontex muss aufgelöst werden - wer Werte im Inneren
373 einfordert, muss diese allen Menschen entgegenbringen! Das Sterben im Mittelmeer und
374 an den europäischen Außengrenzen muss ein Ende haben und das Menschenrecht auf Asyl
375 muss allen gewährt werden. Die Schaffung sicherer Fluchtrouten, die
376 Entkriminalisierung der Seenotrettung und die Schaffung eines einheitlichen
377 europäischen Migrationsgesetzes, dass den Menschen die Möglichkeit bietet ein neues,
378 würdevolles Leben zu beginnen und Ihnen gleiche Rechte garantiert, sind zwingend
379 nötig.

380 4. Die Konsequenz: Vereint nach vorne!

381 Die Solidarität die sich aktuell im Umgang mit den ukrainischen Geflüchteten zeigt
382 begrüßen und unterstützen wir in vollem Maße. Doch für uns darf kein Unterschied
383 zwischen ukrainischen Geflüchteten und denen, aus anderen Ländern gemacht werden! Die
384 Ungleichbehandlung die sich aktuell zeigt ist nach unserem Verständnis der
385 internationalen Solidarität untragbar und muss beendet werden. So muss allen
386 Geflüchteten der Zugang zu Sozialleistungen, Bildung und dem Arbeitsmarkt
387 gleichermaßen ermöglicht werden.

388 Insbesondere weiblich gelesenen Geflüchteten müssen wir besonderen Schutz und eine
389 besondere Betreuung bieten, denn noch immer wird Gewalt gegen Frauen* weltweit als
390 Waffe in Konflikt- und Kriegsgebieten eingesetzt.

391 Wir sehen, dass z.B. in Polen ukrainischen Frauen* und Mädchen, die Opfer einer
392 Vergewaltigung wurden der Zugang zu einer Abtreibung verwehrt wird - das darf nicht
393 sein!

394 Auch hier zeigt sich wie dringend die Umsetzung der Istanbul-Konvention ist. In
395 Deutschland muss sie endlich vollständig umgesetzt werden, und die Bundesrepublik
396 muss sich international für die Stärkung von Frauen*rechten einsetzen und sie
397 verteidigen - auch innerhalb der EU!

398 Auch in Afghanistan sind Frauen* und Mädchen durch die Taliban bedroht, und Wegsehen
399 verbietet sich nach den jahrelangen Einsätzen westlicher Länder dort. Die Ortskräfte,
400 die mit der Bundesrepublik zusammengearbeitet und die Bundeswehr vor Ort unterstützt
401 haben, haben ebenso ein Recht auf Schutz. Ihre Aufnahme muss endlich beschleunigt
402 werden, und bürokratische Hürden müssen abgebaut werden.

403 Doch nicht nur Klima und Krieg gefährden Menschen weltweit und treiben sie in die
404 Flucht, sondern auch der Hunger.

405 "Ob ein Mensch in kriegerischer Auseinandersetzung getötet oder durch
406 Gleichgültigkeit zum Hungertod verurteilt wird, das macht moralisch keinen
407 Unterschied. (...) Wer den Krieg ächten will, muß auch den Hunger ächten." sagte Willy
408 Brandt, und so müssen wir uns international dafür einsetzen, dass der Hunger und die
409 akute Ernährungskrise durch den Krieg gegen die Ukraine nicht zu einer humanitären
410 Katastrophe wird - dies muss über eine Aufstockung unserer Entwicklungshilfe und die
411 enge Kooperation mit unseren internationalen Partnern sichergestellt werden.

412 Unternehmen, die mit Lebensmitteln spekulieren und am Hunger der anderen Profit
413 machen, muss Einhalt geboten werden!

414 Wir müssen uns in all diesen Punkten als Gemeinschaft betrachten, und dürfen mit
415 unseren Werten keinen Protektionismus betreiben - sie müssen für alle gelten, und
416 überall gleichermaßen Richtlinie unseres Handelns sein. Nur so können wir als
417 Menschen und als Gesellschaft an den aktuellen, und den uns bevorstehenden
418 Herausforderungen gemeinsam (zusammen-)wachsen.

419 Daher stellen auch wir Jusos Rheinland-Pfalz den Ansatz von internationalistischer,
420 feministischer und sozialistischer Politik weiterhin immer in den Vordergrund unseres
421 Handelns. Gegenwind von Konservativen, und wenn es sein muss auch aus der eigenen
422 Partei, halten wir gemeinsam stand - denn vereint sind wir stark.

423 Internationalistisch: Wir müssen unseren eurozentrischen Blick auf die Dinge ablegen
424 und Rassismus und Antisemitismus weiter entschieden entgegentreten! Wir sind uns
425 bewusst, dass soziale Ungleichheiten oder die Klimakrise an Grenzen nicht halt
426 machen. Doch klar ist: Unser Wohlstand darf nicht auf Kosten anderer gehen! Als

427 Sozialist*innen stehen wir auch international immer auf der Seite der Unterdrückten,
428 nie auf der Seite der Unterdrückenden. Dieser Grundsatz muss von materiellen,
429 kapitalistischen Eigeninteressen unberührt bleiben!

430 Feministisch: Spätestens, seitdem wir eine weibliche Außenministerin haben wird viel
431 von feministischer Außenpolitik gesprochen. Wir Jusos RLP sind ein feministischer
432 Richtungsverband und schon lange überzeugt, dass feministische Politikansätze - in
433 allen Bereichen - eine Verbesserung sein kann. Daher muss es beim außenpolitischen
434 Handeln der Bundesrepublik eine Rolle spielen, ob die Staaten mit denen Abkommen
435 geschlossen oder zusammengearbeitet werden soll, die Rechte von Frauen* und
436 Minderheiten achten. Falls nicht, dürfen wir davor nicht die Augen schließen! Wir
437 werden im Rahmen unserer Möglichkeiten immer darauf aufmerksam machen. Dies muss auch
438 für die USA gelten: Frauen*- und LGBTQIA+-Rechte stehen vor einer massiven
439 Einschränkung, die wir nicht stillschweigend hinnehmen dürfen. My body - my choice!
440 Unsere Solidarität ist international - und muss laut zum Ausdruck gebracht werden.
441 Für eine echte Gleichstellung der Geschlechter werden wir uns weiter stark machen,
442 und dem lila Faden bei unserem Wirken stets folgen. Geschlechtsspezifische
443 Diskriminierung findet weiterhin statt, auch für die Menschen, die sich im
444 konstruierten binären Geschlechtersystem nicht wiederfinden - sie denken wir ebenso
445 mit, und betrachten unseren Feminismus als intersektional. Verschiedene
446 Diskriminierungsgründe werden wir nicht gegeneinander ausspielen!

447 Sozialistisch: Wir bekennen uns dazu, die kapitalistischen Verhältnisse in denen wir
448 aktuell leben überwinden zu wollen. dies ist stets Richtlinie unseres Handelns. Wir
449 möchten eine Gesellschaft der Freien und Gleichen erreichen. Daher gilt es, die
450 kapitalistischen Widersprüche aufzuheben. Der Satz "starke Schultern müssen mehr
451 tragen" ist für uns nicht nur ein netter Spruch, sondern wir meinen es ernst: wir
452 brauchen eine Umverteilung von oben nach unten und einen solidarischen Sozialstaat
453 der seinen Namen auch verdient. Bereits Marx wusste: Wir haben nichts zu verlieren,
454 außer unsere Ketten - aber eine Welt zu gewinnen!

455 Wir sind uns einig: Dass einige wenige Eigentümer*innen und Aktionär*innen mit der
456 Arbeit anderer Leute reich werden und den Gewinn, den die arbeitende Klasse
457 erwirtschaftet hat einstreichen, während die Arbeiter*innen selbst sich am Ende des
458 Monats zwischen der Miete und einem vollen Magen entscheiden müssen, das kann und
459 darf nicht sein!

460 Unser Klassenbewusstsein wird von diesen kapitalistischen Widersprüchen gestärkt und
461 verbindet uns mit unseren Schwesterorganisationen und Sozialist*innen auf der ganzen
462 Welt. Freund*innenschaft siegt!

463 Diese Werte vereinen uns, und machen uns aus - und mit ihnen als Richtlinie und
464 Kompass können wir gemeinsam in die Zukunft gehen und eine Zeitenwende erwirken, die
465 ihren Namen auch verdient. Wir wollen kein Zurückfallen in altes Blockdenken,
466 Protektionismus und die weitere Ausbeutung von Menschen und unserer Erde, sondern wir
467 wollen vereint nach vorne.

Antrag EU02: Antrag zum Europawahlprogramm der SPD 2024

Antragsteller*in:	SPD-Unterbezirk Frankfurt am Main
Status:	erledigt durch Europawahlprogramm

Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Europawahlprogramm
Sachgebiet:	EU - Anträge

- 1 Im Wahlprogramm der SPD zur Europawahl 2024 soll folgende zentrale Forderung
2 enthalten sein:
- 3 Die SPD fordert ein Europa, das sich für eine internationale Regulierung
4 multinationaler Konzerne sowie für globale Mindeststeuersätze bei Kapitalertrags-,
5 Körperschafts-, Einkommens-, Erbschafts-, Vermögens- und CO2-Steuern einsetzt.
6 Eine globale Bekämpfung von Steuerhinterziehung, eine Reform internationaler
7 Institutionen wie der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der
8 Welthandelsorganisation (WTO), der UN und der NATO sind erforderlich um im Sinne von
9 Nachhaltigkeit, universalem Völker- und Menschenrecht den Willen zur globalen
10 Kooperation und zur globalen Klimapolitik zu stärken.

Antrag EU03: Kein Asylkompromiss 2.0 - gegen die Festung Europa!

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz
Status:	erledigt durch Europawahlprogramm
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Europawahlprogramm
Sachgebiet:	EU - Anträge

- 1 Die SPD Rheinland-Pfalz fordert in der aktuellen Migrationsdebatte:
2 1. Einen (Dis-)Kurswechsel hin zur Fluchtursachenbekämpfung.
3 2. Keine Verschärfung von gesetzlichen Regelungen zur Abschiebung.
4 3. Vulnerable Personen (allein reisende Frauen und minderjährige Flüchtlinge) müssen
5 als besonders schützenswert angesehen werden.
6 4. Keine Kooperation mit Staaten, die Menschenrechte verachten und verletzen.
7 5. Mehr Unterstützung und Entlastung der Kommunen, insbesondere bei der Schaffung von
8 bezahlbarem Wohnraum und der Integrationsförderung.
9 6. Wir unterstützen ausdrücklich die auf den Weg gebrachte Schaffung legaler
10 Einreisemöglichkeiten durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, sowie die Änderungen
11 im Einbürgerungsrecht.

Antrag EU04: Behindertenausweise müssen EU-weit gelten

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus
Status:	erledigt durch Europawahlprogramm
Empfehlung Antragskommission:	Erledigt durch Europawahlprogramm
Sachgebiet:	EU - Anträge

- 1 Die SPD setzt sich in allen Gremien dafür ein, dass Behindertenausweise EU-weit
2 gelten. Dies wird auch in das Europawahl-Programm der SPD aufgenommen.

Antrag EU05: Nur ein inklusives Europa ist auch ein soziales Europa!

Antragsteller*in:	Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen
--------------------------	---

	in der SPD
Status:	überwiesen
Empfehlung Antragskommission:	Überweisung an EuropaSPD
Sachgebiet:	EU - Anträge

1 Ein soziales Europa muss ein inklusives Europa sein - dieses Leitmotiv ist
2 handlungsleitend für den Zusammenhalt behinderter und nichtbehinderter Menschen in
3 ganz Europa.

4 Etwa ein Viertel aller Bürger*innen der EU hat nach eigenen Angaben eine Behinderung.
5 In einer Umfrage von Eurostat aus dem Jahr 2021 gaben etwa 25 % der Menschen in der
6 EU im Alter von 16 Jahren oder älter an, leicht oder schwer behindert zu sein. Dieser
7 Anteil entspricht etwa 87 Millionen Menschen.

8 Maßnahmen Europäischer Gremien haben laut dem Sonderbericht des Europäischen
9 Rechnungshofes aus dem Jahr 2023 „Unterstützung von Menschen mit Behinderungen: Die
10 praktischen Auswirkungen der EU-Maßnahmen sind begrenzt“ nur wenig zur Verbesserung
11 der Situation von Menschen mit Behinderungen beigetragen. Die Werte der wichtigsten
12 Gleichstellungsindikatoren in den EU- Ländern haben sich demnach in den letzten
13 Jahren kaum verbessert.

14 Die AG Selbst Aktiv ruft daher dazu auf, für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024
15 mit einem klaren sozialen, demokratischen und eben inklusiven Programm voranzugehen.

16 Die rechtlichen Vorgaben von Europäischer Ebene werden durch Verordnungen oder
17 Richtlinien formuliert. Für Maßnahmen zur konkreten Umsetzung der Inklusion, wie z.
18 B. die Rahmenrichtlinie zur Antidiskriminierung oder zur Barrierefreiheit, sind
19 jedoch die EU-Länder zuständig.

20 Deshalb ist es notwendig, dass in Deutschland jetzt ein zügiger Reformprozess im
21 Antidiskriminierungsrecht bzw. der Reform im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
22 (AGG) stattfindet. Hier braucht es die Verpflichtung für angemessene Vorkehrungen im
23 AGG und somit auf dem Arbeitsmarkt, im Dienstleistungsbereich, dem Waren -und
24 Güterverkehr, weil private Dienstleister bisher nicht zur Barrierefreiheit
25 verpflichtet sind,

26 Menschen mit Behinderungen dürfen nicht länger Diskriminierungen ausgesetzt sein,
27 vielmehr müssen umfassende Möglichkeiten zur selbstbestimmten Teilhabe geschaffen
28 werden, wie es in der UN-Behindertenrechtskonvention vertraglich festgehalten ist.

29

30 Dafür bezieht sich die AG Selbst Aktiv konkret auf folgende Handlungsfelder:

31

32 1) Europäischer Schwerbehindertenausweis

33

34 Im Jahr 2021 hat die Europäische Kommission auf Grundlage der „Agenda 2030 der UN für
35 nachhaltige Entwicklung“ und der UN-Behindertenrechtskonvention die „EU-Strategie für
36 die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030“ formuliert.

37 In dieser Strategie sind Ziele, Maßnahmen und Leitinitiativen für ein barrierefreies
38 und chancengleiches Europa für Menschen mit Behinderungen formuliert. Der Europäische
39 Schwerbehindertenausweis stellt eine von sieben Leitinitiativen dar und hat den

40 grenzübergreifenden Abbau von Teilhabebarrrieren zum Ziel. Am 06.09.23 wurde der
41 Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung eines Europäischen
42 Schwerbehindertenausweises (European Disability Card) und eines Europäischen
43 Parkausweises im EU-Parlament eingebracht.
44 Dennoch stockt die Beschließung und Umsetzung dieser Initiative.
45 Wir rufen dazu auf, die Beschließung des EU-Schwerbehindertenausweises durch das EU-
46 Parlament und die Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten zu beschleunigen, um auch
47 Menschen mit Behinderungen ein grenzenloses Europa zu ermöglichen.

48

49 Weiterhin hat im August 2023 die Prüfung des zweiten deutschen Staatenberichts zur
50 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention stattgefunden. Die Vereinten Nationen
51 haben abschließend ihre Bemerkungen („Abschließende Beobachtungen zum zweiten dritten
52 periodischen Bericht von Deutschland“) vorgelegt.

53 Der Fachausschuss hat sich positiv über die behindertenpolitischen Aussagen im
54 Koalitionsvertrag 2021 geäußert. Hier lassen sich politischen Aussagen und Impulse
55 von Selbst Aktiv bis hin zu 1:1 Formulierungen wiedererkennen und kennzeichnen somit
56 den Wert von direkter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen.

57

58 2) Arbeit

59

60 Im Bereich „Arbeit“ stellen wir fest, dass Menschen mit Behinderungen trotz guter
61 Ausbildung in unterschiedlichen Professionen in den EU-Staaten große Probleme haben,
62 einen Arbeitsplatz zu finden. Dies hat häufig ein größeres Armutsrisiko von Menschen
63 mit Behinderungen zur Folge.

64 Wir regen an, Arbeit- und Beschäftigungsprogramme für Menschen mit Behinderungen
65 europaweit zu initiieren und eine Rahmenrichtlinie zum Recht auf Arbeit gemäß Artikel
66 27 der UN-BRK zu verabschieden.

67 Die Forderung für einen europaweiten Mindestlohn unterstützen wir hierbei
68 ausdrücklich!

69

70 3) Bildung

71

72 Des Weiteren fordern wir, die einheitliche Umsetzung der UN-
73 Behindertenrechtskonvention im Handlungsfeld „Bildung“ (Art. 24) aller EU-Länder zu
74 organisieren, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Europa sicherzustellen. Allen
75 Menschen mit Behinderungen muss - unabhängig von ihrem Wohnort - ihr Recht auf
76 inklusive Bildung unter angemessenen Bedingungen ermöglicht werden. Dies bedeutet die
77 Umsetzung eines einheitlichen, durchlässigen inklusiven Bildungssystems von der Kita,
78 über die Schule, bis hin zur Erwachsenenbildung unter der direkten Beteiligung von
79 Schüler*innen mit Behinderungen, Eltern und allen im Bildungsbereich tätigen
80 Personen.

81

82 4) Mädchen und Frauen mit Behinderungen

83

84 Auch der besondere Schutz vor Diskriminierung für Mädchen und Frauen mit
85 Behinderungen, die sowohl auf Grund ihres Geschlechtes als auch ihrer Behinderung in
86 doppelter Weise gefährdet sind, legt die UN-BRK in Artikel 4 fest. Die Umsetzung
87 dieses besonderen Schutzes auf EU-Ebene fordern wir nachdrücklich.

88

89 5) Wohnen und Freizeit

90

91 Der Bereich Wohnen und die selbstbestimmte Lebens- und Freizeitgestaltung muss
92 europaweit ebenfalls von inklusivem Denken und Handeln geprägt sein. Hierzu gehört
93 vor allem die Deinstitutionalisierung (Entflechtung von Heimen und anderen
94 Großeinrichtungen in selbstbestimmte gemeinschaftliche Wohnformen), wie sie im
95 Staatenbericht gefordert werden.

96

97 Weiterhin müssen barrierefreie Lebens- und Freizeitwelten und Sportanlagen
98 barrierefrei gestaltet werden (Art. 30 UN-BRK). Dafür ist die aktive Mitgestaltung
99 und gezielte Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen unabdingbar.

100 Dies bedeutet konkret, Parallelwelten abbauen und Kultur-, Freizeit- und Sportanlagen
101 für alle zugänglich zu gestalten. Dadurch können Begegnungen und das
102 selbstverständliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen auf Augenhöhe
103 geschaffen werden. Dies ist ein wesentliches Element inklusiven Denkens und Handelns
104 für ein soziales und somit inklusives Europa.

105

106 6) Bewusstseinsbildung

107

108 Im Rahmen allgemeiner Bewusstseinsbildung schlagen wir vor, in verschiedenen EU-
109 Mitgliedsstaaten zum unterschiedlichen behindertenpolitischen Themen Best-Practice-
110 Tagungen durchzuführen und finanziell zu fördern.

111 So können wir die europäische Solidarität grenzübergreifend leben.

112

113 Wir sind Teil Europas und Menschen mit Behinderungen müssen vom Objekt politischen
114 Handelns zum Subjekt selbstvertretend durch Artikel 4 Absatz 3 u. Artikel 29 der UN-
115 Behindertenrechtskonvention konkret gelebt werden.

116 Gut 20 Jahre nach dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen (EJMB), 15
117 Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK in Deutschland, aber auch 30 Jahre nach der von
118 Menschen mit Behinderungen erkämpften Verfassungsergänzung gilt es noch heute
119 deutschland- und europaweit die damals formulierten Ziele umzusetzen.

120 Europa muss sich mit einem demokratisch, an Mitbestimmung orientierten
121 Gesellschaftsmodell und hohen wissenschaftlichen, technischen, ökonomischen, aber
122 insbesondere sozialen Standards abheben, und somit Bindewirkung entwickeln,
123 identitätsstiftend nach innen wirken und Strahlkraft für Nationen außerhalb Europas
124 haben. Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Der soziale Zusammenhalt ist prägend
125 für ein positives, offenes Miteinander in Europa.

126 Selbst Aktiv und die SPD sollten hier führend und gestaltend für ein soziales und
127 inklusives Deutschland und Europa agieren.

Antrag EU06: Streumunition

Antragsteller*in:	SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt
Status:	nicht befasst
Empfehlung Antragskommission:	Nichtbefassung
Sachgebiet:	EU - Anträge

- 1 Wir begrüßen die Position der Bundesregierung, keine Streumunition an die Ukraine zu
- 2 liefern.
- 3 Wir fordern alle politisch Verantwortlichen auf, das am 1. August 2010 in Kraft
- 4 getretene Internationale Übereinkommen über Streumunition zu beachten und dem
- 5 Wortlaut und Sinn des Übereinkommens entsprechend aktiv zu vertreten.

Impressum

Herausgegeben vom
SPD-Parteivorstand
Abteilung 3 / Beteiligung
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10911 Berlin

SPD.DE